

Das Argument

38

8. Jahrgang 1966

Probleme der Entwicklungsländer (III)

Hans Dieter Boris: Zur politischen Ökonomie
der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern
und westlichen Industriegesellschaften 173

Helga Deppe-Wolfinger: Zum
Verhältnis von Bildung und Gesellschaft in
Entwicklungsländern 203

Fritz Vilmar: Spätkapitalismus und Rüstungs-
wirtschaft – Am Beispiel des deutschen Faschismus
und der USA heute 217

Besprechungen

I. Philosophie 229

II. Soziologie 237

III. Psychologie 246

IV. Soziale Bewegung und Politik 252

Hans Dieter Boris

Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriegesellschaften

„Denn wer hat, dem wird gegeben werden,
und er wird im Überfluß haben;
wer aber nicht hat, dem wird auch das
genommen werden, was er hat.“

Matthäus 13, 12

I.

Wenn von den ökonomischen Beziehungen der westlichen Industriegesellschaften zu den ehemals kolonialen oder halbkolonialen Gebieten in Asien, Afrika und Lateinamerika die Rede ist, muß, so scheint es, der freundlich-versöhnliche Begriff der ‚Entwicklungshilfe‘ in die Debatte gebracht werden. Die Meinungen, die zu diesem Problemkreis geäußert werden, sind allerdings recht heterogener Art; klerikaler Missionseifer bejaht solche Hilfsmaßnahmen; rassistische Ressentiments führen zu ihrer völligen Ablehnung; eine Politik der Erschließung neuer Märkte verknüpft sich mit dem Gedanken, Entwicklungshilfe als Instrument der ‚weltweiten Abwehr des Kommunismus‘ einzusetzen; marxistische Theoreme versuchen, die gegenwärtigen ökonomischen Beziehungen zwischen westlichen Industriegesellschaften und Entwicklungsländern als ‚neokolonialistische Ausbeutung‘ zu charakterisieren.

Einem Anton Antweiler zufolge, dem sich das Problem der Entwicklungshilfe als primär religiöses stellt, kann Entwicklung und der daraus sich legitimierende Begriff von Entwicklungshilfe „nur dem Ziel zustreben, ihn [den Menschen] mehr oder besser der Natur einzuordnen; diese Natur wird dem religiösen Menschen nur verstehbar und tragbar, und die Einordnung in sie nur dadurch möglich, daß er sich in das Leben oder Geheimnis Gottes einzuordnen bemüht, auf den er Dasein, Leben und Entwicklung bezieht und gründet“¹. W. Röpke hingegen will die ökonomischen Beziehungen der westlichen Industriestaaten — abgesehen davon, daß diese die Entwicklungsländer militärisch und ideologisch vor dem Kommunismus ‚schützen‘ sollen — auf ein Minimum beschränkt wissen, weil dadurch „neuen Dämonen kollektivistisch-inflationärer und wohlfahrtsstaatlicher

1 Antweiler, A., Entwicklungshilfe. Versuch einer Theorie, Trier 1962, S. 28, 29.

Art“ Tür und Tor geöffnet würde. Abgesehen davon, daß nach Röpke „moderne Industrialisierung höherer Art“ ohnehin nur auf jene Teile Europas und Nordamerikas beschränkt bleiben wird, „wo einzig Präzision, Verlässlichkeit, Zeitsinn, schwerer Ernst und Liebe zur Sache“ zu gedeihen vermag, findet die, rein marktwirtschaftlich betrachtet, fragwürdige technisch-organisatorische Beratung sowie die Kapitalhilfe in ihrer Wirksamkeit Grenzen, „die sich aus der bloßen Oberflächennatur mittelbarer Rezepte und aus der geistig-soziologischen Tiefendimension der Dinge ergeben, auf welche es ankommt“². Eine andere, vielleicht noch verbreitetere und den fortgeschrittenen kapitalistischen Kräften der westlichen Industriestaaten besser entsprechende Version macht den Harmonie vortäuschenden und in spätkapitalistischen Ländern allzusehr strapazierten Begriff der ‚Partnerschaft‘ zum Angelpunkt der Diskussion³.

Wie die Besitzlosen im eigenen Bereich durch scheinbar humane Konzessionen integriert wurden, sollen die armen Völker durch Kapitalexport, Investitionen, personelle und technische Hilfeleistungen in das System der westlichen Industriestaaten eingegliedert werden. Mannigfache Gründe für ein ‚positives Verhältnis‘ zu den Entwicklungsländern werden vorgebracht. Von der moralischen Verpflichtung eilt die Argumentation zu einer partiell schon ehrlicheren, vornehmlich aufs Eigeninteresse abstellenden ökonomischen Begründung: die Entwicklung und Industrialisierung jener Gebiete schaffe Kaufkraft, bringe damit neue Absatzmärkte hervor und forcieren mithin den für beide Teile sich günstig auswirkenden Handel. Recht offen spricht man dabei vom „Entwicklungsgeschäft“⁴, bei welchem über die Entwicklung der heimischen Wirtschaft auch die zurückgebliebenen Länder ‚befruchtet‘ würden.

2 Röpke, W., *Unterentwickelte Länder*, in: *Ordo* V/1953, S. 78; vgl. in diesem Sinne etwa auch K. V. Müller, der sich skeptisch zu den Entwicklungshilfeabsichten äußert, einmal weil es in den Entwicklungsländern „an Pioniernaturen gleichsam unseren Gepräges, unserer Intelligenz...“ fehle und zum zweiten, weil nur „ein Entwicklungsmodell, das unter abendländischen gesellschaftlichen Wertetafeln steht“, erfolgreich sein und in unserer Absicht liegen könne. Das Fehlen einer breiten bürgerlichen Mittelschicht empfindet er — ähnlich wie die Soziologen R. König, R. F. Behrendt — als schmerzlich und als schlechthin entwicklungsverhindernd: „Der Wert des Privateigentums, des Wettbewerbs, ... muß glaubhaft vorgelebt und selbst erlebt werden: das geschieht nicht im sozial-luftleeren Raum, dazu ist unerlässlich... eine maßgebende soziale Schicht, die diese Werte realisiert und an sich beglückend erlebt und daher ihr überzeugter und getreuer Ekkehard werden kann.“ Vgl. seinen Aufsatz „Zur Soziologie der Entwicklungsländer“, in: *Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik*, hrsg. von E. H. Sieber, Berlin (1963), S. 244.

3 Vgl. etwa Hesse, K., *Entwicklungsländer und Entwicklungshilfen an der Wende des Kolonialzeitalters*, Berlin 1962; Schmidt, M., *Die befreite Welt. Vom Kolonialsystem zur Partnerschaft*, Baden-Baden 1962; ders., *Partnerschaft mit Entwicklungsländern*, Stuttgart 1960.

4 Vgl. Gross, H., *Lieferung und Beratung vielseitig verbunden — Praktische Beispiele und Typen des Entwicklungsgeschäfts in Übersee*, in: *Handelsblatt*, Jg. 11/1956 Nr. 5.

Im Gegensatz zu diesen Verlautbarungen hat die an die Tradition kritischer politischer Ökonomie anknüpfende Imperialismustheorie⁵ behauptet, daß das Ausgreifen kapitalistischer Länder auf nicht kapitalisierte Räume im Zusammenhang mit Krisenerscheinungen des in einem späten Stadium befindlichen Kapitalismus gesehen werden müsse; daß auf Grund der Tendenz zum Fall der Profitrate oder den Realisationsschwierigkeiten auf dem monopolistischen Warenmarkt neue Anlagegebiete für das Kapital sowie neue Absatzräume für die 'überschüssigen Waren' gefunden werden müßten. Kann auch die 'ökonomische Imperialismustheorie' — bei allen noch zu diskutierenden Einzelfragen — insoweit von der neueren Forschung⁶ als bestätigt angesehen werden, als sie den damaligen Kapitalexpert als entscheidenden und unerläßlichen 'Konjunkturausgleichs-Katalysator' interpretiert, so scheint doch die unmodifizierte Übertragung dieser Theorie auf die heutigen Beziehungen von Entwicklungsländern und kapitalistischen Industriestaaten in mehrerer Hinsicht problematisch zu sein. Einmal ist durch die siegreiche Oktoberrevolution und das Entstehen sozialistischer Staaten sowie durch die Emanzipation der meisten ehemaligen Kolonialländer zu formaler, politischer Unabhängigkeit eine völlig veränderte politische Weltkonstellation entstanden, die in Rechnung zu stellen ist. Zum zweiten wird in der Kritik an der in unveränderter Form vorgetragenen Imperialismustheorie auf die Umwandlungen im Spätkapitalismus selbst verwiesen: auf die Steigerung der inneren Investitionsanreize, die Hebung effektiver Nachfrage, fiskal- und kreditpolitische Instrumente des die Wirtschaft durch 'marktkonforme' Interventionen regulierenden Staates. Ferner habe sich die Bedeutung privater internationaler Transaktionen erheblich verringert. Schließlich sei die Bedeutung der Entwicklungsländer als Rohstoffquellen für die Reproduktion des kapitalistischen Systems durch die Substitution dieser Urprodukte durch synthetisch hergestellte, durch die geringe Kaufkraft der Entwicklungsländer etc., stark gesunken.

Abstrakte Behauptungen von der Art etwa, daß nur durch 'neokolonialistische Ausbeutung' die Stabilität des Kapitalismus erhalten werden könne oder daß die Zukunft des gegenwärtigen Kapitalismus aus ökonomischen Gründen von den Entwicklungsländern abhängige, Entwicklungshilfe lediglich ein anderes Wort für den ehemaligen Kapitalexpert sei etc., verlieren — obwohl sie partiell einige Richtigkeit haben mögen und durch Einbeziehung allgemein politischer Faktoren wie etwa die Ost-West-Auseinandersetzung in einer

5 Vgl. die zusammenfassende Darstellung bei: Hofmann, W., *Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts*, Berlin 1962, S. 209 ff. und Sweezy, P. M., *Theorie der kapitalistischen Entwicklung*, Köln 1959, S. 226 ff.

6 Vgl. Zimmerman, L. J., and F. Grumbach, *Saving, investment and imperialism. A reconsideration of the theory of imperialism*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 71, 1953, S. 1—21.

differenzierteren, neuen Imperialismustheorie^{7a} ihren Stellenwert erhalten könnten — in der aktuellen Diskussion insofern an Glaubwürdigkeit, als deren Verfechter die seit Ende des 1. Weltkriegs entscheidend veränderte Situation des Weltkapitalismus nicht berücksichtigen und dazu neigen, — ohne Prüfung der Realität — stereotyp die Wendungen der ‚Klassiker‘ stets aufs neue zu wiederholen.

Der gegenwärtige Imperialismus ist zweifelsohne nicht mehr ohne weiteres — auf Grund der *wachsenden Selbstvermittlung* des organisierten Kapitalismus — als geschlossenes System aus einem ökonomischen Krisen- und Zwangszusammenhang zu konstruieren⁷; in Vernachlässigung mancher aktuellen — in gewisser Hinsicht ‚politischen‘ — Erscheinungsformen, der militärischen und rüstungswirtschaftlichen Implikationen in den Beziehungen von Entwicklungsländern und kapitalistischen Staaten sowie in Umgehung der alten Fragestellung, ob die Entwicklungsländer für die ökonomische Reproduktion der spätkapitalistischen Länder notwendig seien, soll hier lediglich die Frage näher untersucht werden, inwiefern die heute gern mit der ‚Entwicklungshilfe‘ in Zusammenhang gebrachten Beziehungen dieser Ländergruppen tatsächlich einer Fortentwicklung der Entwicklungsländer dienen oder ob sie in mehr oder minder modifizierter und verschleierter Form doch neue Abhängigkeits- und Übervorteilungsverhältnisse für die Entwicklungsländer mit sich gebracht haben, deren Analyse entscheidend mit dazu beitragen kann, die Stagnation oder den nur geringen Prokopfeinkommenszuwachs in den Entwicklungsländern — und damit die Vertiefung der ökonomischen und sozialen Unterschiede zu den Industrieländern — aus exogenen Faktoren zu erklären. Dabei sollen zunächst die Kapitalbewegungen, öffentlicher und privater Art, sodann die Handelsbeziehungen zwischen Entwicklungsländern und den kapitalistischen Industriestaaten untersucht werden.

II.

Der nach dem 2. Weltkrieg voll eintretende, sich in der Zwischenkriegsperiode schon andeutende Strukturwandel der internationalen Kapitalbewegungen ist vor allem durch den starken — auch absoluten — Rückgang der privaten Transaktionen zugunsten der des öffentlichen Sektors gekennzeichnet. Mit der ‚Politisierung‘ des internationalen Kapitalverkehrs, der zu einem überwiegenden Teil von den Regierungen der kapitalexportierenden Länder — also vor allem und zunächst ausschließlich von der der USA — übernommen worden ist und dessen kleiner privatwirtschaftlicher Sektor in vielen Beziehungen von staatlichen Instanzen kontrolliert, beeinflußt und gefördert wird, geht einher, daß nunmehr in den internationalen

^{7a} Vgl. inzwischen bes. die Arbeit von Steinhaus, K., Vietnam — Zum Problem der kolonialen Revolution und Konterrevolution, Frankfurt (1966), S. 49 ff.

⁷ Vgl. hierzu: Habermas, J., Theorie und Praxis, Neuwied 1963, S. 200.

Kapitalbewegungen neben den auf dem Prinzip individueller Profitmaximierung beruhenden ‚rein‘ ökonomischen Momenten neue politische und strategische Aspekte in der Motivationsstruktur der kapitalistischen Staaten zunehmend an Bedeutung gewinnen. Neuartige Phänomene wie ‚Entwicklungshilfe‘⁸, ‚Militärhilfe‘ großen Stils, die Etablierung internationaler Finanz- und Kreditinstitutionen sind dabei Merkmale dieser Entwicklung. Auch die Transaktionen haben ihre Form geändert; gegenüber den bis 1914 vorherrschenden Transferpraktiken der Anleihefinanzierung, der Kreditgewährung, dem Erwerb ausländischer Aktienanteile und Obligationen (portfolio investment) tritt heute mehr und mehr die durch unmittelbare Kontrolle und höhere Effektivität sich auszeichnende Direktinvestition großer Wirtschaftsunternehmen in den Vordergrund. Dabei ist der Anteil der privaten Auslandsinvestitionen an den gesamten Nettoinvestitionen zurückgegangen, der Anteil der Nettokapitalausfuhr am Bruttosozialprodukt ist erheblich gesunken: der Anteil der britischen — zu rund $\frac{3}{4}$ in die abhängigen Gebiete fließenden⁹ — Auslandsinvestitionen betrug in der Zeit von 1890—1910 3,1 % des Sozialprodukts¹⁰, 1934/38 hingegen nur mehr 1,3 %; heute (1962) beträgt der Anteil des gesamten Kapalexports — also auch des öffentlichen — durchschnittlich 1,1 % des Bruttosozialprodukts der kapitalistischen Industrieländer, wobei der von den Entwicklungsländern aufgenommene Teil nur 0,6 % ausmacht; der Beitrag des Privatkapitals für diese Länder ist sogar auf durchschnittlich 0,14 % des Bruttosozialprodukts der Industrieländer zusammengeschrumpft¹¹.

Die Dimensionen, die Verteilung und die Entwicklungstendenzen der gegenwärtigen Kapitalbewegungen mögen durch einige Zahlen-

8 Unter Entwicklungshilfe können eigentlich nur die öffentlichen Kapitalübertragungen verstanden werden. Im allgemeinen Sprachgebrauch, aber auch in Statistiken und offiziellen Verlautbarungen werden ‚Militärhilfe‘ und die privaten Direktinvestitionen hinzugerechnet. Für letztere übernimmt der Staat häufig — in der BRD zu fast 80 % — Garantien je nach der Höhe des politischen Risikos, wovon aber der kommerzielle Charakter dieser als Entwicklungshilfe ausgegebenen Transaktionen unberührt bleibt. Zur Terminologie vgl. etwa ‚Deutsche Politik 1964‘, hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1965, S. 147: „Die Bundesregierung sieht unverändert in den privaten Investitionen die Form der Entwicklungshilfe, die ihren wirtschaftspolitischen Vorstellungen am nächsten kommt und die Wirtschaft des Empfängerlandes durch Intensivierung des Partnerschaftsgedankens... besonders nachhaltig fördern kann.“ Vgl. auch Logue, R., Institutionen der wirtschaftlichen Auslandshilfe, in: Hdb. der Finanzwissenschaft, 39. Lfg. Tübingen 1963, S. 206/207 Tab. 2, wo private Direktinvestitionen, Wertpapierkäufe etc. generell, ohne weitere Qualifikation, unter die Rubrik ‚Private Hilfe‘ subsumiert werden. Vgl. im übrigen zur begrifflichen Klärung: Billerbeck, K., Reform der Entwicklungshilfe, Hamburg 1961, S. 11 ff.

9 Vgl. Sternberg, F., Der Imperialismus, Berlin (1926), S. 415 ff.

10 Vgl. Zimmerman, L. J., and F. Grumbach, a.a.O., S. 6.

11 UN-Department of Economic and Social Affairs, International Flow of long-term capital and official donations 1960-1962, New York 1964, S. 15 Tab. 7.

angaben demonstriert werden. 1962 gingen von der gesamten Nettokapitalausfuhr der Industrieländer von 9,2 Mrd. Dollar rund 6 Mrd. in die Entwicklungsländer¹². 1960 verteilte sich nach der Aufbringungsseite der damals etwas geringere Kapitalstrom in die Entwicklungsländer wie folgt: USA 68 %, Westeuropa 18 %, Internationale Institutionen 5 % und zentralgelenkte Wirtschaftssysteme 4 %¹³. Letztere haben inzwischen einen höheren Anteil — etwa 15 % bis 20 % — an den Gesamtübertragungen in die Entwicklungsländer erreicht¹⁴.

Der Anteil des Privatkapitals am gesamten in die Entwicklungsländer geflossenen Kapital betrug 1955—1958 noch etwa 50 %¹⁵, 1959 und 1960 24 %¹⁶ und 1962 nur noch 21 %¹⁷. Allerdings scheinen sich auf dem Gebiet des privaten Kapitalstromes seit 1963 Änderungen anzubahnen. Letzte UN-Veröffentlichungen sprechen von „einer signifikanten Erholung neuer privater Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern“¹⁸. Wie immer man diese neuen, vielleicht als langfristige Trends sich herausstellenden Entwicklungen beurteilen mag, in den fünfziger Jahren war die Tendenz zu beobachten, daß die Investitionsaktivität des Privatkapitals weit mehr den industrialisierten oder rasch sich industrialisierenden Ländern galt, eine Tendenz, die der am Theorem vom tendenziellen Fall der Profitrate orientierten Imperialismustheorie widersprach. „Während die privaten Direktinvestitionen der USA in den Entwicklungsländern sich in der ... Periode 1951—1959 verdoppelten, verdreifachten sie sich in den entwickelten Ländern“¹⁹. Fielen noch 1958 45 % der gesamten privaten Auslandsinvestitionen auf die Entwicklungsregionen, so verringerte sich deren Anteil in der Periode 1959—1961 auf 36 %, was freilich nicht ausschloß, daß sich die Privatinvestitionen in Südostasien vervierfachten und in einigen Ländern des Nahen Ostens und in Südamerika erheblich anstiegen. Geht man weiter ins Detail,

12 Ebenda, S. 1, 22 und 23 Tab. 11.

13 UN - Department of Economic and Social Affairs, *International Flow of long-term capital and official donations 1959-1961*, New York 1963, S. 23 Tab. 23.

14 Vgl. UN, *International Flow 1960-1962*, a.a.O., S. 31.

15 UN - Department of Economic and Social Affairs, *The International Flow of private capital 1956-1958*, New York 1959, S. 9.

16 UN, *International Flow 1959-1961*, a.a.O., S. 19 Tab. 7.

17 UN, *International Flow 1960-1962*, a.a.O., S. 22, 23 Tab. 11. Diese Verschiebung zugunsten des öffentlichen Kapitalstroms ist nur partiell durch die zunehmende Hilfe aus dem Ostblock erklärlich: auch der Anteil des Privatkapitals an den gesamten Kapitalübertragungen der westlichen Industrieländer hat sich bislang stetig verringert. (1956—1959 noch 43 %, 1962: 29 % und 1963: 28 %). Vgl. hierzu: *Stjb. BRD 1964*, S. 156* Tab. 6 und *Stjb. BRD 1965*, S. 160* Tab. 6.

18 Ebenda, S. 16; vgl. auch die neuesten Berichte der FAZ, wo die Tendenz des Privatkapitals, neuerdings vergleichsweise mehr — sowohl absolut als auch relativ zum öffentlichen Kapital — in den Entwicklungsländern zu investieren, hervorgehoben wird: FAZ v. 26. Juli 1965 und FAZ v. 7. Oktober 1965.

19 UN, *International Flow 1959-1961*, a.a.O., S. 37 (Übers. d. Verf.)

werden die — notwendigerweise aus privaten Aktivitäten hervorgehenden — ungleichmäßigen Verteilungsproportionen privaten Kapitals noch auffallender. Von Jahr zu Jahr ungleichmäßiger werdend, belief sich in jedem der drei Jahre 1959 bis 1961 die Nettokapitaleinfuhr für mehr als die Hälfte der Empfangsländer auf weniger als 10 % der gesamten privaten Kapitaleinfuhr, während auf nur vier Empfänger etwa die Hälfte der Gesamtkapitalzufuhr aus privater Hand entfiel.

Was die Distribution der Direktinvestitionen in die verschiedenen Wirtschaftsbereiche anlangt, ist generell seitens des Privatkapitals nach wie vor eine starke Vorliebe für die extraktiven Industrien zu beobachten. So haben die USA — die mit Großbritannien zusammen drei Viertel des gesamten Kapitalexports in die Entwicklungsländer bestreiten und mithin auf dessen Gesamtstruktur einen maßgeblichen Einfluß ausüben — weit über die Hälfte ihrer Direktinvestitionen in der Öl- und der Bergbauindustrie gemacht. Klammert man noch die Sondersituation in Lateinamerika aus, wo der Anteil des ausländischen Privatkapitals an der verarbeitenden Industrie mit 30 % vergleichsweise hoch ist, so ergibt sich, daß zwei Drittel der amerikanischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern in der Erdölindustrie und ein Sechstel im Bergbau stattfanden, die verarbeitende Industrie jedoch in diesen Gebieten mit nur weniger als einem Zehntel vertreten war²⁰.

Auch bei dem aus langfristigen Krediten und Geschenken sich zusammensetzenden öffentlichen Kapital, das eigentlich unter anderem die Funktion haben soll, die starken Schwankungen des privaten Kapitalexports aufzufangen und dessen ungleichmäßige, sich ausschließlich am Profit orientierende Distribution auszugleichen, läßt sich eine ähnlich disproportionale Verteilung feststellen. Welche Rolle hierbei politisch-strategische Ziele der kapitalistischen Staaten spielen und in welchem Grad das vorgebliche Ziel wirtschaftlichen Wachstums an Wichtigkeit verliert, zeigt sowohl die regionale Verteilung der staatlichen Kapitalübertragungen als auch deren Zusammensetzung. Typisch ist z. B., daß Südostasien mit 42 % der gesamten Schenkungen und 50 % der gesamten öffentlichen Anleihen besonders gut versorgt war, was fast ausschließlich aus den hohen Beiträgen resultiert, die die USA Südvietnam, Taiwan und Südkorea auf Grund von ‚special political ties‘ (so eine UN-Kommentierung) in Form von ‚Militärhilfe‘ zukommen ließen²¹. Außerdem wurde die Vergabe des öffentlichen Kapitals — wie eine UN-Kommission sagt — von ‚politischen Faktoren‘, wie etwa alte koloniale Bande (colonial ties) bestimmt, da die ehemaligen Kolonien, in denen immer noch beträchtliche private Kapitalanlagen von Ausländern sich befinden, heute noch wirtschaftlich durch zweiseitige Verträge stark ans ‚Mutterland‘ gebunden sind. Die Bedeutung des in die Entwicklungslän-

20 Vgl. zur regionalen und branchenmäßigen Distribution: UN, International Flow 1959—1961, a.a.O., S. 41—44, insbes. Tab. 17 und S. 56 ff.

21 Vgl. UN, International Flow 1960—1962, a.a.O., S. 24 und S. 25 sowie Tab. 13.

der fließenden Kapitals für zusätzliche Importe und Investitionen — jetzt ganz abgesehen von seinen sonstigen ökonomischen und politischen Implikationen, von denen noch zu sprechen sein wird — erhellt, wenn man seinen Anteil am gesamten Devisenaufkommen betrachtet; hierbei zeigt sich, daß durchschnittlich nur 20 % — im Gegensatz zu den 80 % aus Exporterlösen — unmittelbar aus fremden Kapitalquellen kommen. Nicht uninteressant ist es, in diesem Zusammenhang hervorzuheben, daß dabei — wie Untersuchungen der Vereinten Nationen ergeben haben — in zwei Ländergruppen, in Westasien und Lateinamerika, in der Zeit von 1960 bis 1962 die Summe des Zustroms an privatem und öffentlichem Kapital jeweils nur 54,5 % bzw. 70,5 % der Summe ausmachten, die privaten ausländischen Kapitaleignern in Form von Zinsen und Dividenden zugute kamen²². Die Beobachtungen über einen längeren Zeitraum hinweg zeigen, daß dieses Verhältnis keine temporäre Schwankung ist, sondern daß vor allem durch Kapitaltransfers aus Erdölgewinnen in Venezuela und anderen Ländern Südamerikas einerseits, in Irak und Iran andererseits dieser Devisenabfluß ein langfristiges und stabiles Phänomen ist. In Lateinamerika entsprachen in den Jahren 1956 bis 1962 9,2 Mrd. Dollar Kapitalzufluß (capital-inflow) 9,4 Mrd. Dollar Kapitalabfluß (capital-outflow). Für Westasien war in derselben Periode das Verhältnis von capital-inflow zu capital-outflow 2,9 Mrd. zu 3,6 Mrd. Dollar²³. Weiter zurückliegende Untersuchungen²⁴ bestätigen diese Art von Kapitalbewegungen als den gegebenen ökonomischen und politischen Verhältnissen strukturinhärente Züge.

Der reale Hilfseffekt der Kapitalbewegungen im allgemeinen läßt sich schwer einschätzen. Schon rein numerisch kann das viel beredete ‚Entwicklungshilfe‘-Kapital kaum eine einschneidende Wirkung auf das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer gehabt haben. Von den rund 110 bis 150 Mrd. Dollar, die nach Angaben verschiedener Experten²⁵ in den Jahren 1950 bis 1960 in die Entwicklungsländer hätten fließen müssen, um bei realistisch eingeschätzten Sparquoten und Bevölkerungszuwachsraten in diesen Ländern einen jährlichen Prokopfeinkommenszuwachs von nur 2% (der auch noch unter dem der Industrieländer liegt) zu erreichen, brachte die westliche Welt — der geringe Beitrag der kommunistischen Länder in dieser Periode fällt kaum ins Gewicht — durch staatliche und private Transaktionen sowie die Kreditgewährung der internationalen Finanzinstitute insgesamt maximal 50—55 Mrd. Dollar auf, also

²² Vgl. UN, International Flow 1960—1962, a.a.O., S. 29; errechnet nach Tab. 16 und 17.

²³ Ebenda, S. 30 Tab. 18.

²⁴ UN Economic Council for Latin America, International Cooperation in a Latin-American Development Policy, New York 1954, S. 17.

²⁵ UN-Department of Economic Affairs, Measures for the economic development of under-developed countries, New York 1951, S. 76 Tab. 2 und Baade, F., Zur Strategie der Entwicklungshilfe, in: Außenpolitik 1964/4, S. 243 ff.

etwa ein Drittel des erforderlichen Minimalbeitrags²⁶. Dazu kommt, daß die Bedeutung dieser Summe für das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer noch zusätzlich dadurch vermindert wird, daß in ihr die Lieferung von Rüstungsgütern eingeschlossen ist, daß ihre politischen und ökonomischen Konsequenzen oft fragwürdig sind und daß ihr ein erheblicher aus privaten Anlagen resultierender Kapitalabfluß entgegensteht.

Faßt man die Funktion des Kapitalexports für die westlichen Industrieländer ins Auge, so wird man gerade angesichts der modernen kredit- und finanzpolitischen Möglichkeiten des Staates und *angesichts des relativ kleinen Anteils der ‚Auslandshilfe‘* am Sozialprodukt (in den USA durchschnittlich 1-2 %) kaum von einer unabwiesbaren Notwendigkeit des Kapitalexports reden können. Jedoch spielen neben den sich in den Vordergrund drängenden politischen Triebkräften auch die ökonomischen Erfordernisse eine nicht zu unterschätzende Rolle. Gerade für die USA, dem weitaus größten Kapitalexporteur, stellte sich nach dem Krieg das Problem, die durch die riesigen militärischen und rüstungswirtschaftlichen Anstrengungen geschaffenen Überkapazitäten auszunutzen und die in der Rüstungsindustrie und in den Streitkräften Tätigen in zivile Produktionsbereiche umzudirigieren²⁷. Da die Inlandsnachfrage nicht in ausreichendem Maße gesteigert werden konnte²⁸, andererseits die potentiellen Importländer entweder durch den Krieg völlig verschuldet waren oder wie die Entwicklungsländer aufgrund ihrer ohnehin geringen Kaufkraft zum Import amerikanischer Waren aus eigener Kraft kaum in der Lage waren, mußten die USA, um eine ernste ökonomische Krise zu vermeiden, Kapital exportieren. War Europa bis etwa 1953 das Hauptziel der amerikanischen Kapitalexporte, so wurden seither die Entwicklungsländer mehr und mehr zum Hauptempfänger.

Es handelte sich hier also nicht nur um einen ‚amplifikativen‘ Kapitalexport (E. Preiser), bei dem auf Grund höherer Kapitalerträge im Ausland das Volkseinkommen zwar steigt, aber die Gesamtbeschäftigung unverändert bleibt, sondern um einen ‚sustentativen‘

26 Errechnet nach: Stjb. BRD 1964, S. 156* und 157* Tab. 6 und 7; vgl. UN-Department of Economic and Social Affairs, *World Economic Survey 1963*, New York 1964, S. 235, Tab. 8—15, wo die Gesamtsumme des in die Entwicklungsländer von 1951—1962 geflossenen Kapitals auf 51 Mrd. Dollar geschätzt werden. Vgl. hierzu auch: Büchner, G., F. Deppe und K. H. Tjaden, *Zur Theorie der sozioökonomischen Emanzipation von Entwicklungsgesellschaften*, in: *Das Argument* 34/Juli 1965, S. 42.

27 Vgl. etwa Rippy, F. J., *Historical Perspective*, in: *Foreign Aid reexamined*, ed. by J. W. Wiggins and H. Schoeck, Washington D. C. (1958), S. 7 ff.

28 Vgl. Hansen, A., *America's Role in the world economy*, London 1945, S. 190 „Es wird nicht leicht sein, für diese großen Summen von Ersparnissen in den USA Verwendung zu finden.“ Er empfiehlt die Erweiterung des Kapitalexports zur „Hilfe für die rückständigen Länder“. Vgl. hierzu auch Varga, E., *Grundfragen der Ökonomik und Politik des Imperialismus*, Berlin 1955, S. 145 ff.

Kapitalexport, d. h. einen, der in Depressionen und Rezessionen zusätzliche Nachfrage und Beschäftigung und mithin eine für die Überwindung der Krisensituation wichtige zweifache Einkommenserhöhung bewirkt. „Der Kapitalexport wirkt als ‚Lebensretter‘ in der Depression, und weil dies kein Zufall ist, sondern Ausdruck einer dem Wirtschaftssystem eigentümlichen Bewegungsform, stellt er ein sustentatives Element der kapitalistischen Wirtschaft dar“²⁹. Nur ein durch ‚buy-American‘ Klauseln — eine im Laufe der Nachkriegsjahre mehr und mehr forcierte Auflage, das transferierte Kapital unmittelbar zum Kauf amerikanischer Waren zu verwenden — gesicherter Exportüberschuß konnte das durch das Überwiegen von Ersparnissen über die Investitionen entstandene Beschäftigungsdefizit decken. Nach Skizzierung dieses Grundschemas scheint noch ein Hinweis auf die Sekundärwirkungen, die ein Exportüberschuß hervorruft, angebracht. Wie eine Steigerung inländischer Investitionen verursacht auch ein Exportüberschuß multiplikative Effekte, wobei diese sich aus der konsumierenden Verwendung des durch den Exportzuwachs erzielten Mehreinkommens, der die Nachfrage nach heimischen Konsumgütern und damit auch die Beschäftigung und das Einkommen in der Konsumgüterindustrie anhebt, ergeben. Der Multiplikator, in diesem Falle der reziproke Wert der Grenzneigung zum Sparen *und* der Grenzneigung zum Importieren, ist deshalb vergleichsweise groß, weil trotz erhöhter Bedürfnisse nach Konsumgütern die Grenzneigung zum Importieren durch protektionistische Zollpolitik — namentlich in den USA, aber auch in Westeuropa — künstlich sehr niedrig gehalten wird. Betrag der durch die ‚Auslandshilfe‘ ermöglichte Warenexport 30—40 % des gesamten amerikanischen Exports, so war umgekehrt der dadurch geförderte Import aus den Empfangsländern nahezu völlig unbedeutend³⁰.

Aus zwei Gründen spielte bei dieser Wirtschaftspolitik der öffentliche Kapitalexport eine bedeutende Rolle. Einmal war der Strom privaten Kapitals, vor allem in die Entwicklungsländer, zu schwach, um die unbedingt notwendige Exportförderung und die Ausweitung des Weltmarktes zu bewirken. Zweitens erweist sich der private Kapitalexport langfristig insofern als ungenügendes Instrument für eine konsequente Beschäftigungspolitik, als das investierte bzw. ausgeliehene Kapital über Zinsen, Dividenden und Amortisationen wieder in die heimische Volkswirtschaft zurückfließen muß, Inlandsinvestitionen aber durch den tendenziellen Mangel an effektiver Nachfrage von Zeit zu Zeit problematisch werden und mithin die durch Kapitalexport induzierte Mehrbeschäftigung wieder auf das vorherige Maß zurückgeht. So ist langfristig nur der öffentliche, zinslose und nicht zurückzahlbare Kapitalexport, sozusagen eine dem binnenwirtschaftlichen ‚deficit pending‘ ebenbürtige außenwirt-

29 Preiser, E., Kapitalexport und Vollbeschäftigung, in: Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, hrsg. v. K. Rose, Köln — Berlin 1965, S. 288.

30 Vgl. Kretzschmar, W., Auslandshilfe als Mittel der Außenwirtschafts- und Außenpolitik, München 1964, S. 66.

schaftliche Beschäftigungspolitik³¹. Dabei werden die privatkapitalistischen Interessen keineswegs verletzt, im Gegenteil: Durch die Verbreiterung des Weltmarktes werden die Exportindustrien stimuliert, neue Absatzmärkte werden erschlossen, durch die über die Steuern von der Gesamtbevölkerung aufgebrauchten Auslandshilfegelder können einzelne Private ihre Renditen beziehen³², durch die mit dem öffentlichen Kapital gemachten infrastrukturellen Investitionen und die bei dieser Gelegenheit zwischen den Staaten abgeschlossenen Verträge zum Schutz des Privatkapitals können in den Entwicklungsländern auf Grund der dort gegebenen Faktorkombination vergleichsweise hohe Profite gemacht werden. Verschiedene Wirtschaftszweige, wie etwa die Handelsschifffahrt oder die ständig überproduzierende Agrarwirtschaft in den USA werden durch die Auslandsprogramme außerordentlich stark subventioniert. Nicht zuletzt sichert sich die amerikanische Industrie über ihre Direktinvestitionen neue Rohstoffquellen und ‚strategische‘ Güter.

Insgesamt wird man sagen können, daß der Kapitalexport auf Grund binnenwirtschaftlicher Umstrukturierungen nicht mehr in dem Maße für die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft notwendig ist wie in der Zeit des klassischen Imperialismus. Gleichwohl kann der konjunkturelle Anstoß, den die Wirtschaft der kapitalistischen Industrieländer durch den Kapitalexport in Entwicklungsländer erhält, in ökonomischen Krisensituationen für die Stabilisierung des Volkseinkommens von ausschlaggebender Bedeutung sein.

III.

Die öffentlichen Kapitaltransfers setzen sich aus grants (Geschenke) und loans (Anleihen) zusammen. Überwogen in der ersten Phase des amerikanischen Auslandshilfeprogrammes, an dem die Entwicklungsländer allerdings nur zu einem geringen Prozentsatz teilhatten, Geschenke, so schoben sich im Laufe der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre bei der amerikanischen ‚Hilfe‘, aber besonders bei den an den ‚Entwicklungshilfe‘-Transfers sich beteiligenden Ländern Westeuropas immer mehr die langfristigen Anleihen in den Vordergrund³³.

Um die politische Funktion und den Stellenwert der amerikanischen ‚Auslandshilfe‘, die ja mit 70 % an der gesamten an die Ent-

31 Furth, J. H., Theorie und Politik der wirtschaftlichen Auslandshilfe, in: Hdb. der Finanzwissenschaft, Tübingen 1963, S. 161, weist darauf hin, daß — liegt die Beschäftigung im Inland unter der Maximalbeschäftigung und wird die Auslandshilfe nicht steuerlich oder durch Steuerbefreiung aus sonst ungenutzten Mitteln finanziert — der expansive Beschäftigungseffekt größer als im Falle von auf das Inland beschränkten öffentlichen Ausgabenprogrammen ist, da in diesem Fall zur vorhandenen Inlandsnachfrage die Auslandsnachfrage hinzutritt.

32 Kretzschmar, W., a. a. O., S. 70.

33 Vgl. UN, International Flow 1960—1962, a. a. O., S. 27.

wicklungsländer entrichteten ‚Hilfe‘ teilhat und daher mit Vorrang behandelt zu werden verdient, zu erlauben, muß man sich zunächst klarmachen, daß 94 % der gesamten amerikanischen ‚Auslandshilfe‘ in die Länder ging, mit denen die Vereinigten Staaten Bündnisverträge abgeschlossen hatten. Die wirtschaftlichen Schenkungen, die inklusive der Agrarüberschußlieferungen 1962 noch 61 % der gesamten Entwicklungshilfe ausmachten, verpflichteten die Empfänger, „die Vereinigten Staaten oder andere Länder bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele zu unterstützen“³⁴.

Schein und Wirklichkeit der Entwicklungshilfe, die sich bei den immerhin recht ansehnlichen Kapitalübertragungen allzuleicht vermischen, können auseinandergehalten werden, wenn man zunächst die Proportion zwischen Wirtschafts- und Militärhilfe untersucht und den Vergabebedingungen bei den Krediten und deren realen Konsequenzen für die Entwicklungsländer nachgeht.

Von den rund 43 Mrd. Dollar amerikanischer Auslandshilfe an die Entwicklungsländer seit Kriegsende bis 1962 waren 28 Mrd. für wirtschaftliche Förderungszwecke und rund 15 Mrd., also etwa 35 % der gesamten Kapitalübertragungen, für militärische Zwecke bestimmt. Bis 1960 aber war diese Proportionierung im Hinblick auf die wirtschaftliche Hilfe noch ungünstiger: In den fünfziger Jahren überwog meistens die ‚Militärhilfe‘. Das Auslandshilfeprogramm der USA im Finanzjahr 1958/59 etwa, das einen Gesamtbetrag von 3,9 Mrd. Dollar umfaßte, setzte sich wie folgt zusammen: 1,8 Mrd. ‚militärische Hilfe‘, 835 Mio. für die ‚Unterstützung der Verteidigungskraft‘ (wovon 70 % für Südkorea, Formosa, Südvietnam und die Türkei bestimmt waren), 847 Mio. für die ‚Fonds für wirtschaftliche Entwicklung zur Gewährung von Anleihen an die unterentwickelten Länder‘, 200 Mio. für einen ‚Spezialfonds des Präsidenten für unvorhergesehene Fälle‘, 162 Mio. ‚technische Hilfe‘ und 100 Mio. für ‚diverse UN-Programme‘³⁵. 1963/64 und 1964/65 dagegen verteilten sich die durchschnittlich 3,6 Mrd. Dollar auf etwa 2,3 Mrd. Wirtschaftshilfe — worunter auch die ‚Wirtschaftshilfe zur Stärkung der Verteidigungskraft‘ subsumiert wird — und etwa 1,3 Mrd. reine ‚Militärhilfe‘³⁶.

So hat ein Großteil der Schenkungen für die amerikanische Politik in zweierlei Hinsicht eine gute Funktion: einmal werden dadurch unter dem Deckmantel der generösen ‚Entwicklungshilfe‘³⁷ billige Hilfstruppen für weltstrategische Ziele der USA mobilisiert und der amerikanische Militärhaushalt wird erheblich entlastet³⁸; zweitens

34 Stjb. BRD 1964, S. 154 * Anmerkung¹ zu Tab. 4.

35 Archiv der Gegenwart, XXVIII Jg., 1958, S. 6902 A.

36 Archiv der Gegenwart, 33. Jg., (1963), S. 10978 A und Archiv der Gegenwart, 34. Jg., (1964), S. 11458 B.

37 Kretzschmar, W., a. a. O., S. 224, 225 „Man muß sich jedoch darüber im klaren sein, daß Auslandshilfe hier ganz schlicht als Mittel der Machtpolitik eingesetzt wird . . . und nicht als Hilfe im üblichen Sinne des Wortes.“

38 Vgl. hierzu etwa Neue Züricher Zeitung v. 26. 4. 1954 (Morgenausgabe Nr. 996), wo die Stellungnahme eines Experten für derartige

können die diese Gelder empfangenden, ökonomisch abhängigen und oft korrupten Regierungen die nach gesellschaftlicher Emanzipation — die auch Nationalisierung ausländischen Privateigentums bedeuten würde — strebenden Kräfte entweder bestechen³⁹ oder durch militärische Repression in Schach halten⁴⁰.

Es gilt einzusehen, „daß eine Auslandshilfe, die freiheitliche Einrichtungen fördern will, indem sie zahlreiche Diktaturen unterstützt, um dem Kommunismus zu begegnen, tatsächlich der Idee freiheitlicher Einrichtungen schweren Schaden zufügt...“; in den meisten Fällen „kann man nicht nur behaupten, daß die amerikanische Auslandshilfe Regierungen länger an der Macht gehalten hat, als dies ohne die Auslandshilfe möglich gewesen wäre, sondern auch vermuten, daß sie diese Regierungen weniger reformbereit gemacht hat, indem sie sie vor der dringenden Notwendigkeit dieser Reformen durch die Gewährung von (Macht-)Mitteln schützte, die sie von der Unterstützung ihrer Bevölkerung weitgehend unabhängig werden ließen“⁴¹. Dieser Zug der ‚Entwicklungshilfe‘ kann jedoch nicht adäquat als eine „Inkongruenz von Mitteln und Zielen (W. Kretzschmar) begriffen werden. Es ist kaum anzunehmen, daß mit dieser Art ‚Entwicklungshilfe‘ ernsthaft die Etablierung demokratischer Verhältnisse und die wirtschaftliche Fortentwicklung zu erreichen wäre und nur durch die Mittel, dieses Ziel zu realisieren, auf Grund von Ungeschicklichkeit, unzureichender und unzutreffender Kenntnis der wirtschaftlichen und politischen Lage der Entwicklungsländer verhindert würde. Man sollte auch dem Spätkapitalismus soviel systemerhaltende Rationalität zumessen, daß generell seinen Mitteln auch langfristig seine objektiven Zwecke und Interessen entsprechen.

Was die Vergabebedingungen und -praktiken der öffentlichen Kapitalhilfen zum Zwecke der Wirtschaftsförderung der Entwicklungsländer anlangt, so sind diese im allgemeinen — auf Differenzierungen in der Darlehnsart und ländermäßige Unterscheidungen kann hier nicht eingegangen werden — gekennzeichnet durch bankmäßige, marktwirtschaftlich orientierte Finanzierungsweise, wobei in der Regel die Vergabe von Mitteln an bestimmte Projekte gebunden ist, die nach rein privatwirtschaftlich interpretierten Rentabilitäts- und Produktivitätsbegriffen ausgewählt werden; ferner durch fast marktmäßige Zinssätze (Durchschnitt 5 %) und vergleichsweise kurze Laufzeiten (Durchschnitt 15 Jahre). Zwar ist das deklarierte Ziel dieser Kredite, ‚das wirtschaftliche Wachstum zu fördern‘, dies

Probleme, des US-Admirals van Fleet wiedergegeben wird: „Asiatische Divisionen könnten erstens kleiner sein — rund 14 000 Mann — und zweitens würde ihr Unterhalt 25mal weniger kosten als der einer amerikanischen Division. Außerdem würde durch solche asiatischen Divisionen das kommunistische Argument des amerikanischen Imperialismus in Asien entkräftet . . .“

39 Hierzu: Bronfenbrenner, M., *The Appeal of confiscation in economic development*, in: *The Economics of underdevelopment*, ed. by A. N. Agarwala and S. P. Singh, New York 1963, S. 489.

40 Siehe Details bei Lederer, W. J., *A Nation of sheep*, New York (1961).

41 Kretzschmar, W., a. a. O., S. 225.

soll aber nach den Vorstellungen der Regierungen und auch der meisten Theoretiker ‚im rauhen Wind‘ der marktwirtschaftlichen Bedingungen, denen Erziehungsfunktion zugeschrieben wird, stattfinden. Dabei führt die Verbindung von eigenem Wirtschaftssystem und der Form der ‚Entwicklungshilfe‘ tendenziell dahin, daß „die Betonung der Marktwirtschaft als alleiniges Mittel zur Förderung der Wirtschaft in den Entwicklungsländern so stark (ist), daß man annehmen muß, daß die Anwendung dieses Instruments zum Selbstzweck wird“⁴². Obwohl die westlichen Industrieländer in den UNO-Debatten⁴³ prinzipiell zugestanden haben, daß breite infrastrukturelle Investitionen, welche nicht unmittelbar große Rückzahlungen in Form von hohen Zinsen und Amortisationen erlauben, notwendig sind, hat sich ihre Kreditgewährung bisher kaum an diese Erfordernisse gehalten. Deshalb ist die Verschuldung der Entwicklungsländer gegenwärtig auf 38 Mrd. Dollar⁴⁴ angewachsen; immer größere Teile der laufenden ‚Entwicklungshilfe‘ werden für den Schuldendienst verbraucht: „Gegenwärtig sind es 25 %, 1970 etwa 33 % und 1980 schon 40 %. Dabei sind die Leistungsverpflichtungen aus der privaten Entwicklungshilfe, also Verpflichtungen im internationalen Kapitalverkehr noch nicht berücksichtigt“⁴⁵. Während der jährliche Schuldendienst der Entwicklungsländer um 13 % ansteigt, nehmen die jährlichen Exporteinnahmen um nur 4 % zu⁴⁶. Neuerdings erst — unter dem Druck der Tatsachen — ist man geneigt, das aus dem privatwirtschaftlichen Bereich herstammende Vergabekriterium der einzelwirtschaftlichen Rentabilität, dann auch das aus den sog. finanzwissenschaftlichen Deckungsgrundsätzen — eine von den fortgeschrittenen Ökonomen kaum noch ernst genommene und in den westlichen Industriestaaten im großen und ganzen nicht mehr praktizierte Lehre⁴⁷ — abgeleitete Produktivitätskriterium, das einen unmittelbaren Zuwachs zum Sozialprodukt als Bedingung einer Staatsanleihe macht, durch das Kriterium einer gesamtwirtschaftlich berechneten Schuldendienstfähigkeit des jeweiligen Entwicklungslandes zu ersetzen⁴⁸. Seit Gründung der IDA (International Development Association) im Jahre 1960, einer Bank, die im Gegensatz zu fast allen anderen internationalen Finanzinstituten wie IBRD (International Bank of Reconstruction and Development = Weltbank), IADB (Inter-American Development Bank) u. a. Laufzeiten von bis zu 50 Jahren und einen Zinsfuß von nur $\frac{3}{4}$ % hat, und

42 Zimmermann, H., Öffentliche Finanzhilfen an Entwicklungsländer, Berlin (1963), S. 13.

43 Vgl. die Wiedergabe bei Zimmermann, H., a. a. O., S. 24 ff.

44 Vgl. FAZ v. 1. Nov. 1965.

45 FAZ v. 26. Juli 1965.

46 Vgl. FAZ v. 24. Juli 1965.

47 Vgl. hierzu Neumark, F., Grundsätze und Arten der Haushaltsführung und Finanzbedarfsdeckung, in: Neumark, F., Wirtschafts- und Finanzprobleme des Interventionsstaates, Tübingen 1961, S. 122—215, und Lerner, A. P., Functional Finance and the Federal Debt, in: Readings in Fiscal Policy, ed. by A. Smithies and J. K. Butters, Homewood, Ill. 1955.

48 Vgl. Zimmermann, H., a. a. O., S. 51 ff.

seit den neuen Entwicklungshilfeprinzipien der Kennedy-Administration scheint sich eine Änderung anzubahnen. Zuletzt wurde auch von der OECD allgemein als Ziel akzeptiert, „mindestens 80 % ihrer Entwicklungshilfe als verlorenen Zuschuß oder aber als langfristige Kredite mit einer Laufzeit von 25 Jahren und mehr bei einem Höchstzins von 3 % bei sieben tilgungsfreien Jahren einzuräumen“⁴⁹. Inwieweit dieses Vorhaben, das auf eine gründliche Revision der bisherigen Entwicklungshilfepraxis hinauslief, tatsächlich eingelöst werden wird, wird man — nicht ohne Skepsis — abwarten müssen.

IV.

Wie immer man den — im Vergleich zur Zeit vor 1914 durch den kleineren Anteil am Volkseinkommen, den geringeren Prozentsatz an den gesamten Nettoinvestitionen, der Richtung in entwickeltere Regionen etc. — veränderten Stellenwert der Auslandsinvestitionen für die Volkswirtschaften der westlichen Industrieländer beurteilen mag⁵⁰, für die Entwicklung oder besser: für die Nichtentwicklung stagnierender Gesellschaften scheinen sie nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu haben. War die durchschnittliche Profitrate der englischen privaten, vor allem in den kolonialen Gebieten gemachten Auslandsinvestitionen bis 1914 etwa 6 %⁵¹, so lag die der USA 1961 bei durchschnittlich 10,7 %; die Gewinne in Asien und im Nahen Osten beliefen sich auf die respektable Höhe von 39 % bzw. 60 %. Auf der anderen Seite machen diese Investitionen nur 7,2 % der gesamten privaten Direktinvestitionen im Ausland aus. Die Gewinnhöhe der amerikanischen Direktinvestitionen in Kanada, die ein Drittel der gesamten amerikanischen Auslandsinvestitionen darstellen, betrug dagegen nur 5,8 %⁵². So scheinen die relativen quantitativen Rückgänge der privaten Kapitaltransaktionen in die Entwicklungsländer durch erhöhte Exploitationsraten kompensiert werden zu müssen. Wird heute noch vom ausländischen Privatkapital in den Entwicklungsregionen investiert, so vor allem aufgrund so großer durch ‚monopolistic privileges‘ (M. Frankel) bedingter Gewinnvorteile, welche die der einheimischen (kapitalistischen) Wirtschaft durch Auslandsinvestitionen partiell entgehenden ‚indirekten Entwicklungsvorteile‘ — ohne diese im gewissen Sinn infrastrukturellen bzw. gesamtgesellschaftlich wirksamen Investitionen sind auch

49 FAZ v. 24. Juli 1965.

50 Vgl. etwa Myrdal, G., Internationale Wirtschaft, Berlin (1958), S. 123 ff., zuletzt hierzu: Frankel, M., Home versus foreign investment: a case against capital export, in: Kyklos. Vol. XVIII/1965, Fasc. 3, S. 411 bis 433.

51 Vgl. Cairncross, A. K., Home and foreign investment 1870—1913, Cambridge 1953, S. 180 ff.

52 Vgl. US Department of Commerce, Survey of Current Business, August 1962, S. 22, 23 Tab. 2 und 4.

in den Entwicklungsländern auf die Dauer keine profitablen Renditen mehr möglich⁵³ — weitaus zu kompensieren vermögen.

„Privatinvestitionen werden nicht aus philanthropischen Gründen getätigt“ heißt die gängige Rationalisierung gegenüber Bedenken, daß die in den Entwicklungsländern erreichten Profitraten kaum zur vorgeblich angestrebten Entwicklung beitragen können. Durch den wunderbaren Mechanismus der invisible hands jedoch sollen auch die Interessen der Anlageländer gefördert werden und zwar groteskerweise jeweils im Maß der Rücksichtslosigkeit der durchgeführten Investitionen. „Durch eine solche, rein privatwirtschaftliche (man könnte sagen ‚egoistische‘) Kapitalexport-„Politik“ wird letztlich auch den übergeordneten Interessen des Kapitalexportlandes wie des Kapitalimportlandes am ehesten gedient“⁵⁴. Wie die ‚Sozialpartner‘ in den ‚Mutterländern‘ sitzen auch hier wieder alle Beteiligten durch eine von kapitalistischer Ratio gestiftete Interessenkongruenz in einem Boot. In Vernachlässigung der — neben den oben genannten Gründen — auch als Kompensation für die größeren Risiken besonders hochgeschraubten Nettorenditen werden vor allem die ‚segensreichen und befruchtenden‘ Auswirkungen dieser Spielart des Kapitalexports ins Feld geführt. „Obwohl das Ziel der Privatinvestition der Profit ist, bringt sie eine Reihe von sehr wertvollen Nebeneffekten . . . — wie etwa Berufsausbildung, Betriebsausstattung, Expertenerfahrung, Wohnsiedlungen, Erziehungsmöglichkeiten, Gesundheitsprogramme und Beschäftigung mit sich“⁵⁵. Wenn auch grundsätzlich die positiven Auswirkungen auf bessere Ausbildung, höhere und qualifiziertere Beschäftigung etc. nicht zu bezweifeln sind, so muß hier doch angemerkt werden, daß die Quantität dieser ‚by-products‘ in der Regel stark überschätzt wird. In einer Reihe neuerer wissenschaftlicher Untersuchungen ist die strukturelle Begrenztheit der Vorteile, die kapitalistische Privatinvestitionen Entwicklungsländern zu bringen vermögen, zuverlässig nachgewiesen worden⁵⁶.

An den Dimensionen der privaten Kapitalbewegungen lassen sich die offenkundigen Vorteile für die kapitalexportierenden westlichen Industrieländer bestimmen, wie schwierig es auch im einzelnen ist,

53 Vgl. Singer, H. W., An example of new pragmatism: toward a theory of preinvestment, in: Singer, H. W., International development: Growth and Change, New York — Toronto — London 1964, S. 18—25; aus diesem Grund betonen etwa in den USA gerade die Konzerne die Notwendigkeit von Regierungshilfen für die Entwicklungsländer, um sich auf diese Weise der ‚harmonious cooperation‘ die aufwendigen Kosten für die Schaffung von ‚external economies‘ zu ersparen. Vgl. hierzu auch Baran, P. A., The political Economy of growth, New York 1962, S. 192.

54 Guth, W., Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder, Basel — Tübingen 1957, S. 60.

55 World III, A Handbook on developing countries, ed. by A. Moyes and T. Hayter, New York 1965, S. 119. (Übers. d. Verf.)

56 Vgl. hierzu etwa Singer, H. W., The Distribution of gains between investing and borrowing countries, in: American Economic Review, Vol. XL/1950 Papers and Proceedings, S. 473 ff., der auf den geringen ge-

den aus Dividenden, Zinsen, Erlösen aus reinvestierten Gewinnen, repatriierten Auslandsguthaben und anderen — in den Statistiken nicht auftauchenden — Profiten sich zusammensetzenden Rückstrom privaten Kapitals in befriedigender Weise exakt quantitativ zu erfassen. A. G. Frank fand durch Addition des vom Department of Commerce angegebenen capital-outflow aus den USA und des capital-inflow in die USA, daß in der Zeit von 1950—1961 einem Kapital-export von 13 Mrd. Dollar ein Kapitalimport von 23 Mrd. Dollar „entsprach“, wobei besonders die Entwicklungsländer von diesem Mißverhältnis betroffen waren⁵⁷. In Lateinamerika betrug der für private Direktinvestitionen bestimmte capital-inflow aus Nordamerika in der Periode von 1951—1961 5,5 Mrd. Dollar — die in derselben Zeit durch Dividende und andere Profite nach Nordamerika geflossene Summe belief sich dagegen auf 9,5 Mrd. Dollar⁵⁸. In Brasilien allein kamen in der Zeit von 1950—1955 auf ausländische Nettoinvestitionen von 92 Mio. Dollar 635 Mio. Dollar Profite, von denen 313 Mio. reinvestiert wurden und die restlichen 322 Mio. ins Ausland — im wesentlichen in die USA — abflossen⁵⁹. Als Gründe für diese Ausbeutungsverhältnisse führt eine UN-Kommission die geringe und nur wenig kostende Arbeitskraft in den Extraktionsindustrien an, die zeitweilige Überbewertung der einheimischen Währung sowie, „daß übertrieben hohe Profite aus einer monopolistischen Atmosphäre, die nicht ungewöhnlich in Lateinamerika ist, resultieren können — was häufig der Fall ist — und aus ungewöhnlich libe-

samtwirtschaftlichen Kapazitäts- und Erschließungseffekt dieser Investitionen hinweist; zum Beschäftigungseffekt, zur besseren Fachausbildung, den Wohnsiedlungen etc. besonders Baran, P., a. a. O., S. 177—200; ferner: Montaigu, G., Du colonialisme mercantile au ‚Neo-colonialisme‘. Les causes profondes du sous-développement, in: Recherches Africaines, Conakry 1961/1, S. 4—31 und 1961/2 S. 3—24, wo die auslands- und inlandsorientierten Direktinvestitionen in ihren Wirkungen auf das Entwicklungsland geprüft werden; zur inlandsbezogenen Direktinvestition vgl. auch Jürgensen, H.: „So interessant die Wirkung solcher Kapitalimporte auf das Nettosozialprodukt des Kapitalexportlandes auch sein mag — nicht umsonst findet sie dort soviel Förderung — für die Entwicklung des inländischen Wirtschaftswachstums der Entwicklungsländer haben Verkaufsniederlassungen keine besondere Funktion.“ Vgl. seine Abhandlung: Die Funktion des Kapitalimports für die Entwicklungsländer, in: Schriften d. Ver. f. Sozialpolitik, NF Bd. 16, Berlin 1959, S. 53.

57 Vgl. US-Department of Commerce, Survey of Current Business, Nov. 1954, S. 9, 13; August 1955, S. 18, 20; August 1957, S. 25; August 1959, S. 31; August 1961, S. 22, 23; August 1962, S. 22, 23; zit. bei Frank, A. G., On the Mechanisms of imperialism: the case of Brazil, in: Monthly Review, Sept. 1964, S. 286.

58 Comisión Económica para América Latina, (UN), Hacia una dinámica del desarrollo Latinoamericano, Mar del Plata, Mai 1963, zit. nach Galeano, E., The Alliance for Progress, in: Monthly Review, Nov. 1963, S. 369.

59 UN-Department of Economic and Social Affairs, Foreign Private Investment in the Latin America free Trade Area, New York 1961, S. 12 Tab. 6.

ralen speziellen Konzessionen, die einige unterentwickelte Länder ausländischen Unternehmen einräumen“⁶⁰.

In anderen Entwicklungsregionen und bei anderen Auslandsinvestoren liegen die Dinge ähnlich. Über die Profite britischer Firmen — von denen manche in einer Zeitspanne von über 40 Jahren durchschnittliche jährliche Profitraten von 50% erzielten — führt J. F. Rippy aufgrund einer Stichprobenuntersuchung im einzelnen aus: „1. Von mehr als 120 Gesellschaften . . . gelang es nur 10 nicht, einen durchschnittlichen jährlichen Gewinn von mehr als 10% . . . in Bezug auf den Wert ihres Anteils zu machen und nur 17 konnten in den besten fünf Jahren keine Dividenden zahlen, die mindestens dem eingesetzten Kapital äquivalent waren. 2. 70 Gesellschaften machten in fünf Jahren, in denen das Geschäft gut florierte, Gewinne, die mehr als doppelt so groß waren wie ihr eingesetztes Kapital, und . . . mehr als ein Viertel dieser 120 Gesellschaften erhielt das angelegte Kapital in einem einzigen Jahr oder noch schneller zurück; 3. die Einkünfte in den Jahren 1945—1950 zeigen, daß die Jahre der fetten Profite noch keineswegs vorüber sind“⁶¹. Besonders hoch sind die Monopolprofite in der von sieben Riesenkonzernen beherrschten Erdölindustrie: hierbei sind wiederum die im Ausland, also wesentlich in Venezuela, Irak, Iran und Saudi-Arabien gemachten Profite um ein vielfaches höher als etwa in den USA. „Eine amerikanische Gesellschaft — Standard Oil of California — allein zog 645 Mio. Profite aus ihren Anlagen in Asien in den Jahren 1948—1954. In einem Jahr, 1954, kamen auf eine Investition von 13 Mio. Dollar 117 Mio. Dollar Profite. Die Dividenden dieser einen Gesellschaft betragen in diesen sieben Jahren 337 Mio. Zur selben Zeit stieg Californias Guthaben in Asien, das aus unverteilten Gewinnen zusammenkam, auf 385 Mio. Dollar. So kommt auf jeden Dollar, den California investierte, ein inzwischen erworbenes Guthaben von 29,61 Dollar“⁶².

Die Möglichkeit dieser hohen Gewinnsicherung ist vor allem durch die Fähigkeit der Monopolgesellschaften gegeben, die in den Rohstoffländern erwirtschafteten Profite und damit die f.o.b.-Preise so zu manipulieren, daß die von ihrer Höhe abhängigen Konzessionen und ‚royalties‘ gegenüber den einheimischen Regierungen sehr niedrig sind. Der f.o.b.-Preis der aus den Entwicklungsländern exportierten Rohstoffe wird so bestimmt durch zahlreiche, komplizierte Berechnungen des jeweiligen nationalen Steuersystems, innergesellschaftlichen Geldvereinbarungen und Konzessionsverträge mit den

60 Ebenda, S. 14 Anm. 25.

61 Rippy, F. J., Background for Point Four: samples of profitable British investments in the underdeveloped countries, Journal of Business of the University of Chicago, (April 1953), zit. bei Baran, P. A., a.a.O., S. 228 (Übers. d. Verf.).

62 O’Conner, H., The Empire of Oil, New York 1955, S. 289; weitere Hinweise auf die Höhe der in Entwicklungsländern gemachten Monopol- und quasi-kolonialen Extraprofite finden sich in: Baran, P. A., a. a. O., S. 163—248; Mandel, E., *Traité d’Économie Marxiste*, Tome II, Paris 1962, S. 68—125; Gustafsson, B., *Fran Kolonialism Till Socialism*, 2: a upplagen Stockholm 1965, S. 32—56 und S. 99—115.

jeweiligen, meist selbst korrupten Kompradorenregierungen. Da Produktion, Transport und Verkauf von ein und demselben Konzern oder einer eng verbundenen Gesellschaft durchgeführt werden, steht es den einzelnen Konzernen frei, ihre Profite dieser oder jener ihrer Auslandsfilialen oder Tochtergesellschaften zuzuteilen⁶³. Die Möglichkeit, die Herkunft der Gesamtprofite von internationalen Trusts im einzelnen aufzuschlüsseln, ist folglich sehr gering; die jeweilige Höhe der von Extraktionsunternehmen am Ort der Extraktion bzw. der Verarbeitung erzielten Profite kann keiner Statistik entnommen werden.

Eine andere, noch groteskere Variante ausländischer Einflußnahme auf ökonomische Bereiche des Entwicklungslandes ist, daß Gewinne, welche ausländische Tochtergesellschaften ihren Zentralen überweisen, zum Teil mit einheimischen Kapitalien erwirtschaftet sind. Durch Aufnahme von Anleihen von der brasilianischen Nationalbank in der Höhe von 47 % ihres für kommerzielle Zwecke vorgesehenen Kreditvolumens haben amerikanische Konzerne im Jahre 1961 Kontrolle über ganze Wirtschaftsbereiche gewonnen. Sie kauften fast die gesamte Baumwollernte auf, stapelten sie, um mit ihr zu spekulieren oder verliehen das Kapital weiter an Großhändler und unmittelbare Produzenten. Auf diese Weise wird der einheimische Markt ebenso wie der Exportmarkt unter Kontrolle gehalten und ansehnliche — durch Ausnutzung brasilianischen Kapitals eingebrachte — Gewinne werden nach den USA transferiert⁶⁴.

Auch die neuerdings von einigen Staaten obligatorisch gemachten Reinvestitionen — in Ghana z. B. müssen 60 % der Gewinne reinvestiert werden — sind kein Allheilmittel gegen einen durch die Struktur der ausländischen Direktinvestitionen gegebenen Kapitalabfluß. Ein für das wirtschaftliche Wachstum eines Entwicklungslandes sehr schädlicher ‚Dekapitalisierungseffekt‘ tritt etwa dadurch ein, daß eine relativ kleine Investition bei entsprechender Gewinnakkumulation nach einer gewissen Zeit eine beträchtlich höhere inländische Verschuldung gegenüber dem Herkunftsland der Investitionen hervorruft. In dem Maße der Selbstfinanzierung durch sehr hohe Reinvestitionsquoten vergrößern sich die Währungsansprüche aus dem Ausland. Durch Kauf von Grundstücken und Baulichkeiten sowie durch Finanzierung des Betriebskapitals in Landeswährung, dem nur der Bezug von Maschinen und Lizenzen in Auslandswährung gegenübersteht, gewinnt „die Spannung zwischen initialer Deviseninvestition und späterer Verschuldung (der Volkswirtschaft an die Devisenländer) rechnerisch ein erhebliches Gewicht“⁶⁵. Ein z. B. in Brasilien durchgebrachtes, dieser Devisenauszehrung entgegen-

63 Vgl. Baran, P. A., a. a. O., S. 232 ff.

64 Vgl. UN-Department of Economic and Social Affairs, Towards a new trade policy, New York 1964, S. 19; vgl. dazu Gustaffson, B., a. a. O., S. 106 (diese Passage ist auch teilweise übersetzt in: Kursbuch 2, August 1965, hrsg. v. H. M. Enzensberger, S. 147—149).

65 Giesecke, H., Industrieinvestitionen in Entwicklungsländern, Hamburg 1963, S. 25.

wirkendes Gesetz sieht vor, freien Gewinntransfer von bis zu 10 % auf die Beteiligung in Fremdwährung zu gestatten, nicht aber auf den Kapitalanteil, der durch Reinvestition geschaffen worden ist.

Die Währungssituation der Anlageländer verschlechtert sich oben-
drein insofern, als die Auslandsniederlassungen gerade im Bereich
der — z. B. in Lateinamerika relativ bedeutsamen — weiterverar-
beitenden Industrien einen vergleichsweise hohen Importbedarf ent-
wickeln, der — aufgrund der Bindungen zum Stammhaus, Abhängig-
keit von Ersatzteilen etc. — die in den Entwicklungsländern bereits
bestehenden Bezugsmöglichkeiten vielfach ungenutzt läßt.

Der Devisenrücktransfer auf Beteiligungskapital wird in konjunktur-
ellen Schwächeperioden insofern um so gravierender empfunden,
als dann durch plötzliche, größere antizyklische Kapitalabzüge die
ohnehin kritische Situation noch verschärft wird. Bedenkt man wei-
ter, daß die für die Binnenkonjunktur wichtige Währungs-
lage der Entwicklungsländer wesentlich von den Weltmarkterlösen für die
wenigen Exportprodukte bestimmt wird und zudem die Rohstoff-
preise bereits ohne Konjunkturrückgänge in den Abnehmerländern
unter ständigem Preisdruck stehen, so kann man die durch ausländische
Aktivitäten entscheidend mitbestimmte Labilität dieser Wirtschaft-
sposition ermes-
sen.

Es gehört sicherlich allerhand ideologisches Bewußtsein dazu, die
vielen auf der Hand liegenden Nachteile — gegenüber den geringen
und äußerst problematischen ‚Vorteilen‘⁶⁶ — der privaten ausländischen
Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern zu über-
sehen oder sie der ‚mangelnden Weisheit‘ und dem ‚manchmal unfairen
Profitstreben‘ der Konzerne zuzuschreiben⁶⁷.

Außerordentlich hohe Profite, Monopolisierung ganzer Marktbe-
reiche, Konzentration auf besonders profitable Branchen — Investi-
tionen, die nur im geographischen Sinn Auslandsinvestitionen sind,
sonst aber in ihrer Funktion und Nützlichkeit eine Komplementär-
investition zur eigenen entwickelten Industrie darstellen⁶⁸ — der
damit bedingte ‚unbalanced growth‘ der Volkswirtschaften, eine
weitgehende Fortsetzung der alten monokulturellen, wachstumshem-

66 Siehe S. 188, Anm. 56.

67 Vgl. etwa: Wilbrandt, H., Agrarfragen im Rahmen der Entwick-
lungsförderung durch Hebung der Einfuhr aus den Entwicklungsländern,
in: Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 9 1962, S. 64 und Foreign invest-
ment in economically underdeveloped countries, ed. by International
Confederation of Free Trade Unions, Brüssel 1959, S. 74.

68 Hierzu besonders: Singer, H. W., The Distribution of gains between
investing and borrowing countries, a. a. O., S. 475 „Ich würde annehmen
— wenn der gewöhnliche ökonomische Test für die Wirksamkeit von
Investitionen der Multiplikatoreffekt in bezug auf Einkommen, Beschäfti-
gung, Kapital, technisches Wissen und Wachstum der ‚external economies‘
ist —, daß dann eine große Anzahl von in den Entwicklungsländern un-
ternommenen Investitionen, die wir gewöhnlich als ‚Auslandsinvestitionen‘
betrachten, tatsächlich richtiger als eigene, ausschließlich den indus-
trialisierten Ländern zugute kommende Investitionen angesehen wer-
den sollten.“ (Übers. d. Verf.)

menden Wirtschaftsverfassung, die starke Abhängigkeit von Schwankungen auf dem Weltmarkt, die beide eine Fortentwicklung der Gesamtwirtschaft auf ein höheres Niveau geradezu unmöglich machen⁶⁹, indirekte Dekapitalisierung durch Devisenabfluß von durch Reinvestitionen erwirtschafteten Gewinnen, anti-zyklische Kapitalabzüge in den leichtesten Krisenperioden — dies alles sind Elemente ausländischer, privater Kapitaltransaktionen, die mehr oder minder strukturbedingt sind und die nach wie vor zu den wesentlichsten Barrieren für eine wirtschaftliche und soziale Verbesserung der Lage der Entwicklungsländer zählen.

V.

Entgegen den vor allem das Realisationskrisentheorem akzentuierenden Imperialismustheorien spielen die nicht oder nur schwach kapitalisierten Länder als Handelspartner seit dem 2. Weltkrieg eine zunehmend untergeordnete Rolle. Drei Momente, welche alle in gewisser Weise Resultat kolonialistischer Politik und andererseits Ausdruck eines neuen Abhängigkeits- und Übervorteilungsverhältnisses sind, scheinen für die Lage der Entwicklungsländer von strategischer Bedeutung zu sein. Einmal ist der starke Rückgang des Anteils der Entwicklungsländer am Welthandel als langfristiger Trend zu beobachten; zweitens ist die Export- und Importquote, d. h. das Verhältnis des Wertausdrucks ihrer Außenhandelsvolumen zu ihrem Sozialprodukt vergleichsweise hoch; drittens ist das Warenauschverhältnis zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern durch die langfristige Verschlechterung der *terms of trade* für die Entwicklungsländer gekennzeichnet, die freilich mit der kaum sich wandelnden Export- und Importstruktur dieser Länder in engem Zusammenhang steht.

Stieg der Anteil des Exports — für das Importvolumen gilt nahezu die gleiche Relation — der westlichen Industrieländer am Weltexport von 1950 bis 1963 von 60 % auf 67 %, so steht dem der Rückgang des Anteils der Entwicklungsländer von 32 % auf 20 % gegenüber⁷⁰. Dabei ist die Richtung der Exporte bedeutsam: geht der Hauptteil der Exporte in zunehmendem Maße (1962 schon 72 %) in die westlichen Industrieländer, so verliert der ohnehin schon relativ kleine Teil der Exporte der Industrieländer für die Entwicklungsländer an Bedeutung (1950: 29 %; 1962: 23 %) ⁷¹. Dieser in vielen anderen Beziehungen im einzelnen gut zu belegende Sachverhalt der abnehmenden relativen Bedeutung der Entwicklungsländer sowohl als Exporteure wie auch als Importeure im Gegensatz zu den intensivierten Handelsbeziehungen der Industrieländer untereinander liegt

69 Vgl. Nurkse, R., *Problems of capital formation in underdeveloped countries*, Oxford 1953, S. 20—24.

70 UN, *Statistical Yearbook 1964*, New York 1965, S. 464, 465 und UN, *World Economic Survey 1963*, a. a. O., S. 4.

71 UN, *World Economic Survey 1963*, a. a. O., S. 10 Tab. 1—8.

einmal an der durch geringe Produktivität bedingten niedrigen Konsum- und Kaufkraft der Entwicklungsländer, zum anderen an der veränderten Situation in den westlichen Industriestaaten. Der durch den 2. Weltkrieg vorbereitete Nachholbedarf schuf dort einen vergleichsweise breiten Markt. Hinzu traten die durch die Erschütterungen der kapitalistischen Systeme notwendig gewordenen ‚marktkonformen‘ und konjunktursteuernden Interventionen des Staates, der durch Vollbeschäftigungspolitik, Erhöhung der Investitionsanreize und Übernahme von Unternehmerfunktionen effektive Nachfrage ‚produzierte‘ und somit den tendenziellen und strukturellen Unterkonsumtionskrisen mit allen Mitteln entgegentrat. So hängt der Bedeutungsschwund der Entwicklungsländer für die Bewältigung der ökonomischen Situation im kapitalistischen System unmittelbar mit der Konsolidierung und Regeneration der spätkapitalistischen Verhältnisse nach dem 2. Weltkrieg zusammen. Das heißt nun wiederum nicht, daß damit alle Abhängigkeitsverhältnisse aufgehoben sind und daß die Entwicklungsländer nicht auch ihren ‚Entwicklungsbeitrag‘ zu der Festigung kapitalistischer Verhältnisse leisten. Die Abhängigkeit spiegelt sich vor allem in der hohen Export- und Importquote der Entwicklungsländer wider; der wertmäßige Anteil ihres Außenhandels am Sozialprodukt betrug 1960 34 %, während im Gegensatz dazu der gleiche Anteil bei den ohnehin stabilere Außenhandelsstrukturen aufweisenden Industrieländern 18 % ausmachte⁷². So scheinen die alten imperialistischen Beziehungen, die wesentlich dadurch bestimmt waren, daß der hochentwickelte Kapitalismus die schwach entwickelten Regionen für seine Reproduktion unbedingt benötigt, spezifisch neue Gestalt zu gewinnen: die Abhängigkeitsverhältnisse haben sich im Gefolge der imperialistisch-ausbeuterischen Politik der westlichen Industriestaaten zuungunsten der Entwicklungsländer vereinseitigt. Könnten sich die kapitalistischen Länder gegenwärtig möglicherweise auch notfalls selbständig reproduzieren, so vermögen die Entwicklungsländer das nicht mehr, solange ihre imperialistisch induzierte monokulturelle Wirtschafts- und Handelsverfassung besteht. Diese durch den Entwicklungsprozeß von der anfänglich bloß politischen, dann mehr und mehr zur ökonomischen (und damit freilich wiederum zur politischen) Abhängigkeit gewendeten Beziehungen können die Industriestaaten — ob sie es strukturnotwendig müssen oder nicht, mag dahingestellt sein — weidlich ausnutzen. Ökonomisch können sie nun über den scheinbar gerechten Preismechanismus des Weltmarktes die Bedingungen bestimmen, unter denen sie in Handelsbeziehungen mit den Entwicklungsländern treten möchten. Diese ohnehin vorgängige strukturelle Unterlegenheit der Entwicklungsländer wird noch forciert und ergänzt durch ein System handels- und zollpolitischer Maßnahmen von seiten der Industrieländer, das partiell freihändlerisch, partiell protektionistisch die fundamentale Ungleichheit der miteinander in Beziehung tretenden Parteien offenbar nur verstärkt.

⁷² UN, Statistical Yearbook 1964, a. a. O., S. 464, 465 und UN, World Economic Survey 1963, a. a. O., S. 19.

In diesem Lichte kann die heute gängige, entlastende Redeweise von der ‚Handelshilfe‘ oder ‚Handelsförderung‘, als unter die Rubrik ‚Entwicklungshilfe‘ subsumiert, nur als Zynismus angesehen werden. Der durch ‚trade‘ angeblich auch vorwärtsgetriebenen ‚aid‘ liegen die Ideologien des im freien Spiel der Kräfte sich herstellenden, weltweiten Gleichgewichts, der ‚Vernünftigkeit‘ des gegebenen Systems der internationalen Arbeitsteilung zugrunde, die — wie Baran es ausdrückt — „so organisiert ist, daß einer der beiden Beteiligten sich auf das Verhungern spezialisiert, während der andere die schwere Last des weißen Mannes, Profite einzustreichen, auf sich nimmt, (was) keineswegs als befriedigendes Arrangement für das Erreichen des höchsten Glückes für die größtmögliche Zahl angesehen werden kann“⁷³. Da die „reine Theorie des internationalen Handels nicht nur positive, sondern auch normative Theorie“⁷⁴ ist, historisch entwickelte und nun hypostasierte Wertungen aus logisch-wissenschaftlicher Analyse hervorgehen sollen, kann man gerade auf diesem Feld der bürgerlich-liberalen Ökonomie das Zusammenschießen scheinwissenschaftlicher, modellgerechter Exaktheit und grober, die Wirklichkeit kaum anders als rechtfertigend zur Kenntnis nehmender Ideologie antreffen⁷⁵. Realistische Ansätze hingegen zu einer theoretischen Bewältigung des Phänomens der weltweiten Ungleichheit unter Anerkennung des für ökonomische und soziale Prozesse konstitutiven Prinzips der ‚zirkulären Verursachung mit kumulativen Effekten‘ (G. Myrdal) werden nur von wenigen Theoretikern unternommen. „Es ist noch eine Untertreibung, zu behaupten, die Theorie des internationalen Handels hätte uns kein Modell oder logischen Mechanismus aus einem System rationaler Hypothesen geliefert, die erklären könnten, warum die riesigen wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen verschiedenen Ländern entstanden sind und warum sie eine Tendenz haben, sich zu vergrößern. Man hat diese Theorie statt dessen verdreht, und das — mirabile dictu — in den letzten Jahren immer mehr, so daß sie eine Situation und einen Entwicklungstrend suggeriert, die der Wirklichkeit diametral entgegengesetzt sind“⁷⁶. Sicherlich können in manchen Fällen die Beschränktheit der Aussagekraft⁷⁷, die verschiedenen Berechnungsweisen⁷⁸ und die Interpretation der Entwicklung der terms of trade⁷⁹ verschieden beurteilt werden. Feststehen dürfte jedoch, daß

73 Baran, P. A., a. a. O., S. 188 (Übers. d. Verf.).

74 Rose, K., Stand und Entwicklung der Außenwirtschaftstheorie, in: Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, a. a. O., S. 19.

75 Vgl. hierzu Myrdal, G., Das politische Element in der national-ökonomischen Doktrinenbildung, 2. Aufl., Hannover 1963 und zuletzt Albert, H., Rationalität und Wirtschaftsordnung, in: Jb. für Sozialwissenschaften, Bd. 14 (1963), Heft 3, S. 86 ff.

76 Myrdal, G., Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen, Stuttgart 1959, S. 146, 147.

77 Benham, F., Das reale Austauschverhältnis, in: Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, a. a. O., S. 143 ff.

78 UN, World Economic Survey 1963, a. a. O., S. 292 ff.

79 Guth, W., a. a. O., S. 112 ff.

die in Preisen ausgedrückte reale Austauschrelation von Rohstoffen und Nahrungsmitteln einerseits und Fertigwaren und Halbfabrikaten andererseits — bei konstantem Volumen — sowohl langfristig⁸⁰ als auch in der Zeit nach dem Kriege⁸¹, wenn auch mit einigen Schwankungen wie im Korea-boom, sich wesentlich zuungunsten der ‚Rohstoffländer‘ entwickelt hat⁸².

Neuere, realistische Berechnungen der UNO zeigen, daß sich in der Zeit von 1950—1962 die Exportpreise der Entwicklungsländer um 4 % senkten und die Preise für ihre Importgüter um 8 % erhöhten, sich also eine Verschlechterung der terms of trade um insgesamt 12 % ergeben hat. Ohne die von dieser Entwicklung weniger betroffenen Erdölländer Venezuela, Irak und Iran käme man sogar auf eine Verschlechterung von 17 %. Im Gegensatz dazu haben sich die Austauschrelationen für die nicht primär Rohstoffe liefernden Industrieländer — also ausgenommen: Australien, Neuseeland und Südafrika — um 14 % verbessert. Bezieht man diese Tendenzen auf die Handels- und Preissituation von 1950 als Basisjahr, so zeigt sich, daß „die Verschlechterung der terms of trade für sich selbst genommen eine Verringerung der Ansprüche über ausländische Güter in der Größenordnung von 17 Mrd. implizierte. Dieser Verlust kam einem Drittel des gesamten in die Entwicklungsländer in Form von langfristigen Kapital und öffentlichen Schenkungen geflossenen Kapitals gleich, oder zwei Fünfteln des Zustroms an öffentlichen Anleihen und drei Vierteln der öffentlichen Schenkungen“⁸³. Lateinamerika war so stark von dieser Tendenz betroffen, daß der gesamte capital-inflow, also der Zustrom von geschenkten Geldern, öffentlichen Anleihen und Privatkapital kleiner war als der durch die Verschlechterung der terms of trade zustandegekommene Effekt.

Die Gründe dieser schlechten Situation der Entwicklungsländer sind einmal in ihrer durch die Gewaltpolitik fremder Mächte aufoktroierten Wirtschaftsverfassung und damit in ihrer spezifischen Im-

80 Vgl. UN-Department of Economic and Social Affairs, *Postwar Price Relations in trade between underdeveloped and industrialized countries*, New York 1949, wo statistisch nachgewiesen wird, daß sich die terms of trade säkular, d. h. von 1876—1880 als Basisperiode bis 1948 für die Rohstoffproduzenten stetig verschlechtert haben, und zwar um insgesamt 37 %.

81 UN-Department of Economic and Social Affairs, *Relative Prices of exports and imports of underdeveloped countries. A study of postwar terms of trade between underdeveloped and industrialized countries*, New York 1959.

82 Dabei ist in gewisser Weise der Einwand H. Hesses (*Der Außenhandel in der Entwicklung unterentwickelter Länder unter besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas*, Tübingen 1961, S. 43, 44) in Rechnung zu stellen, daß in der Indexberechnung der terms of trade Qualitätsverbesserungen von Industrieprodukten bei konstantem oder relativ langsam steigendem Preis nicht berücksichtigt werden.

83 UN, *World Economic Survey 1963*, a. a. O., S. 235; die Prozentzahlen für die Verschlechterung der terms of trade für die Entwicklungsländer ebenda, S. 6, 7, Tab. 1—4 und Tab. 1—5.

port- und Exportstruktur und zum anderen in den Elastizitäten für die von ihnen angebotenen Güter zu suchen. Überwiegend führen die Entwicklungsländer immer noch mineralische und agrarische Rohprodukte aus, während sie vornehmlich industrielle Fertigwaren⁸⁴ einzuführen suchen. Wenn einerseits die geringe Möglichkeit festgestellt wird, durch gesteigerten Agrargüter- und Rohstoffexport den chronischen Devisenmangel zu beheben⁸⁵, so kann andererseits von einer für die wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Importsubstitution und Exportdiversifikation durch schon wirksam gewordene Industrieinvestitionen kaum die Rede sein. Der Anteil der Rohstoffprodukte an ihrem Gesamtexport ist von 1955—1961 nur unwesentlich von 92% auf 90% zugunsten der industriell verfertigten Güter zurückgegangen. Die Irrelevanz dieser Verschiebung sowohl für den Welthandel als auch für die Förderung ihrer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung läßt sich in gewisser Weise daran ermessen, daß ihr Anteil am Weltexport für Manufaktur- und Industriegüter von 1955—1961 von 5% auf 4% zurückgegangen ist⁸⁶.

Die Marktsituation für die von den Entwicklungsländern vorwiegend exportierten Güter ist im allgemeinen gekennzeichnet durch kleine Angebots- und Nachfrageelastizität, einem kaum ansteigenden Nachfragetrend und sehr großen Preisschwankungen. Auch bei denjenigen Rohstoffen, deren Absatz normalerweise gesichert ist, können die Deviseneinnahmen der Entwicklungsländer sehr differieren. Die Nachfrage der Industrieländer nach diesen Waren ist nämlich — wie H. W. Singer ausführt — gleichzeitig stark einkommenselastisch in bezug auf Einkommensenkungen in den Nachfrageländern und unelastisch im Falle von Preissenkungen⁸⁷. D. h. einerseits, daß z. B. bei einer Depression in den Industrieländern deren Rohstoffnachfrage mit dem sinkenden Volkseinkommen überproportional zurückgeht. Andererseits aber ist beim Sinken der Exportpreise für Rohstoffe auf Grund erzielter Produktivitätssteigerung nicht mit einer entsprechenden volumenmäßigen Zunahme der Rohstoffimporte der Industrieländer zu rechnen. Umgekehrt reagiert die Nachfrage im Falle von Einkommenssteigerungen in den Industrieländern sehr unelastisch, im Falle von Preissteigerungen außerordentlich elastisch, da in der Regel kein Entwicklungsland eine genügend starke Mono-

84 Dabei kommt natürlich die Multiplikator- und Akzeleratorwirkung dieser Industrieprodukte nicht im Importland, sondern im Herstellerland zur Geltung. Vgl. hierzu: Amuzegar, J., Foreign Aid and the negative 'trade effect' in underdeveloped countries, in: Indian Economic Journal Vol. VIII. Okt. 1960/2, S. 105 ff.

85 Vgl. Wilbrandt, H., a. a. O., S. 29 ff. und Friedensburg, F., Wirtschaftliche Hilfe für die Entwicklungsländer durch Sicherung des Absatzes für Erzeugnisse des Bergbaus, ebenda, S. 79 ff.

86 UN, World Economic Survey 1963, a. a. O., S. 12 und S. 15, Tab. 1—10 und Tab. 1—12.

87 Vgl. Singer, H. W., The Distribution of gains between investing and borrowing countries, a. a. O., S. 479.

polstellung für irgendeinen Exportartikel besitzt⁸⁸. In der Mehrzahl der denkbaren Konstellationen schrumpfen oder stagnieren die Gewinne der Entwicklungsländer aus dem Rohstoffexport; wegen des geringen erwirtschafteten und einsetzbaren ‚surplus‘ können trotz relativ hohen Kostenaufwands nur unbedeutende Produktivitätsfortschritte gemacht werden. Diese für die Entwicklungsländer wenig günstige Außenhandelsituation hängt eng damit zusammen, daß die Industrieländer — wenigstens die größeren unter ihnen — zunehmend selbstversorgend in ihrem Nahrungsmittel- und Rohstoffbedarf werden, daß die Rohstoffe vielfach im Zuge der technischen Entwicklung durch synthetische Erzeugnisse ersetzt werden und der Rohstoffanteil pro Fertigwareinheit durch bessere Ausnutzung und Verarbeitung ständig verringert wird.

Die langfristige, nicht bloß zyklische, sondern wahrscheinlich strukturnotwendige^{89a} Verschlechterung der terms of trade für die Entwicklungsländer hat ihren entscheidenden Grund in der durch die verschiedenen Produktivitätszuwachsrate kumulativ verstärkten ungleichmäßigen Verteilung des von der jeweiligen Gesellschaft erwirtschafteten Mehrprodukts bzw. Mehrwerts. „Welches auch immer die technischen Gründe sein mögen, die herangezogen werden, um dieses Phänomen zu erklären, es reduziert sich letztlich auf die Differenz im Produktivitätsniveau (Verausgabung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit) zwischen den beiden Kategorien von Ländern, d. h. auf den ‚gleichen‘ Tausch von m e h r A r b e i t (weniger qualifiziert und weniger produktiv) der kolonialen und halbkolonialen Länder gegen w e n i g e r A r b e i t (qualifizierter und produktiver) der industriell fortgeschrittenen Länder“⁸⁹. Wenn die Preise überall im gleichen Verhältnis wie die Produktivität stieg, gesenkt worden wären — was freilich in der Phase der durch oligopolistisch administrierte Preissenkung ‚organisierter Inflation‘ westlicher Wirtschaftssysteme unmöglich ist⁹⁰ —, würde die Preissenkung bei den Produkten der kapitalistischen Industrieländer größer gewesen sein als bei denen der Entwicklungsländer, so daß sich die Preisverhältnisse zugunsten der Rohstoffländer hätten verändern müssen^{91a}. Wenn das der Fall gewesen wäre — oder sein könnte — wäre der durch technischen Fortschritt induzierte ökonomische ‚surplus‘ — jetzt ganz abgesehen von seiner binnengesellschaftlichen klassenmäßigen Verteilung — nach dem Schema der internationalen

88 Vgl. Robinson, J., *Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft*, München (1965), S. 145 und Anm. 137.

89a Vgl. Nurkse, R., *Patterns of trade and development*, Oxford 1962, S. 27, 59 und 61.

89 Mandel, E., a.a.O., S. 119 (Übers. d. Verf.) und Prebisch, R., (ed. UN), *The economic development of Latin America and its principal problems*, New York 1950.

90 Vgl. hierzu Hofmann, W., *Die säkulare Inflation*, Berlin 1962, S. 18 und passim.

91a Diese Vorstellung hat etwa Fourastié, J., *Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts*, Köln-Deutz 1954, S. 229 ff.

Arbeitsteilung in der ganzen Welt gleichmäßig verteilt worden, und die Industrieländer hätten gegenüber den Rohstoffländern keinen Vorteil errungen. Unter derselben Annahme — Preissenkung bei Produktivitätsanstieg — wäre das gleiche Ergebnis erreicht worden, wenn die Einkommen in den beiden Ländergruppen im Maße des Produktivitätszuwachses gesunken bzw. relativ gestiegen wären. Nun sind aber in den Industrieländern die Volkseinkommen relativ stärker gestiegen als die Produktivität, in den Peripherieländern dagegen schwächer^{91b}. Genauer gesagt: während sich die Produktivitätssteigerungen in den Industrieländern in erhöhte Einkommen niederschlugen, drückten sie sich in den Rohstoffländern in gesunkenen Preisen aus. „Die industrialisierten Länder hatten also das Beste der beiden Welten, sowohl als Konsumenten der Rohstoffe und Nahrungsmittel wie als Produzenten der Industrieprodukte, während die unterentwickelten Länder das Schlechteste der beiden Welten hatten, als Konsumenten von industriell verfertigten Gütern und als Produzenten von Rohstoffen“⁹¹. Das heißt, daß die Industrieländer den ganzen Gewinn der technischen Entwicklung einbehielten, die ärmeren Länder hingegen noch einen Teil davon abgaben bzw. abgeben mußten. Unter dieser Perspektive gesehen ist es erklärlich, wie die terms of trade langfristig fallen mußten und bei Handelsbeziehungen mit den westlichen Industrieländern ohne entscheidende politische Veränderungen sich auch weiterhin verschlechtern müssen.

Neben diesen — den Außenhandelsbeziehungen zwischen armen und reichen Ländern strukturimmanenten — Triebkräften, die die Polarisierung der Welt befördern, und deren Repräsentanten mit dem Pathos freihändlerischer ‚Gerechtigkeit‘ darüber frohlocken, daß sich die eigene Zahlungsbilanz nicht zuletzt durch die Verarmung der Rohstoffländer verbessert, kennen die westlichen Industriestaaten auch ein ausgeklügeltes System protektionistisch wirkender Zollpolitik. Schirmen die Entwicklungsländer ihre schmalen Märkte ihrer eigenen Manufaktur- und Industriegüter vor dem Strom konkurrenzüberlegener Waren aus dem Ausland ab, spricht man in liberalen Kreisen gern von ‚übersteigertem Nationalismus‘, ‚Autarkismus‘, ‚Nichtbeachtung der komparativen Kostenvorteile‘ etc.

In der Zollpolitik westlicher Industriestaaten stehen den Intentionen der sog. Entwicklungshilfe neben den qualitativen Importrestriktionen hinsichtlich der Rohstoffausfuhr, den sehr hohen Fiskalzöllen auf tropische Produkte, den Beschränkungen der Einfuhr agrarischer Güter, dem Beimischungszwang für entsprechende einheimische Produkte etc. insbesondere die außerordentlich diskriminierenden und einer Industrialisierung der Entwicklungsländer gegenüber nahezu vollkommen prohibitiv wirkenden quantitativen Importrestriktionen für Fertigfabrikate und die extrem hohen Zölle

91b Dargestellt in Anlehnung an die knappe Argumentationszusammenfassung der Thesen von Prebisch und Singer bei Hesse, H., a.a.O., S. 40.

91 Singer, H. W., The Distribution of gains between investing and borrowing countries, a. a. O., S. 479 (Übers. d. Verf.).

für Halbfabrikate gegenüber. Mit Recht bezeichnet es K. Billerbeck als „ein Relikt westlicher Kolonialpolitik“, daß diese — jede Industrialisierung erstickenden — „quantitativen Importrestriktionen von den Industrieländern weniger als ein Mittel zur Überwindung aktueller Schwierigkeiten angesehen (werden), denn als potentielles Mittel zur Überwindung möglicherweise auftretender Schwierigkeiten. Sie sind insofern eine handelspolitische Reserve für die Überwindung eigener Schwierigkeiten auf Kosten der Entwicklungsländer“⁹².

In einer kürzlich erschienenen Arbeit hat H. Bachmann⁹³ empirisch-statistisch die im Verhältnis zum realen Wertzuwachs überproportionale und mithin diskriminierend wirkende Mehrbelastung gegenüber den aus den Entwicklungsländern eingeführten Halbfabrikaten dargestellt. Unter Differenzierung von Nominalzoll und ‚effektivem Zollschatz‘, d. h. der Belastung des Mehrwerts, welcher in einem Produktionsprozeß einem Stoff durch Bearbeitung hinzugefügt wird (value-added), konnte er zeigen, daß sich die außerordentlich hohen Zollbelastungen der Halbfabrikate aus den Wertzuwachsöllen — die wiederum eine Konsequenz der Differenz der Nominalzölle auf Rohstoffe und Halbfabrikate sind — ergeben. Nicht nur aus diesem Differenzverhältnis, sondern auch aus dem Verhältnis von Rohmaterialpreis und Mehrwert bestimmt sich die zusätzliche Mehrwertbelastung. Dabei gilt folgende Relation: je kleiner der in einem Fabrikationsprozeß erzeugte Mehrwert im Verhältnis zum Wert der dabei verwendeten Ausgangsmaterialien ist, um so größer wird die zusätzliche Mehrwertbelastung dieses Produktionsprozesses. Überproportional zum tatsächlich erreichten Wertzuwachs eines eingeführten Halbfabrikats wächst die Zollbelastung des Wert zufügenden Produktionsprozesses. Der Unterschied zwischen der nominellen Zollbelastung und dem tatsächlichen Zollschatz des Mehrwerts beruht letztlich darauf, daß der viel höhere Zollsatz für Halb- und Fertigfabrikate im Vergleich zu demjenigen auf Rohstoffe nicht nur auf den durch die Produktion erzeugten Mehrwert, sondern auf den Wert des gesamten Produktes berechnet wird. Unter dieser Perspektive untersucht Bachmann bei Berücksichtigung der Produktionsmöglichkeiten der Entwicklungsländer deren Exportchancen und kommt zu dem Ergebnis, daß der effektive Zollschatz heute apriori durchschnittlich 80 % ihrer möglichen Exporte von Halb- und Fertigfabrikaten unmöglich macht, während er nur ca. 20 % des möglichen Warenaustausches zwischen den einzelnen Industriestaaten verhindert⁹⁴. „Die gegenwärtigen traditionellen Wertzollverhältnisse zeigen also eine klare Tendenz, den Außenhandel zwi-

92 Billerbeck, K., Die Konsequenzen der Industrialisierung der Entwicklungsländer für die Industrieländer, Köln — Opladen 1964, S. 30.

93 Bachmann, H., Zollpolitik und Entwicklungsländer. Die Zollpolitik der Industriestaaten als Hindernis der wirtschaftlichen Entwicklung unterentwickelter Länder, Tübingen — Zürich 1965.

94 Bachmann, H., Zollpolitik und Entwicklungsländer, a. a. O., S. 87—101.

schen den Industriestaaten zu begünstigen und den Export der Entwicklungsländer nach den Industriestaaten zu benachteiligen. Es ist ein gutes Stück kolonialer Handelspolitik, welches so in versteckter Form in die moderne Handelspolitik hineinragt⁹⁵.

Angesichts dieser Verhältnisse und Tendenzen scheint es äußerst fragwürdig, ob die Entwicklungsländer wirtschaftlichen Fortschritt auf dem Wege der Außenhandelsbeziehungen in der bisherigen Quantität und Qualität jemals erreichen können. Zwar sind Anstrengungen im Gange — wie etwa auf der letzten Welthandelskonferenz 1964 in Genf —, die Austauschbedingungen durch politischen Druck zu verbessern⁹⁶. Einige Stabilisierungsabkommen — etwa über Weizen und Zinn — sind getroffen worden. Es fragt sich nur, ob durch diese sporadischen — allenfalls kurzfristig wirksamen — Flickwerke, die überdies weitgehend schon dadurch in ihrer Wirkung beschränkt sind, daß ihnen wichtige Abnehmerländer nicht beigetreten sind, im Gesamtsystem der Außenhandelsbeziehungen zwischen den kapitalistischen Industriestaaten und den Entwicklungsländern die strukturell immanenten Barrieren, welche einem weltweiten Ausgleich entgegenstehen, ohne wirkliche Veränderungen in den Wirtschaftsverfassungen und Herrschaftsverhältnissen beider Ländergruppen überwunden werden können.

VI.

Läßt sich auch der gegenwärtige Imperialismus, von dessen ökonomischer Seite⁹⁷ hier einige Momente analysiert wurden, nicht mehr einfach aus einem ökonomischen Krisen- und Zwangszusammenhang in den kapitalistischen Ländern ableiten, so sind doch seine ökonomisch vielfach subtileren und vermittelten Ausbeutungs- und Übervorteilungsbeziehungen zu den Entwicklungsländern durchaus noch zu bestimmen. Wenn die Expansion der kapitalistischen Staaten über ihre eigenen Grenzen, soweit ihre direkten ökonomischen Rückwirkungen auf ihre Volkswirtschaften analysiert werden, normalerweise nicht der bedeutendste und alleinige Faktor für die Bewältigung ihrer ökonomischen Situation nach dem 2. Weltkrieg war und ist, so ist sie auf der anderen Seite von ganz entscheidender Bedeutung für die Mehrzahl der Länder, in die diese Expansion geht⁹⁸.

95 Ebenda, S. 101.

96 Vgl. hierzu die Berichte der UNO und kritisch-interpretierend: Braundi, E. R., *The OECD Conference: The Failure of International Aid*, in: *International Socialist Journal* Jg. 1/1 1964, S. 100 und ders., *International Trade and a Strategy for the Working Classes*, in: *International Socialist Journal* Jg. 2/7 1965, S. 3 ff.

97 Vgl. hierzu die soeben erschienene, gut zusammenfassende Darstellung von Jalée, P., *Le pillage du tiers monde. Etude économique*, Paris 1965.

98 Vgl. Sternberg, F., *Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht*, Hamburg 1951, S. 400 ff.

Dagegen scheinen beim gegenwärtigen Imperialismus, dessen Erscheinungsformen sich vor allem auch aus politischen und militärstrategischen Motivationen bzw. aus rüstungswirtschaftlichen Anstrengungen ergeben, gerade diese Faktoren ungleich stärker auf die ökonomische Struktur und die Ideologie in den imperialistischen Staaten zurückzuwirken.

In der spezifischen Struktur der ökonomischen Beziehungen der westlichen Industriestaaten zu den Entwicklungsländern liegt sicherlich ein wesentlicher Erklärungsfaktor — neben den anderen binnengesellschaftlicher Art⁹⁹ — dafür, daß sich die ökonomische Ungleichheit zwischen diesen Ländergruppen seit dem 2. Weltkrieg relativ — und in vielen Fällen auch absolut — vergrößert hat.

Die von den westlichen Ländern gemachten Schenkungen dienen vorwiegend militärischen — der wirtschaftlichen Entwicklung kaum förderlichen — Zwecken; die öffentlichen Anleihen schaffen für profitable Privatinvestitionen die infrastrukturellen Voraussetzungen und lassen die Entwicklungsländer mehr und mehr verschulden. Die privaten ökonomischen Aktivitäten bewirken häufig einen größeren Kapitalabfluß als Kapitalzufluß an Privatkapital, öffentlichen Anleihen und Schenkungen zusammen. Die hinzukommenden, aus der langfristigen Verschlechterung der terms of trade resultierenden Verluste können ebenfalls kaum durch die staatlichen Kapitalhilfen kompensiert werden.

Soll die Emanzipation der Entwicklungsländer über die bloß politische Unabhängigkeit hinausgehen und in einen Prozeß der ökonomischen und sozialen Entwicklung einmünden, so wird es vor allem darauf ankommen, diese Beziehungen entscheidend zu modifizieren, oder aber, falls dies sich zunächst als unmöglich erweisen sollte, sie auf ein Minimum zu beschränken.

Wie immer sich die Beziehungen der Entwicklungsländer zu den imperialistischen Staaten in unmittelbarer Zukunft gestalten mögen, so kann doch mit einiger Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß — wie die völlig verschiedene Entwicklung in Indien und China zeigt — die ‚radikalen Probleme‘ der Entwicklungsländer in vielleicht schon abzusehender Zukunft radikale Lösungen erfordern werden. Die Bedingungen dieser Umwälzungen, die auch unsere Situation nicht unberührt lassen werden, haben Marx und Engels in einer Bemerkung zur Theorie der Revolution bereits vor über einem Jahrhundert — damals noch abstrakt — antizipiert: „Diese ‚Entfremdung‘, um den Philosophen verständlich zu bleiben, kann natürlich nur unter zwei praktischen Voraussetzungen aufgehoben werden. Damit sie eine ‚unerträgliche‘ Macht werde, d. h. eine Macht, gegen die man revolutioniert, dazu gehört, daß sie die Masse der Menschheit als durchaus ‚Eigentumslos‘ erzeugt hat und zugleich im Widerspruch zu einer vorhandenen Welt des Reichtums und der Bildung . . .“¹⁰⁰.

99 Vgl. hierzu: BÜCHNER, G., F. DEPPE und K. H. TJADEN, a. a. O., S. 30 ff.

100 Marx, K. und Engels F., Die Deutsche Ideologie, Berlin 1960, S. 31, 32.

Helga Deppe-Wolfinger

Zum Verhältnis von Bildung und Gesellschaft in Entwicklungsländern

I.

Eine Analyse des Bildungsbegriffes impliziert ihren Bezug auf Gesellschaft und Geschichte: Bildung heißt Veränderung, Wandlung, Prozeßhaftigkeit und kann sich nur in der Auseinandersetzung mit jenen materiellen Bedingungen konkretisieren, welche gesellschaftliche Praxis bestimmen. So vollzieht sich Bildung vor allem in der Vermittlung zwischen Mensch und Natur, in der Arbeit. „Arbeit ist Bildung im doppelten Sinne des Wortes: einerseits bildet sie die Welt, bildet sie um, vermenschlicht sie, indem sie dieselbe dem Menschen stärker anpaßt; andererseits bildet sie den Menschen um“¹, indem er sein gesellschaftliches Verhältnis zur Natur verwandelt. Wenn also Arbeit Kulturation im Sinne gesellschaftlicher Reproduktion ist und Bildung „nichts anderes als Kultur nach der Seite ihrer subjektiven Zueignung“², dann bedingen die jeweiligen konkreten Arbeits- und Produktionsverhältnisse, daß „Bildung nicht nur ihrem Inhalt und ihren Institutionen nach in verschiedenen Epochen verschieden, sondern selbst als Idee nicht beliebig transponierbar“ ist³.

Die Entwicklung des Bildungsbegriffes unterlag denselben Widersprüchen wie das sich wechselseitig begründende Verhältnis von Produktivkräften und Herrschaftsverhältnissen, das seinen Ausdruck in der Vergesellschaftung der Arbeit fand. Die idealistische Bildungsidee des jungen, zum Selbstbewußtsein erwachenden Bürgertums des 18. und 19. Jahrhunderts intendierte die Verwirklichung einer Gesellschaft von Freien und Gleichen, stellte sich aber zugleich selbst in Frage durch die Abstrahierung von gesellschaftlichen, vorab ökonomischen Antagonismen. Der Begriff des Individuums konnte sich nur auf der Grundlage des den kapitalistischen Produktionsprozeß bestimmenden Privateigentums herausbilden, ohne daß jedoch dessen Negation, die abhängige Lohnarbeit, reflektiert werden konnte.

Zwar waren die Ideen von Autonomie und Freiheit nicht schlechthin ideologisch, denn „als ein in die Gestalt der wirklichen Institution mit aufgenommenem objektiver Sinn, ohne dessen subjektive Geltung die Gesellschaft sich nicht hätte reproduzieren können, sind

1 Alexandre Kojève, Hegel, Stuttgart 1958, S. 53.

2 Theodor W. Adorno, Theorie der Halbbildung, in: Max Horkheimer/Theodor W. Adorno Sociologica II, Frankfurt 1962, S. 169.

3 A. a. O., S. 171.

diese Ideen auch Realität“⁴; dennoch gerät Bildung, deren Zweck die Selbstdarstellung des Menschen als Persönlichkeit ist, in Konflikt mit den Anforderungen des Berufes, der Arbeit.

Die Schizophrenie der bürgerlich-liberalistischen Bildungskonzeption verfestigte sich im Prozeß der Industrialisierung immer mehr. Befähigte diese Bildung das Bürgertum, die Fesseln des Feudalismus zu sprengen und zur wirtschaftlichen auch die politische und administrative Macht zu übernehmen, so blieb sie gleichwohl auf diese Klasse beschränkt und verhinderte nicht die Unterdrückung und Ausbeutung der neuen Klasse der Arbeiter. „Die Entmenschlichung durch den kapitalistischen Arbeitsprozeß verweigerte den Arbeitern alle Voraussetzungen zur Bildung“⁵. Ihre konkrete Funktion, die Produktivität gesellschaftlicher Arbeit, zugleich der Arbeitsmittel, durch direkte oder indirekte Rationalisierung nicht nur der Ökonomie, sondern auch des gesellschaftlichen Überbaus zu steigern, verlor immer mehr an Bedeutung, je weiter die Polarisierung der Gesellschaft in Herrschende und Beherrschte sich realisieren konnte.

Der fortschreitende Kapitalismus konzipierte unter Beibehaltung des Postulates formaler Gleichheit und Freiheit eine Verschleierung der objektiven sozialen Grenzen, „indem die Gehalte von Bildung, über den Marktmechanismus, dem Bewußtsein derer angepaßt wurde, die vom Bildungsprivileg ausgesperrt waren und die zu verändern erst Bildung wäre“⁶. Der aus gesellschaftlichen Antagonismen erwachsene, noch heute aktuelle Doppelcharakter von Bildung ist einerseits systemimmanent zu begreifen als Moment der Anpassung an bestehende Machtverhältnisse; andererseits aber transzendiert Bildung das Bestehende durch ihren Anspruch, Freiheit und Humanität verwirklichen zu wollen, so daß sie ohne ein kritisches Moment nicht auskommen kann.

II.

Wenn also die Funktion von Bildung für den gesellschaftlichen Fortschritt sich nur dadurch näher bestimmen läßt, daß sie konkret als ein Moment des spezifischen Reproduktionsprozesses einer Gesellschaft verstanden wird, dann erweisen sich manche Beiträge der umfangreichen Diskussion über die Bildungsproblematik in Entwicklungsgesellschaften als Ideologie. Den Zustand der Unterentwicklung einiger Gesellschaften heute erklärt Behrendt aus „mangelnder Motivation, also durch eine Schwäche der dynamischen Impulse im seelischen und gesellschaftlichen Leben der betreffenden Völker“⁷.

4 Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Neuwied 1962, S. 62.

5 Theodor W. Adorno, a. a. O., S. 173.

6 A. a. O., S. 174.

7 Richard F. Behrendt, *Soziale Strategie für Entwicklungsländer*, Frankfurt 1965, S. 79.

Der Charakter dieser Ideologie, die objektiven Faktoren des niedrigen Entwicklungsstandes sowie Faktoren einer möglichen Emanzipation zu vernachlässigen, wird deutlich, wenn er hinzufügt: „Dies bedeutet keine abwertende Kritik. Denn ob Dynamik besser und wünschenswerter ist als Statik, kann nur auf Grund subjektiver weltanschaulicher Urteile, nicht jedoch durch wissenschaftliche Objektivität bewiesen werden“⁸. Die massiven Probleme dieser armen Länder — Unterernährung, Armut, hohe Sterblichkeit, Arbeitslosigkeit, fehlende Ausbildungsmöglichkeiten etc. — auf sozialpsychologische Kategorien zu reduzieren und darüber hinaus die Notwendigkeit einer forcierten Entwicklung in Frage zu stellen, heißt nicht nur, in subjektiver Abstraktion befangen zu sein, sondern bedeutet auch eine ideologische Unterstützung jener Interessen, die bisher ökonomischen Fortschritt behinderten. — Mehnert immerhin konstatiert ein Nebeneinander von industriellem Fortschritt und Bemühungen um die Ausweitung des Erziehungssektors in den Entwicklungsländern, weist aber dem Bildungsproblem Priorität zu, ohne dessen Vermittlung zur ökonomischen Struktur zu erkennen: „Sie [die unterentwickelten Völker] beginnen einzusehen, daß die Entwicklung in erster Linie gar nicht ein materieller, wirtschaftlicher Vorgang ist, sondern ein menschlicher, ein geistiger“⁹. In den differenzierteren Theorien über die Rolle der Bildung kehrt der alte idealistische Bildungsgedanke in technologischer Gestalt wieder: für den gesellschaftlichen Fortschritt sei ein Reservoir gebildeter Persönlichkeiten ebenso wichtig wie „die ökonomischen Faktoren“, wenn nicht sogar entscheidender. Freilich wird der historische Prozeß kaum mehr als ein von konstanten Naturkategorien abhängiger mißverstanden, sondern durchweg begriffen als ein technisch-wirtschaftlich Vermitteltes. In ihm wird jedoch die Persönlichkeit in ihrem Wert als Produktionsfaktor verabsolutiert, da der gesamtgesellschaftliche Praxiszusammenhang, die Vermittlung von Bewußtsein und politischem Verhalten etwa oder das Verhältnis von Wirtschaft und politischer Herrschaft, unberücksichtigt bleiben. „There is, however, little to be gained by argument over which is the more important — physical or human capital. Both must be accumulated at high rates of speed if rapid growth is to be achieved. A country's capacity to utilize effectively physical capital is dependent upon the availability of human capital, and vice versa“¹⁰. Der Zusammenhang von „human“ und „physical capital“ wäre dann unzureichend bestimmt, wenn er als bloße Wechselwirkung selbständiger Substanzen verstanden würde, die sui generis sozioökonomische Entwicklung voranzutreiben vermögen. Die häufig genannte subjektive Voraussetzung gesellschaftlicher Entwicklung, die „menschliche Motivationsstruktur“, findet eine weitere Variante bei Gerd Brand

8 Ebd.

9 Klaus Mehnert, *Bildungsfragen in der Entwicklungshilfe*, Bonn 1960, S. 9.

10 OECD, *Policy Conference on economic growth and investment in education. The challenge of aid to newly developing countries*, Paris 1962, S. 11.

in der Kategorie des „menschlichen Verhaltens“, welches das Resultat kulturspezifischer Gewohnheiten und Sitten sei. Aus der Art der Kommunikation der Menschen untereinander bestimmt sich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes.

„Die Mittel zur Verwirklichung [eines gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsplanes] haben im wesentlichen in der Regelung menschlichen Verhaltens zu bestehen, die bewirken soll, daß alles Verhalten innerhalb einer Gesellschaft sinnvoll auf das gemeinsam zu erreichende Ziel gerichtet wird“¹¹. Brand, der im übrigen Entwicklung als ein organisches, der menschlichen Gesellschaft immanentes, naturhaftes Prinzip charakterisiert, welches durch die Menschen nur modifiziert werden kann¹², stimmt insoweit mit Everett Hagen überein, als auch er den Stillstand gesellschaftlicher Entwicklung aus der Stagnation des Verhaltens ableitet. „A society is traditional if ways of behavior in it continue with little change from generation to generation . . . Behavior is governed by costum, not law“¹³.

Wenn auch ein hohes Maß an bewußter Kommunikation zweifellos entscheidend für gesellschaftliche Dynamik ist und auch die jeweiligen überkommenen Werte und Normen Bedeutung für den sozioökonomischen Emanzipationsprozeß haben, so sind sie deshalb doch nicht darauf zu reduzieren, Ausdruck einer allgemeinen kulturspezifischen Motivationsstruktur der Persönlichkeit zu sein, sondern sind eher als Entäußerung spezifizierter gesellschaftlicher Arbeits- und Herrschaftsverhältnisse zu begreifen. Beides, die Bildung der Persönlichkeit und die Veränderung der Werte, sind als dynamische Momente der kulturellen Verfassung zu verstehen, welche mit Horkheimer — „nicht bloß für die einzelnen Kulturen kennzeichnend sind, sondern auch innerhalb jeder einzelnen von ihnen bestimmte Gruppen charakterisieren . . . [und die] als Momente eines Prozesses betrachtet [werden], dessen Rhythmus in der bisherigen Geschichte von der Entfaltung und sprunghaften Umgestaltung des Verhältnisses der Menschen zur jeweils gegebenen Natur bei der Erhaltung und Erneuerung ihres Lebens . . . diktiert worden ist . . . Doch herrscht hier insofern kein solcher Fatalismus wie in der idealistischen Theorie, als die Individuen und Gruppen der Gesellschaft mit ihren freilich durch die vorhergehende geschichtliche Entwicklung gestalteten Fähigkeiten arbeitend und kämpfend auf die jeweiligen ökonomischen Verhältnisse reagieren, während im Idealismus eine in ihren wesentlichen Zügen von vornherein festgelegte geistige Macht der Urheber des Geschehens ist“¹⁴.

11 Gerd Brand, Freiheit und Planung, in: Grundfragen der Entwicklung, hrsg. v. Albrecht Kruse-Rodenacker, Berlin 1964, S. 20/21.

12 A. a. O., S. 13/14.

13 Everett Hagen, zit. nach Gerd Brand, a. a. O., S. 16.

14 Max Horkheimer, Theoretische Entwürfe über Autorität und Familie, Allgemeiner Teil, in: Studien über Autorität und Familie, hrsg. v. dms., Paris 1936, S. 7.

III.

Soll Bildung in den Entwicklungsländern gesellschaftliche Reproduktion vorantreiben, dann ist sie hier weitaus stärker auf deren rationale Organisation angewiesen als im europäischen Frühkapitalismus. Rationales Denken und Handeln verwirklichte sich damals — wenn auch unter härtesten Bedingungen — gleichsam „naturwüchsig“ vermittels eines sozioökonomischen Potentials, das durch das Bürgertum relativ leicht aktualisiert werden konnte. Es entwickelte sich dann innerhalb eines infrastrukturellen Netzes, das ein relativ ausgebautes Verkehrswesen ebenso einschloß wie die durch die Manufaktur geschaffenen Voraussetzungen für einen Markt, auf dem nicht nur Arbeitsprodukte zum Tauschobjekt wurden, sondern ebenso die auf dem Lande freigesetzten Arbeitskräfte. In den heute rückständigen Gebieten dagegen konnte die Einsicht in die Notwendigkeit einer rationalen Organisation der Arbeit nicht organisch wachsen, sondern erklärt sich nicht zuletzt aus der historisch produzierten Diskrepanz zwischen dem Stand der Produktivkräfte in westlichen Ländern und dem eigenen niedrigen Entwicklungsstand¹⁵, dessen Überwindung von weitaus größerer Dringlichkeit ist als im Frühstadium der europäischen Industrialisierung.

Der „Demonstrationseffekt“ der hochkapitalistischen und der sozialistischen Länder übt eine positive Funktion insofern aus, als er die zweckmäßige Konstruktion von Werkzeugen und später von Maschinen, welche vermittelt ist durch die Rationalisierung und Spezialisierung des individuellen Arbeitsverhaltens, beschleunigt und damit zur Auflösung oder Umfunktionierung der traditionellen Normen, der Aufklärung über die eigenen Interessen und den Sinn des eigenen, etwa des generativen, des konsumtiven, des Arbeitsverhaltens beiträgt. Gleichwohl erscheint aber der Wert der Demonstration insofern fragwürdig, als er den hohen Lebensstandard verabsolutiert, ohne die jeweiligen ökonomischen und politischen Bedingungen zu reflektieren, auf denen der Wohlstand eines Landes beruht. Die Industrialisierung in den Entwicklungsländern, „selbst nur das notwendige Mittel einer überfälligen Politik gesellschaftlicher Wohlfahrt“¹⁶, hat im selben Maße „Nachholcharakter“ wie die Bildungsanstrengungen und die Organisation des Erziehungswesens.

IV.

Die Entwicklung von Bildungsinstitutionen und Bildungsinhalten vollzog — und vollzieht — sich in den ärmeren Kontinenten keineswegs gradlinig, wurde sie doch den kolonialistischen Machtansprü-

15 Vgl. Frank Deppe/Kurt Steinhaus, Zur Vorgeschichte des „underdevelopment“ und der „nationalen Befreiung“, in *Das Argument*, 1965, Heft 34, S. 1—17.

16 Werner Hofmann, Entwicklungsländer zwischen West und Ost, in: *Berner Beiträge zur Soziologie, Die wirtschaftlich und gesellschaftlich unterentwickelten Länder und wir*, Bern 1961, S. 158.

chen ebenso unterworfen wie zuvor den retardierenden Momenten der eigenen Kultur- und Sozialtradition. Erste Bildungsbemühungen gingen von den Schulen buddhistischer Mönche in Süd-Ost-Asien und von den die gesellschaftliche Entwicklung allerdings wenig fördernden Koranschulen in islamischen Ländern aus. Ist der bloß integrative Charakter von Bildung gewöhnlich als ideologisch zu entziffern, so darf doch nicht verkannt werden, daß die Vermittlung eines Minimums an integrativem Bewußtsein durch den Sozialisierungsprozeß in wenig entwickelten Ländern auch positive Funktionen hatte: Die Bildungsansätze etwa des Islam und Hinduismus schufen Möglichkeiten zur kulturellen Verklammerung heterogener Bevölkerungsgruppen, Sippen und Familienverbände, die in vielen frühen Unabhängigkeitsbewegungen eine entscheidende Rolle spielten. Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Hinduismus und der Islam — anders als der Buddhismus¹⁷ — jedem potentiellen Fortschritt entgegenstanden: Schicksalsergebenheit, mystifizierter Glaube an Geburts- und Standesrechte, welche sich in dem exklusiven Anspruch der Oberschichten auf die vorhandenen Bildungsinstitutionen manifestierten, trugen ebenso zur Verhärtung bestehender Verhältnisse bei wie die Vorstellung, daß die politische Struktur primär ihren Zweck in der Verherrlichung und Mehrung religiöser Autorität habe.

Demgegenüber standen westliche, vorab für das koloniale Herrschaftssystem funktionale Erziehungsmuster, die den einheimischen Kulturen kaum verändert aufgepfropft wurden. Die Tätigkeit europäischer und amerikanischer Missionare gewann vor allem in Afrika große Bedeutung, weil sie sich in vielen Ländern das Bildungsmonopol eroberten. In Französisch West- und Ostafrika oblag den Missionen die gesamte Erziehung bis 1903, als in Frankreich die Trennung von Staat und Kirche vollzogen wurde. In Britisch-West-Afrika waren — nach Schätzungen Colemans¹⁸ 99 % aller Grundschulen bis 1942 in ihrem Besitz.

Die Missionsschulen waren insofern Mittler sozialer Mobilität, als sie z. B. in Afrika auch untere Schichten der traditionellen Sozialstruktur erfaßten, ebenso einzelne Gruppen der unterprivilegierten Kasten in Indien, ohne jedoch dort eine Aufweichung der Schranken zwischen den Kasten, die jeweils über isolierte Schulsysteme verfügten, bewirken zu können oder auch nur anzustreben. Im Hinblick auf gesamtgesellschaftliche Emanzipation blieben diese Ansätze bedeutungslos, da ihre objektive Funktionsfähigkeit nicht nur durch irrational-religiöse Zielsetzungen zweifelhaft wurden, sondern auch dadurch, daß die Etablierung der Missionen fast ausschließlich in die Zeit kolonialer Machtergreifung fiel. Der Einbruch „moderner“,

17 Hierauf verweisen schon die Differenzen zwischen den Alphabetisierungsraten buddhistischer Länder einerseits, islamischer und hinduistischer Länder andererseits; vgl. hierzu Fatma Mansur, *The Education of the nationalist elites*, in: ds., *Process of independence*, London 1962, S. 30 ff.

18 Zit. n. Fatma Mansur, a. a. O., S. 32.

einzig den kolonialistischen Eigeninteressen dienenden Wirtschaftsformen spaltete die Gesellschaft in allen ihren Bereichen. Die Widersprüchlichkeiten der „dual economies“ (z. B. Ceylon 1837—1875: Reisgartenanbau — Plantagenwirtschaft) pflanzten sich fort in der Polarisierung der Gesellschaft und einem dualistischen Bildungs- und Erziehungssystem. Im Prozeß der „westernization“ standen sich keineswegs zwei vollständige Kulturen gegenüber, sondern bloß isolierte Aspekte des europäischen Wertsystems, die nur von einem begrenzten Teil der einheimischen Bevölkerung reflektiert wurden, von eben jener Anzahl, die benötigt wurde, um den immer stärker expandierenden Verwaltungsapparat der imperialistischen Eroberer funktionsfähig zu erhalten. So wundert es nicht, daß es vor allem der mittlere Bildungsweg war, der seit der Jahrhundertwende staatlich gefördert wurde — ideologisch verbrämt „to promote welfare and especially efficient capitalism through orderly government“¹⁹. Die keineswegs am Bevölkerungswachstum orientierte Zunahme der „secondary schools“ führte in der nachkolonialen Zeit — etwa in Indien — zu einem überhöhten Ausstoß an „Halbgebildeten“, die auf dem Arbeitsmarkt nicht absorbiert werden konnten.

Als Folge der Konzentration besser ausgebildeter Bevölkerungsgruppen in den heranwachsenden Städten entstand eine neue Mittelschicht der avancierten Kolonialisierten, welche zwar heterogen in ihrer Zusammensetzung und ihren subjektiven ökonomischen und sozialen Interessen war, in ihrer „mißtrauischen Haltung“ sowohl gegenüber den Kolonialmächten als auch der eigenen herrschenden Oberschicht aber eine relative Einheit bildete. Die Situation des *évolué* bestimmte sich dadurch, daß er „aus seinem gewohnten Milieu herausgerissen wurde, entweder durch die Schule oder dank seiner Teilnahme an wirtschaftlichen und administrativen Prozessen, die von der Kolonialmacht eingeführt wurden“²⁰. Herausgelöst aus der traditionellen Familiengruppe und aus den Strukturen bäuerlicher Subsistenzwirtschaft wurden die *évolués* mit den Problemen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, einer rationalen Organisation und der Geldwirtschaft konfrontiert. Die Schwierigkeiten, die ihnen im privaten und gesellschaftlichen Leben begegneten, führten zum Teil zur „totalen Entwurzelung“, schärfen aber auch entscheidend ihr politisches Bewußtsein.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hingegen blieb unter kolonialistischer Herrschaft vom Bildungsprivileg weitgehend ausgeschlossen. In Ägypten z. B. betrug die Analphabetenquote 1907 etwa 95 %²¹; in Indonesien lag sie noch bis zur Unabhängigkeit 1948

19 Fatma Mansur, a. a. O., S. 32.

20 Georges Balandier, Gemeinsame Merkmale der afrikanischen *Évolués*, in: Soziologie der Entwicklungsländer, hrsg. v. Peter Heintz, Köln und Berlin 1962, S. 201 und ders., Spannungen und Konflikte im schwarzen Brazzaville, ebd., S. 367 ff.

21 Vgl. Malcolm H. Kerr, Egypt, in: James S. Coleman, Education and political development, Princeton 1965, S. 169 ff.

bei 85 %²². Was Engels 1845 im Hinblick auf die englische Arbeiterschaft schrieb, behielt auch in der Zeit der internationalisierten Ausbeutung durch die imperialistischen Staaten seine Gültigkeit: „Wenn die Bourgeoisie [der unteren Klasse] vom Leben soviel läßt, als eben nötig ist, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn sie ihr auch nur soviel Bildung gibt, als im Interesse der Bourgeoisie liegt“²³.

V.

Will man die gegenwärtige Bildungssituation in den Entwicklungsländern bestimmen, bedarf es zuvor der Klärung, inwieweit wirtschaftliches Wachstum und Bildungsanstrengungen vermittelt sind. In der fortgeschrittenen Diskussion über Bildungsprobleme nimmt diese Frage einen breiten Raum ein. Der Sachverhalt, daß Bildung nicht allein Faktor der Produktivkraft, sondern auch Absorbent ökonomischer Mittel ist, schlägt sich in einer besonderen Fassung des ideologischen *Circulus vitiosus*-Theorems nieder, welches annimmt, daß eine Volkswirtschaft unterentwickelt ist, weil die Arbeitsproduktivität niedrig ist; „diese geringe Produktivität ist das Ergebnis einer gar nicht oder nur unzulänglich ausgebildeten Arbeiterschaft; wenn aber die Erwerbstätigen nicht genügend ausgebildet wurden, dann nur deswegen, weil die Erziehungs- und Ausbildungseinrichtungen noch unentwickelt sind. Diese Mängel im Bildungswesen jedoch sind einerseits der Tatsache zuzuschreiben, daß die Staatsmänner des Entwicklungslandes die Notwendigkeit einer verstärkten Bildungstätigkeit noch nicht erkannt haben, andererseits aber auch darauf, daß die dafür erforderlichen Finanzmittel fehlen“²⁴. Auch bei dieser Version des Theorems hat die Kritik davon auszugehen, daß die menschliche Arbeitskraft dadurch gekennzeichnet ist, selbst bei niedrigem Stand gesellschaftlicher Produktivität mehr an Gütern hervorbringen zu können, als sie an Subsistenzmitteln zu ihrer Reproduktion benötigt²⁵. Durch eine Ausbildung der Arbeitskraft, die einer Rationalisierung des Arbeitsverhaltens und der Arbeitsorganisation dient, wird zudem eine Vervielfachung der Arbeitsergebnisse bewirkt.

Gleichwohl läßt sich aus diesen Überlegungen nicht ein mechanischer Zusammenhang von Bildungsentwicklung und sozioökonomischem Fortschritt ableiten. Empirische Daten belegen, daß für Gesellschaften, welche einen breiten mittleren Bereich auf der Skala

22 Vgl. Joseph Fischer, *Indonesia*, in: James S. Coleman, a. a. O., S. 92 ff.

23 Friedrich Engels, *Die Lage der arbeitenden Klasse*, in: Marx/Engels Werke, Band 2, Berlin 1962, S. 338.

24 B. Knall, *Die Rolle der Erziehung und Ausbildung im Wachstumsprozeß der Entwicklungsländer*, in: *Grundfragen der Entwicklungsplanung*, a. a. O., S. 215/216.

25 Vgl. hierzu Georg Büchner, Frank Deppe, K. H. Tjaden, *Zur Theorie der sozioökonomischen Emanzipation von Entwicklungsgesellschaften*, in: *Das Argument*, 1965, Heft 34, S. 26 ff.

vom überwiegenden Analphabetismus bis zur umfassenden Alphabetisierung einnehmen, die Prokopfeinkommen nur relativ wenig differieren²⁶: Mary J. Bowman und C. Arnold Anderson konnten in ihrer Untersuchung drei Ländergruppen unterscheiden. Die erste umfaßt die weitaus meisten Entwicklungsgesellschaften und charakterisiert sich durch eine Erwachsenenalphabetenrate, die unter 30 % lag und durch ein jährliches Prokopfeinkommen von 100 bis 200 Dollar²⁷. Hierzu gehörten u. a. Tunesien, Marokko, Algerien, Pakistan, Afganistan, Iran, Indien, Ghana und Nigerien. Äthiopien lag an der unteren Grenze mit einem Einkommen von 50 Dollar und kaum 5 % Alphabeten. In der zweiten mittleren Gruppe mit einer Alphabetisierungsrate von 30 bis 70 % — 27 Länder, u. a. Libanon, Türkei und die meisten südamerikanischen Staaten — fällt auf, daß der breiten Streuung der Alphabetenquote eine nur geringe Varianz der Einkommenshöhe gegenübersteht²⁸. Nur in wenigen Ländern dieser Gruppe übersteigt das Einkommen 300 Dollar, was jedoch aus deren spezifischer Situation zu erklären ist: In Südafrika z. B. machen sich nicht nur die reichen Bodenschätze, sondern auch die relativ fortgeschrittene, auf der Ausbeutung analphabetischer Eingeborener beruhende Industrialisierung geltend; Venezuela partizipiert ein wenig an den Erträgen der Ölquellen des Landes. Die Autoren sprechen von einem relativ niedrigen „sozioökonomischen Plateau“, das sich im mittleren Bereich des Ausbildungsstandes formiert. Wenn sich auch die Alphabetisierungsquoten einiger Länder — wie später gezeigt wird — in den letzten zehn Jahren erheblich verändert haben, so weist die Analyse von Bowman/Anderson doch schlüssig nach, daß ein sich entwickelndes Bildungswesen nicht unbedingt ein Indiz für wirtschaftlichen Aufschwung ist, vor allem dann nicht, wenn die Zahl der Alphabeten 30 % überschritten hat. Die dritte Gruppe mit einem Einkommen zwischen 300 und 500 Dollar und einem Alphabetisierungsstand von 70 bis 90 %, der Länder wie China, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Spanien und Uruguay angehören, weist wieder einen stärkeren Zusammenhang zwischen den beiden Variablen auf; wohl nicht nur, weil bei höherem Einkommen subjektiv das Bedürfnis nach adaequater Ausbildung wächst, sondern vor allem, weil bei fortschreitender Industrialisierung und Arbeitsteilung objektiv nicht mehr auf ein Minimum an Ausbildung verzichtet werden kann.

26 Mary J. Bowman, C. Arnold Anderson. Concerning the Role of education in development, in: Old Societies and new states, ed. by Clifford Geertz, London 1963, S. 247 ff.

27 Die Alphabetisierungsquoten gelten für 1950, die Prokopfeinkommen für 1955.

28 Die ungefähren Alphabetenraten (1950) und die geschätzte Höhe der jährlichen Prokopfeinkommen (1955) betragen in der Türkei 30%/290 Dollar, Südafrika 40%/350 Dollar, Brasilien 45%/270 Dollar, Libanon 50%/280 Dollar, Columbien 55%/310 Dollar, Mexiko 65%/190 Dollar — Venezuela 55%/800 Dollar; vgl. Mary J. Bowman, C. Arnold Anderson, a. a. O., S. 253—255.

VI.

Da sich die Funktion der Bildung für die unterentwickelten Regionen aus dem Zusammenhang von Ökonomie und Bildung nur unzulänglich konkretisieren läßt, erweisen sich manche Beiträge der Literatur auch insofern als Ideologie, als sie den ökonomischen Aspekt der Bildung verabsolutieren. Um die „Schwäche der Wirtschaft“ und die „Dürftigkeit des Bildungswesens“ überwinden zu können, reicht es nach Meinung von Recums aus, „eine Strategie [zu entwerfen], die darauf abzielt, die Investitionsseite der Bildung optimal zu entwickeln“²⁹. Die Eliminierung eines Teilbereiches aus dem gesellschaftlichen Praxiszusammenhang wird noch deutlicher bei Lewis, der die forcierte wirtschaftliche Entwicklung als einzigen entscheidenden Faktor für die Transformation eines unterentwickelten Landes in eine emanzipierte Gesellschaft ansieht und deshalb auch die Erziehung ihr unterordnet: „The needs of economic development help to determine the minimum amount which must be spent on education“³⁰. Der Versuch, die ökonomischen Kosten und Erträge von Bildung gegeneinander abzuwägen, hätte ein Stück weit seine Berechtigung, bliebe aber gleichwohl abstrakt. Zumindest bedürfte es der gleichzeitigen Reflexion über die politische Doppelfunktion von Bildung, zugleich Anpassung und Kritik zu produzieren: Ein effektiver wirtschaftlicher Aufschwung nämlich, welcher dann notwendig nicht nur der herrschenden Oberschicht zugute käme, ist hier kaum anders denn als eine auf egalitär-demokratische Gesellschaftsverhältnisse hinzielende geplante Entwicklung denkbar. Analphabetismus und der Ausschluß vom kulturellen und politischen Leben aber hindern die Massen ebenso daran, sich ihrer eigenen Situation und deren Ursachen bewußt zu werden, wie soziales Elend und wirtschaftliche Armut. Eine Betrachtung der gegenwärtigen Bildungssituation in den Entwicklungsländern hat somit auch immer von der Frage auszugehen, ob das politische System den Eigeninteressen der herrschenden Klassen und imperialistischen Ansprüchen oder aber dem Ziel einer demokratischen Gesellschaft dient.

Die Ideologie einer einseitigen Orientierung an westlichen „Vorbildern“, die Verschleierung objektiver Entwicklungsmöglichkeiten, findet ihren Ausdruck in der Behauptung Behrendts, „daß es in den Entwicklungsländern nicht nur an Kapital fehlt, sondern noch mehr an Kapitalisten“³¹. Die Entwicklung der letzten fünfzehn Jahre zeigt, daß gerade die Länder, in denen soziale Revolutionen erfolgreich waren und deren Wirtschaft und Erziehung mehr oder minder zentral gelenkt werden, größere Erfolge im Ausbau vor allem der unteren Bildungsbereiche verzeichnen können als manche Länder, die

29 Hasso von Recum, Das Bildungswesen als Entwicklungsfaktor, in: *Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik*, hrsg. v. Erik Boettcher, Tübingen 1964, S. 288.

30 W. Arthur Lewis, Education and economic development, in: *International Social Science Journal*, Vol. 14, 1962, S. 685.

31 Richard F. Behrendt, a. a. O., S. 81.

durch westliche Entwicklungshilfe, differenziertere Infrastrukturen oder vorhandene Ressourcen partiell bessere Ausgangspositionen hatten.

In der folgenden Übersicht wird der geschätzte prozentuale Anteil der Volksschüler an der Gesamtbevölkerung einiger ausgewählter Entwicklungsländer dargestellt³².

Geschätzter Anteil der Volksschüler an der Gesamtbevölkerung in ausgewählten Ländern.

Kuba	18 0/0 (63/63) *	10 0/0 (53/53) *
Tunesien	15 0/0 (63/63)	.. .
Algerien	13 0/0 (63/64)	5 0/0 (48/47)
China	13 0/0 (60/59)	6 0/0 (50/51)
Türkei	12 0/0 (60/61)	7 0/0 (50/49)
Indonesien	10 0/0 (61/61)	7 0/0 (50/51)
Marokko	9 0/0 (61/62)	.. .
Iran	8 0/0 (64/63)	[3 0/0 (51/48)]
Indien	7 0/0 (61/62)	[3 0/0 (51/48)]
Nigerien	5 0/0 (63/62)	4 0/0 (48/48)
Guinea	4 0/0 (61/61)	2 0/0 (58)

* Die erste Zahl in der Klammer gibt das Erhebungsjahr der Gesamtbevölkerungszahl, die zweite das entsprechende Jahr für die Zahl der Volksschüler an.

Geschätzt auf Grund von Angaben des Statistical Yearbook 1964, hrsg. v. United Nations, New York 1965, und des Statesman's Yearbook, Statistical and historic Annual of the States of the World for the Year 1950; 1952; 1965/66. Die 2 0/0-Angabe für Guinea 1958 wurde entnommen Arnold Rivkin, The African Presence in World Affairs, London 1963.

Freilich können diese Zahlen³³ nur Näherungswerte bieten und sind schon wegen der Verschiedenheiten im Altersaufbau von Land zu Land nur höchst begrenzt vergleichbar; sie würden aber ohnehin erst durch differenzierte Interpretation aussagekräftig werden; daß eine rationale staatliche Organisation des Erziehungswesens kurzfristig beachtliche quantitative Erfolge erzielen kann, erhellen etwa die Zahlen für Guinea, die den Aufschwung des Erziehungswesens innerhalb der zwei Jahre nach der Unabhängigkeit markieren.

Der 7 0/0-Wert für Indien gewinnt vor allem dann an Bedeutung, wenn man ihn ins Verhältnis zu der Zahl der „secondary-Schüler“

32 Den Berechnungen lagen die Angaben des Statistical Yearbook 1964 der UNO und des Statesman's Yearbook 1950, 1952 und 1965/66 zugrunde. — Da die Zahlen der statistischen Jahrbücher nicht immer voll vergleichbar sind, müssen die Prozentsätze als Näherungswerte angesehen werden — ganz abgesehen von den Differenzen zwischen den Erhebungszeiten der Basiszahlen.

33 Sie erhalten eine — wenn auch sehr begrenzte — Aussagekraft im zeitlichen Vergleich der Verhältnisse jeweils e i n e s Landes.

setzt. 1960 besuchten etwa 30 Millionen Kinder die Volksschule, ca. 10 Millionen gingen zur Mittelschule³⁴, d. h. etwa ein Drittel der Volksschüler; bei anderen Ländern liegt der Wert wesentlich niedriger³⁵. Der aufgeblähte Mittelbau läßt darauf schließen, daß das Erziehungswesen Indiens stark auf die systemerhaltenden Forderungen der Wirtschaft und Verwaltung abgestellt ist, ohne das Ziel einer Entwicklung auf höherer Stufenleiter anzuvisieren. Kurzfristig kann „primary-education“ unrentabel sein, langfristig jedoch ist sie die Voraussetzung dafür, die Bevölkerung auf breiter Ebene aus der Bindung an hierarchisch-autoritäre Familien- und Sippenverbände, die vor allem die ländlichen Regionen der Entwicklungsgesellschaften noch immer bestimmen, zu befreien und ihnen das Bewußtsein und die Möglichkeit zu vermitteln, die politische und wirtschaftliche Emanzipation ihres Landes vorantreiben zu können. Sekundärbildung hingegen unterliegt oft der Gefahr, einen idealistischen Bildungsbegriff zu verabsolutieren und dient nicht a priori der Vermehrung gesellschaftlicher Produktivkraft. Das Problem der white-collar-jobs in den Städten, überhöhte Nachfrage besser ausgebildeter Gruppen nach Stellungen, die keine körperliche Arbeit abverlangte, erwuchs partiell auch aus einem Bewußtsein, dem der Lebensstil und die Denkweisen der Oberschichten zur Norm wurden. Daß Sekundärbildung freilich nicht per se apologetische Bewußtseinsstrukturen zeitigt, verdeutlicht der Sachverhalt, daß objektiv nicht realisierbare Bedürfnisse, die durch diese Bildung vermittelt werden, unter bestimmten politischen und ökonomischen Bedingungen einem kritisch-politischen Potential zugute kommen können, was in der Literatur zuweilen als revolutionäre Bedrohung der Entwicklungsländer apostrophiert wird³⁶.

Die Vergrößerung der Schülerquote in der Türkei von 1949 bis 1963 spiegelt keinen gradlinigen Fortschritt des Bildungswesens wider. Im Gegensatz zu anderen schwach entwickelten Ländern, die den Analphabetismus zumindest proportional zum Bevölkerungswachstum zu bekämpfen vermögen, ist in der Türkei — nach dem kontinuierlichen Abbau der Analphabetenrate gemessen an der Gesamtbevölkerung von 1925 bis 1955 um jährlich etwa 1% — eine Stagnation eingetreten. Von 1955 bis 1960 stieg sie von 59% auf 61%³⁷. Es wird hieraus deutlich, daß die politische und sozioökonomische Stagnation eines Landes, das bereits beträchtliche Fortschritte im Er-

34 Vgl. Statistical Yearbook 1964. — The Stateman's Yearbook, 1965/66, gibt die Zahl der Mittelschüler für 1962 sogar mit 20,3 Millionen an.

35 Das Verhältnis der Anzahl der Mittelschüler zu der der Volksschüler beträgt schätzungsweise in der VAR 1:5, in Kuba und China 1:10, in Tunesien 1:12, in Indonesien 1:13, in Algerien 1:17 — errechnet nach den Angaben des Statistical Yearbook, 1964, und des Stateman's Yearbook, 1965/66.

36 Vgl. hierzu: A. Muddathir, Die Rolle der Mittelschichten in der wirtschaftlichen Entwicklung, in: Probleme der Mittelschichten in Entwicklungsländern, hrsg. von René König, Köln/Opladen 1964, S. 173—186.

37 Vgl. The Stateman's Yearbook, 1965/66.

ziehungsbereich erzielte, den weiteren Ausbau des Bildungswesens entscheidend hemmen kann.

Eine solche Stagnation scheint, auch in der Erziehung, am ehesten mit den Mitteln zentraler Planung vermieden werden zu können, wofür die Entwicklungen in Algerien, Kuba, China und selbst Tunesien Beispiele bieten. Die auf breiter Basis angestrebte Volksbildung in Tunesien wird auf drei Ebenen angegangen: Innerhalb des staatlichen Erziehungswesens, in der Bildungsarbeit politischer Organisationen und vermittelt sozialpädagogischer Einsätze auf dem Land. Konkrete Modernisierungsprojekte, etwa der Bau einer Straße oder eines Dorfbrunnens, werden mit politischer und ökonomischer Aufklärungsarbeit verknüpft. Zugleich wird die Alphabetisierung der ländlichen Bevölkerung mit Hilfe audiovisueller Unterrichtsmittel betrieben³⁸.

Während es sich in Tunesien nur um sporadische Ansätze auf dem Lande handelt, wurde in Kuba eine systematische, nahezu alle Bevölkerungsteile umfassende Alphabetisierungskampagne durchgeführt. Dort folgte unmittelbar auf die Agrarreform das „Jahr der Erziehung“, noch bevor die industrielle Planung in größerem Umfang einsetzte³⁹. Während die Zahl der kubanischen Einwohner über zehn Jahre, die nicht lesen und schreiben konnten, 1953 noch etwa 23% betrug, sank sie bis 1961 auf 3,8%, bis 1964 konnte sie beinahe vollständig abgebaut werden⁴⁰. Das Ziel der Alphabetisierungskampagne, innerhalb eines kurzen Zeitraumes die Voraussetzungen einer langfristigen Bildungsplanung zu schaffen, war damit weitgehend erreicht worden. Auch der Anteil der Mädchen an der Schülerzahl, der in Kuba mit 50% der Grundschüler und 54% im mittleren Ausbildungsbereich am höchsten ist⁴¹, gibt Aufschluß über den Grad gesamtgesellschaftlicher Emanzipationsbestrebungen.

Die Bedeutung, welche einer breiten Volksbildung für den gesellschaftlichen Fortschritt zukommt, wurde nicht zuletzt auch in der Volksrepublik China erkannt. Die 90 Millionen Kinder, die 1959 die Volksschule besuchten, stellten 87% aller Kinder im schulpflichtigen Alter dar. Heute ist die gesetzliche Schulpflicht von sechs Jahren fast überall ermöglicht und verwirklicht. Die Erwachsenenbildungsarbeit erfaßte 1957 7,2 Millionen, 1958/59 bereits 66 Millionen. Der Analphabetismus konnte durch Lese- und Freizeitkurse, die noch in den entferntesten Dörfern stattfanden, unter den im staatlichen Sektor

38 Vgl. hierzu Werner Plum, Gesellschaftsplanung und Sozialerziehung in Tunesien, Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 10, 1962.

39 Vgl. hierzu Charles Bettelheim, L'harmonisation du secteur agricole et du secteur industriel, in: Industrialisation au Magreb, hrsg. v. J. Dresch, Paris 1963, S. 35 ff.

40 Vgl. The Stateman's Yearbook, 1965/66.

41 Der Prozentsatz der Schülerinnen an der Gesamtvolksschülerzahl beträgt vergleichsweise in Indien 32% (1960), Iran 33% (1961), Algerien 37% (1962), VAR 38% (1962), Guinea 44% (1961) — errechnet nach den Angaben des Statistical Yearbook, 1965, und des Stateman's Yearbook, 1965/66.

Beschäftigten von 1949 bis 1959 von 80 % auf 20 % gesenkt werden⁴², wozu auch die Reduzierung der chinesischen Schriftzeichen beitrug: „Das Peking Regime weiß genau, daß der Übergang zu dynamischer Wirtschaftsweise in voller Breite nur dann rasch vollziehbar ist, wenn alle mit dem gedruckten Wort angesprochen werden können“⁴³. Das chinesische Schulsystem charakterisiert sich u. a. durch die Aufnahme praktischer Arbeit in den Unterricht. Die Schulen haben oft eigene Produktionsstätten (z. B. Papierherstellung) und stehen darüber hinaus in ständigem Kontakt mit Industriebetrieben oder Volkskommunen. — Die wenn auch nicht kontinuierlichen Erfolge der chinesischen Entwicklungspolitik demonstrieren, daß eine Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft, die Mobilisierung des Arbeitskräftepotentials und die Hebung des Bewußtseins der Massen Hand in Hand gehen.

Ob Bildung eine positive Funktion in der Entwicklung einer Gesellschaft erfüllt, hängt sicherlich vorerst von ihrem Inhalt ab sowie von dem Verhältnis, in dem ihre produktive und ihre konsumtive Seite zueinander stehen. Sie ist gewiß um so eher positiv funktional, als sie gelernte Arbeitskräfte zur Verfügung stellt, die einer ständig sich erweiternden Reproduktion der Gesellschaft dienen. Diese generellen Kriterien sind indessen nicht leicht historisch aufzuschlüsseln; schon die mitgeteilten empirischen Daten — so fragmentarisch sie auch sein mögen — deuten auf die Vielfalt der konkreten Entwicklungssituationen hin. Wie die allgemeine Aussage über die Höhe des Prokopfeinkommens einer Gesellschaft erst in der Betrachtung der besonderen Form der Verteilung und Verwendung des Volkseinkommens eine sinnvolle Interpretation zuläßt, erhellt sich auch die konkrete Gestalt von Bildung erst aus der Kenntnis ihrer Verteilung auf soziale Schichten und Klassen und ihrer Verwendung als Investitionen in den einzelnen Bereichen der Verwaltung, Wirtschaft und Politik. Das Verhältnis von Bildung und Gesellschaft stellt sich damit bereits als ein politisches Problem dar. Dies gilt insbesondere für Entwicklungsgesellschaften. Krasse soziale Antagonismen und eine entwicklungshemmende Festlegung ökonomischer und kultureller Mittel konnten vielfach nur deshalb perpetuiert werden, weil das tägliche Elend als unveränderliches Schicksal hingenommen wurde. Ein Sichverschärfen dieses Elends könnte — wie auch immer vermittelt — dazu führen, daß die Volksmassen selbst auf ein Minimum nicht nur an materieller Bedürfnisbefriedigung, sondern auch an praktikablem Wissen Anspruch erheben — eine Forderung, die dann eo ipso zu einer politischen würde, welche die verfestigten Strukturen stagnierender Gesellschaften auch praktisch in Frage stellen könnte.

42 Alle Zahlen hierzu vgl. Max Biehl, *Die chinesische Volkskommune*, Hamburg 1965, S. 105 bis 111.

43 Max Biehl, a. a. O., S. 107/108.

Fritz Vilmar

Spätkapitalismus und Rüstungswirtschaft* - Am Beispiel des deutschen Faschismus und der USA heute

Das kapitalistische Wirtschaftssystem begann in der imperialistischen Epoche seine Einstellung zum Staat zu ändern. Es blieb ein privat- und profitwirtschaftliches System. Aber im Gegensatz zur Haltung des liberalen Unternehmertums, das frei von Staatseinwirkung sich zu entfalten strebte, finden wir jetzt ein immer stärkeres Verlangen der Wirtschaft nach staatlichen Eingriffen und Hilfen. Schutzzölle, Schutz der ausländischen kolonialen Besitzungen und Interessen, staatliche, besonders militärische Macht im Dienste des wirtschaftlichen Ausdehnungsdranges werden gefordert und verwirklicht; nicht zuletzt auch Staatseingriffe zur Vernichtung, Zurückdrängung oder sozialpolitischen Kanalisierung revolutionärer Kräfte.

*

Die Macht- und Verwaltungsinstrumente des Staates werden in zunehmendem Maße ausführende Organe der kapitalistischen Interessen. Bereits 1907 hat Rudolf Hilferding¹ diese neue Gestalt des nach staatlicher Unterstützung und Regelung rufenden, immer mehr in Großunternehmen sich konzentrierenden Kapitalismus recht exakt beschrieben: „Das Finanzkapital... hat keinen Sinn für die Selbstständigkeit des Einzelkapitalisten, sondern verlangt seine Bindung: es verabscheut die Anarchie der Konkurrenz und will die Organisation, freilich nur, um auf immer höherer Stufe die Konkurrenz (zum Beispiel zwischen ganzen Nationen; F.V.) aufnehmen zu können. Aber um dies durchzusetzen, um seine Übermacht zu erhalten und zu vergrößern, braucht es den Staat, der ihm durch seine Zoll- und Tarifpolitik den inländischen Markt sichern, die Eroberung ausländischer Märkte erleichtern soll. Es braucht... einen starken Staat, der seine finanziellen Interessen im Ausland zur Geltung bringt, seine politische Macht einsetzt, um den kleineren Staaten günstige

* Die Thematik des Aufsatzes ist in breiter Darstellung und Dokumentation (die insbesondere auch das ökonomische Abrüstungsproblem behandelt) in dem vor einigen Monaten erschienenen Buch des Autors „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt 1965, behandelt worden.

1 Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital, Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Berlin 1947 (unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1910), Seite 462—465. Hervorhebungen von mir.

Lieferungsverträge und günstige Handelsverträge abzunötigen. Einen Staat, der überall in der Welt eingreifen kann, um die ganze Welt in Anlagesphären für sein Finanzkapital verwandeln zu können. Das Finanzkapital braucht endlich einen Staat, der stark genug ist, um Expansionspolitik zu treiben und neue Kolonien sich einverleiben zu können. War der Liberalismus ein Gegner der staatlichen Machtpolitik, . . . so wird die Machtpolitik ohne jede Schranke zur Forderung des Finanzkapitalismus, und es wäre dies der Fall, auch wenn die Ausgaben für den Militarismus . . . nicht unmittelbar gerade den mächtigsten kapitalistischen Schichten wichtigen Absatz mit meist monopolistischen Gewinnen sichern würden. Der nationale Gedanke . . . wird jetzt gewandelt zu dem Gedanken der Erhöhung der eigenen Nation über die anderen. Als Ideal erscheint jetzt, der eigenen Nation die Herrschaft über die Welt zu sichern, . . . da jedes Zurückbleiben den Profit des Finanzkapitals senkt, seine Konkurrenzfähigkeit verringert und schließlich das kleinere Wirtschaftsgebiet zum tributpflichtigen des größeren machen kann . . . So entsteht die Ideologie des Imperialismus als Überwindung der alten liberalen Ideale. Sie spottet deren Naivität . . . Aber anstelle der verblichenen Ideale des Bürgertums setzt der Imperialismus . . . neue . . . Er begreift die ganze Politik als Geschäft miteinander kämpfender, aber auch miteinander sich vereinigender kapitalistischer Syndikate.“

Hilferding und andere kritische Autoren² deckten diesen Zusammenhang zwischen dem mit nationalistischen Ideologien verbrämten spätkapitalistischen Wirtschaftssystem, der aus ihm folgenden imperialistischen Politik und der zunehmenden Bedeutung der Rüstungswirtschaft auf. Hilferding beugt dabei zugleich dem vulgärmarxistischen Kurzschuß vor, nur die Rüstungsindustrie der kapitalistischen Länder — zweifellos ein besonders friedensfeindlicher, makabrer „Geschäftszweig“ — habe die Kriege angezettelt und die Völker in die Militarisierung und schließlich in die Materialschlachten getrieben. So einfach ist der Kausalnexus nicht. *Das Martialische der spätkapitalistischen Gesellschaft erwächst nicht primär aus der Profitsucht einzelner Kapitalisten — es erwächst aus immanenten Tendenzen des ökonomischen Systems als solchem.* Dem Kapitalismus wohnt systemnotwendig die Tendenz inne, seine Produktivkräfte weit schneller zu entwickeln als die kaufkräftige Nachfrage. Denn diese erscheint für den immer nur betriebs-, niemals volkswirtschaftlich denkenden Kapitalismus primär als Lohnkosten, die es so niedrig wie möglich zu halten gilt, will man die Profitrate hoch halten. Diese Vernachlässigung der Nachfrageseite schlägt aber schließlich gegen das Profitprinzip zurück: Verminderte profitable Absatz-

2 G. W. F. Hallgarten: *Imperialismus vor 1914*, 2 Bände (1960). 2., erweiterte Aufl., München 1963. F. Sternberg, in verschiedenen Untersuchungen, zuletzt: *Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht*, Hamburg 1951. Wichtiges Material auch bei F. Fischer: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegspolitik des kaiserlichen Deutschland 1914—18*, 2. Aufl., Düsseldorf 1962.

möglichkeiten bewirken schließlich eine Verminderung der Investitionschancen, der Rückfluß von Kapital in den Wirtschaftskreislauf verlangsamt sich, verstärkt den gesamtwirtschaftlichen Nachfrage-mangel — eine Wirtschaftsstockung bahnt sich an. Um dieser Krisen-tendenz entgegenzuwirken, muß ständig versucht werden, neben der privaten Inlandnachfrage andere Möglichkeiten des Verbrauchs zu erweitern: den Staatsverbrauch, die Investitionen und den Export. Der unterstützenden, vermittelnden Tätigkeit des Staates kommt dabei eine immer bedeutendere Rolle zu. In der Zeit, die Hilferding beschreibt, hatte der Staat insbesondere die Aufgabe zu übernehmen, mit seinen Gewaltmitteln Anlagemöglichkeiten in Kolonien und Weltmarktgebieten außerhalb der eigenen Grenzen (im Austausch gegen billige Rohstoffe) zu erschließen. Selbstverständlich ist zur Eroberung, Sicherung und Verteidigung dieser äußeren Absatzgebiete der Aufbau großer Rüstungs- und Militärapparate unerlässlich. Und ebenso notwendigerweise entwickelt sich daraus ein Wett-rüsten und die Tendenz, durch Krieg die kolonialen Besitz- und die militärischen Machtverhältnisse zu erhalten beziehungsweise zu ändern.

Fritz Sternberg und andere haben nachgewiesen, daß der Erste und der Zweite Weltkrieg (der letztere als der Versuch Hitler-Deutschlands, die Ergebnisse des Ersten zu revidieren) wesentlich als Konkurrenzkämpfe kapitalistischer Staaten um die Besetzung und Neuverteilung von Weltmarktpositionen zu verstehen sind³. Denn der weltweite „friedliche“ Vorstoß des europäischen, staatlich organisierten Wirtschaftsimperialisismus mußte sehr rasch an seine absoluten Grenzen stoßen; an die natürlichen Grenzen dieser Erde. Hatte die zerstörerische Macht der kapitalistischen Dynamik: ihre zügellose Expansionskraft, sich im Hochkapitalismus wesentlich innerhalb der einzelnen Länder in den Konkurrenzkämpfen, Krisen und Liquidationen der Unternehmungen ausgewirkt, so wirkte sie nun außerdem (in gewissem Umfang: statt dessen) als außen-politischer Kampf kapitalistischer Nationen um die Weltmarkt-beherrschung. Dabei spielte Deutschland eine besondere, verhängnisvolle Rolle. Als es neben den älteren Industriestaaten England und Frankreich mit atemberaubender Schnelligkeit (um 1880 Frank-

3 Daß sich auf dieser ökonomischen Basis politische und militärische Aktivitäten und Ideologien entwickelten — zum Beispiel der Präventiv-krieg-Gedanke —, die eine eigene, von unmittelbaren ökonomischen Erwägungen freie Logik haben, ist selbstverständlich. Völlig abwegig jedoch, ja eigentlich das Gegenteil einer soziologischen Betrachtungsweise (die in dieser Frage heute weithin akzeptiert wird), ist die Behauptung Th. Geigers, der Imperialismus sei eine wirtschaftlich eher schädliche Auswirkung hypertropher nationalistischer Ideologien: Demokratie ohne Dogma, München 1963, S. 157 ff. Geigers „Beweis“: Die Weltkriege hätten den Kapitalismus geschwächt, zeugt von erstaunlicher Ignoranz hinsichtlich der soziologischen Grunderkenntnis, daß gesellschaftliche Prozesse sich bisher fast immer gegenüber ihren Initiatoren verselbständigt und oft das Gegenteil des Intendierten realisiert haben.

reich, um 1900 England in der Industrieproduktion überholend⁴⁾ auf den Weltmarkt drängte, ohne „entsprechende“ koloniale Anlagegebiete zu besitzen, wurde der Tag der großen blutigen Auseinandersetzung, der Erste Welt(wirtschafts)krieg, absehbar.

Allmählich dringen diese Zusammenhänge nun auch hierzulande ins allgemeine Bewußtsein; eine nationalistisch-apologetische, von soziologischen und ökonomischen Erkenntnissen ungetrübte Geschichtsschreibung hat es fertiggebracht, die ökonomischen Hintergründe der wilhelminischen wie der hitlerischen Kriegspolitik bis heute weitgehend im Dunkeln bleiben zu lassen. Erst die eindrucksvolle Dokumentation des Hamburger Historikers Fritz Fischer hat in einer aufsehenerregenden Weise gezeigt, daß das Kaiserreich, weit entfernt von bloßem „Hineinschliddern“, *den Krieg 1914 vor allem aus wirtschaftlich-imperialistischen Motiven und mit sehr ähnlichen Zielen angesteuert und einganggesetzt hat wie fünfundzwanzig Jahre später das „Dritte Reich“*. Mit Recht folgerte R. Augstein in einer Zusammenfassung der Fischerschen Untersuchungen: „Die Vorstellungen, die Hitler auf seine phantastische Weise von einem Krieg hatte, sind ihm nicht zugeflogen, er mußte nur auf den geistigen Fundus seiner Meldegängerzeiten zurückgreifen“. In der Tat — denn Fischer zeigt, daß — bereits unter Berufung auf den germanischen Herrenrassen-Anspruch! — gefordert wurde: die Schaffung eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraums unter deutscher „Oberhoheit“; diese sollte bei den größeren Nachbarstaaten in Form wirtschaftlicher Zugeständnisse und Abhängigkeiten durchgesetzt werden; die kleineren sollten zu weitgehender Botmäßigkeit gezwungen beziehungsweise teilweise oder ganz annektiert werden. Forderungen nach völliger wirtschaftlicher Abhängigkeit oder direkter Einverleibung richteten sich auf: Belgien, Luxemburg, Lüttich, Lothringen, Normandie, Polen, Baltikum, Finnland, Ukraine, Georgien, Aserbeidschan, Kuban-Gebiet, große Teile des Balkans und des Nahen Ostens, das gesamte mittlere Afrika. Krupp, Thyssen und Stinnes taten sich in dieser Richtung mit eigenen Denkschriften hervor. Die wirtschaftspolitische Motivation der durchaus offensiven Kriegspolitik der zu spät gekommenen kapitalistischen Großmacht tritt in fast allen Dokumenten offen zutage. (An dieser Stelle ist zugleich der Hinweis notwendig, daß moralisierende und quasi metaphysische Urteile wie das vom „ewig-kriegslüsternen“ Deutschland sachlich, historisch unangemessen sind: die anderen kapitalistischen Staaten waren 1914 wie auch 1939 weniger offensiv in ihrer Rüstungs- und Kriegspolitik, wesentlich deshalb, weil sie, im Besitz unvergleichlich viel größerer kolonialer Basen, saturierter waren; sie mußten an der Erhaltung des „friedlichen“ status quo folglich interessiert sein.)

4 Vgl. Fritz Sternberg, a. a. O. (Anm. 2), S. 19.

1918 wandte sich die Mehrheit des deutschen Volkes erbittert von dem imperialistischen System des Kaiserreichs und seinen Machteliten ab. Demokratie! Sozialisierung! lauteten die Parolen. Die Liquidation des Kapitalismus schien — wie auch 1945 bis 1948 — nur noch eine Frage der Methode. Hoffnung und Vertrauen richteten sich auf die führenden sozialdemokratischen Politiker. Aber infolge der Zerspaltetheit der Arbeiterbewegung, der Konzeptionslosigkeit und der Unfähigkeit ihrer Führer, die Macht zu halten und zu gebrauchen, gelang es den industriellen Machthabern und den Großgrundbesitzern im Verein mit den antidemokratischen, oft kapitalhörigen Politikern und Militärs, den Aufbau einer sozialen oder gar sozialistischen Demokratie und Wirtschaftsordnung zu verhindern. Die Macht des Großkapitals wurde, wie dann wiederum seit 1948, restauriert. Dieses verstand zunächst — zum Beispiel in der skandalösen Ausnutzung der Inflation — die Möglichkeiten, die ein bürgerlich-demokratischer Staat ihm bot, voll auszuschöpfen. Als das parlamentarische System aber nicht in der Lage war, mit der Weltwirtschaftskrise fertig zu werden, waren entscheidende Teile des Kapitals rasch bereit, der Demokratie die Gefolgschaft zu kündigen und mit der faschistischen Diktatur sich zu verbinden.

Einflußreiche Bankiers, Großindustrielle und Spitzenmanager begannen, sich für Hitler zu interessieren. Hallgarten hat in einer kritischen Untersuchung⁵ gezeigt, wie seit 1931 Hitler und die Großindustriellen mehr und mehr aufeinander zukamen.

Das deutsche Großkapital hatte klare Beweise, daß die halbsozialistischen Töne im NS-Programm in gleichem Maße bedeutungslos geworden waren, wie der Kontakt mit der Großindustrie zugenommen hatte. Und ebenso wußte man, welch vielversprechende Bedeutung der Nationalsozialismus Hitlers für die in verzweifelter Lage befindliche Großindustrie hatte. Das bringt Hallgarten klar zum Ausdruck, wenn er über die Bedeutung von Hitlers berühmter Rede im Industrieclub am 27. Januar 1932, jener entscheidenden Begegnung zwischen den beiden Mächten, schreibt: „In seiner Rede betonte Hitler . . . , Industrie wie NSDAP hätten . . . gemeinsame Feinde: demokratische Gleichmacherei und Pazifismus. Die Wirtschaft braucht den Machtstaat zu ihrer Blüte. Wenn es in Deutschland keine Nationalsozialisten gäbe, gäbe es auch kein Bürgertum mehr.“

Es kann in Deutschland, so rief er unter großem Beifall der Versammelten aus, keine Wirtschaft geben, es sei denn, daß hinter dieser Wirtschaft der absolut schlagkräftige, entschlossene Wille steht . . . *Seine Rede nahm den Wirtschaftsführern alle Zweifel, daß sein Programm die Wiederaufrüstung des Reiches sei*.“

Nach der Machtübernahme Hitlers beeilte sich die deutsche Industrie, ihm seine Hilfe anzubieten. Das zeigt sich unter anderem in

5 G. W. F. Hallgarten: Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918 bis 1933, 3. Aufl., Frankfurt 1963.

6 Hallgarten a. a. O., S. 98 f. Hervorhebungen von mir. F. V.

einem Brief des Vorsitzenden des „Reichsverbandes der deutschen Industrie“, Krupp von Bohlen und Halbach, der bereits am 25. April 1933 Hitler engste Zusammenarbeit des Reichsverbandes unter der Bedingung verspricht, daß das privatwirtschaftliche System nicht angetastet wird. Er drückt die Bereitschaft aus, „unter Übernahme des Führergedankens des neuen Deutschen Staates, die durch das Gesamtinteresse der Nation bedingten wirtschaftlichen Maßnahmen mit den politischen Notwendigkeiten abzustimmen. Die wirtschaftlichen industriellen Organisationen sollen . . . unter Aufrechterhaltung des wertvollen Gutes der freien industriellen Selbstverwaltung so einfach und schlagkräftig wie möglich gestaltet werden“⁷. In der Tat kam es sehr bald zu einer nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung, der es gelang, mit Unterstützung des Kapitals und unter strikter Wahrung von dessen Interessen die Krise, die Arbeitslosigkeit zu überwinden und eine Konjunktur zu erzeugen. Sie führte zur Vollbeschäftigung — aber auch zu einer rettungslosen Staatsverschuldung und in den von vornherein von Hitler eingeplanten Krieg (der nicht zuletzt die Schuldentilgung auf die Besiegten überwälzen sollte)⁸.

Hitlers Kriegsplanung und wirtschaftsimperialistische Kriegsziele werden aus der berühmten Niederschrift des Obersten Hoßbach vom 10. November 1937 über die Besprechung Hitlers mit den führenden Leuten der Wehrmacht und der Regierung einwandfrei deutlich⁹; der Lebensraum-Mythos vermag den kapitalistischen Charakter von Hitlers Zielen nicht zu verdecken. Er führte damals aus, daß der Krieg spätestens 1943 bis 1945 in Gang gesetzt werden müsse. Es handele sich dabei um die unumgängliche gewaltsame Lösung des Problems des deutschen Lebensraumes. „Wenn die Sicherheit unserer Ernährungslage im Vordergrund stünde, so könne der hierfür nötige Raum nur in Europa gesucht werden, nicht aber ausgehend von liberalistisch-kapitalistischen Auffassungen in der Ausbeutung von Kolonien.“ Die beiden folgenden Sätze widerlegen die anti-kapitalistische Attitüde: „Es handelt sich nicht um die Gewinnung von Menschen, sondern von landwirtschaftlich nutzbarem Raum. Auch (!) die Rohstoffgebiete seien zweckmäßiger in unmittelbarem Anschluß an das Reich in Europa und nicht in Übersee zu suchen.“

Der staatliche Dirigismus, ja eine zum Teil sehr strenge Planung wurden vom Kapital nicht nur hingenommen, sondern sogar von wichtigen seiner Vertreter aktiv mitgestaltet. Viele wurden später zu „Wehrwirtschaftsführern“ ernannt und als solche die entscheidenden Lenker und Verdienner der Kriegsplanwirtschaft (heute sind die meisten der noch Tätigen von ihnen längst wieder hohe „Wirt-

7 Hitler und die Industrie, eine Dokumentation des DGB, Anhang zu: Für die Demokratie — Informationen, Kommentare, Presseschau, Jg. IV, 1963, S. 16.

8 Siehe Dieter Grosser: Die nationalsozialistische Wirtschaft, in: Das Argument, 7. Jg., 1965, Nr. 32, S. 1 ff.

9 Zitiert nach W. Hofer, a. a. O., S. 195.

schaftsführer“¹⁰). Man wußte sehr genau, daß Hitler die kapitalistischen Besitz- und Machtpositionen nicht gefährdete, sondern stärkte. Mit Recht faßt daher Fritz Sternberg das Verhältnis der Industrie zu Hitler wie folgt zusammen: „Die Vertreter der Mehrheit des deutschen Großkapitals . . . machten ihren Frieden mit dem Regime, um so mehr, als sie nach den ständigen außenpolitischen Erfolgen der Nazis glaubten, hoffen zu können, daß die stärkere Armee, die Rüstungsproduktion und die Drohung mit Krieg eine neue aufsteigende Epoche für den deutschen Kapitalismus und Imperialismus schaffen könnte . . . Unter der Naziherrschaft verstärkte sich die deutsche dominierende Position in Osteuropa“¹¹.“

Aber nicht nur vor dem, sondern auch im Krieg, bei der Ausbeutung der weiten eroberten Gebiete, verstand die Großindustrie ihre Chancen zu erkennen und bis zum äußersten wahrzunehmen¹². Bis zum äußersten — einige Konzerne scheuten sich nicht, selbst mit der SS-Verwaltung der Konzentrationslager zu kollaborieren und unzählige Tausende von Häftlingen als billige Arbeitskräfte und selbst als Versuchskaninchen für pharmazeutische Projekte auszunutzen.

In der apologetischen Literatur wird gelegentlich versucht nachzuweisen, daß die Hitlersche Rüstungsindustrie erst eingesetzt habe, als die Krise im wesentlichen schon überwunden gewesen, die schlimmste Arbeitslosigkeit bereits beseitigt worden sei. Dem sind folgende Tatsachen gegenüberzustellen. Als Hitler im Januar 1933 an die Macht kam, war der Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise bekanntlich bereits durchschritten. Die Arbeitslosigkeit war von knapp 7 Mill. auf 6,01 Mill. (9,2 v.H. der Gesamtbevölkerung) zurückgegangen. Zweifellos haben auch nach der Hitlerischen Machtergreifung bestimmte allgemeine konjunkturell belebende Impulse weitergewirkt. Im Januar 1935 war in der Tat die Arbeitslosigkeit auf 4,5 v.H. der Bevölkerung zurückgegangen. Immerhin war man aber zu dieser Zeit mit insgesamt 2,97 Mill. Arbeitslosen¹³ noch weit von einer vollbeschäftigten Wirtschaft entfernt. Zu diesem Zeitpunkt hatte aber, wie René Erbe in einer eingehenden Studie¹⁴ gezeigt hat, die nationalsozialistische Politik des „deficit spending“ bereits in großem Umfang zu wirken begonnen, und der Rüstungssektor in dieser Politik gewaltig wachsender öffentlicher Investi-

10 Kurt Pritzkolet, der beste Kenner der personellen Zusammenhänge des deutschen Kapitalismus, nennt sämtliche ehemaligen Wehrwirtschaftsführer und ihre jetzigen Positionen: Gott erhält die Mächtigen. Rück- und Rundblick auf den deutschen Wohlstand, Düsseldorf 1963.

11 Fritz Sternberg (a. a. O., Anm. 2), S. 286. Hervorhebung von mir. Im gleichen Sinne auch: Kurt Pritzkolet: Das kommandierte Wunder, Deutschlands Weg im 20. Jahrhundert, München 1959, S. 712 ff.

12 Vgl. Grosser, a. a. O., S. 11.

13 Nach Ernst Wagemann: Zwischenbilanz der Konjunkturpolitik. Eine international vergleichende konjunkturpolitische Studie, Berlin 1935, S. 100.

14 René Erbe: Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1911—39 im Lichte der modernen Theorie. Zürich 1958, S. 24 f.

tionen war bereits von 620 Mill. (1932) auf 3300 Mill. RM angestiegen¹⁵:

„Schon im ersten Jahr der nationalsozialistischen Regierung zeigten die öffentlichen Investitionen gegenüber dem Tiefstand im Jahre 1932 eine Zunahme um 560 Mill. RM oder 22 v.H., hauptsächlich weil die Investitionen für den Verkehr (Autobahn!) um 533 Mill. RM erhöht wurden. Der wirklich ins Gewicht fallende Anstieg erfolgte aber erst im Jahre 1934, als die Rüstungsausgaben in großem Umfange einsetzten. In diesem Jahr erhöhten sich die öffentlichen Investitionen um mehr als das Doppelte und überschritten volumemäßig den Stand von 1928 wieder, während das reale Volkseinkommen noch weit unter demjenigen von 1928 lag. In den folgenden Jahren stiegen dann die öffentlichen Investitionen sowohl absolut als auch relativ, das heißt in v.H. des Volkseinkommens, ständig weiter an.

Ab 1934 spielten die Rüstungsausgaben die wichtigste Rolle in den gesamten Ausgaben für öffentliche Investitionen. Ihr Anteil an diesen Gesamtausgaben stieg von 49 v.H. im Jahre 1934 auf 74 v.H. im Jahre 1938. Im letzten Friedensjahr 1938 erreichten die Rüstungsausgaben allein rund 19 v.H. des gesamten Volkseinkommens.“

Untersucht man die zusammengetragenen Zahlen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Rüstungsausgaben von 1932 bis 1938 in Deutschland um 14,8 Mrd. RM, die übrigen öffentlichen Investitionen dagegen nur um 3,6 Mrd. stiegen. Die Vollbeschäftigung wurde 1936 (nach anderen Angaben erst 1937) erreicht. Angesichts dieser Tatsachen ist es schwerlich möglich, zu behaupten, Hitler habe die Arbeitslosigkeit im wesentlichen ohne seine gewaltigen Rüstungsinvestitionen beseitigt. R. Erbe kommt zu einem Fazit¹⁶, mit dem wir diesen Gedanken abschließen können:

- „1. Der Aufschwung nach 1933 war die Folge eines sich fortlaufend verstärkenden „deficit spending“.
2. Das Budgetdefizit seinerseits war schon von 1934 an eine ausschließliche Folge der massiven Rüstungsausgaben.
3. Die Erfordernisse der Aufrüstung dominierten die gesamte Wirtschaftspolitik und das Wirtschaftsgeschehen.
4. Das nationalsozialistische Deutschland vor dem 2. Weltkrieg war somit eine Kriegswirtschaft in Friedenszeiten¹⁷.“

15 Gelegentlich wird eingewandt, Deutschland habe vor 1933 aber weit unterdurchschnittlich gerüstet. Otto Kimminich („Rüstung und politische Spannung“, Gütersloh 1964) hat gezeigt (S. 238), daß die Rüstungsausgaben der Nachbarn Deutschlands bis 1933 zwar auch niedrig, aber tatsächlich bedeutend größer waren als die deutschen, daß Hitler sie aber 1934/35 durch einen steilen Ausgabenanstieg überholte.

16 A. a. O., S. 4.

17 Auch R. Wagenführ läßt über die Konjunkturpolitische Wirkung der forcierten Hitlerschen Rüstungspolitik keinen Zweifel: „Von 1934/35 auf 1935/36 wurden die Ausgaben für Rüstung und Wehrmacht mit einem

Ist damit hinreichend deutlich geworden, daß die erfolgreiche Hitlersche „Vollbeschäftigungspolitik“ auf Rüstungswirtschaft bauierte, so ist die zweite Frage zu beantworten, ob er nicht ebensogut — oder besser — mit zivilem deficit spending die kapitalistische Krise hätte überwinden können. Ich lasse hier ausführlich Paul Sering¹⁸ (R. Löwenthal) zu Wort kommen, der gerade am Vergleich mit dem New Deal präzise darlegt, warum das Kapital defizitäre Wohlfahrtsökonomie heftig bekämpft, Staatsschulden zugunsten von Rüstungsaufträgen in der Depression aber durchaus akzeptiert. Im Jahre 1933 „hatten sowohl Roosevelt in Amerika wie Hitler in Deutschland die Möglichkeit, eine freie Entscheidung über die Richtung ihrer Planung zu treffen. Und sie wählten verschiedene Wege. Roosevelts New-Deal-Administration ging bewußt den Weg der Kaufkraftverteilung an die arbeitenden Massen und der Erhöhung der allgemeinen Produktionskapazität: Krediterleichterung für den Wohnungsbau; Entschuldung und Zinsherabsetzung für die Farmer, Lohnerhöhung für die Arbeiter durch Schlichtungsmaßnahmen und durch gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften; Versuch des Abbaus von Monopolpreisen; produktive und normal bezahlte Notstandsarbeiten; und das Riesenprojekt der Melioration eines mehrere Staaten umfassenden landwirtschaftlichen Gebiets im Tennessee-Tal durch Dammbau, Elektrizifizierung, Bewässerung und verbilligte Abgabe von Düngemitteln.

Hitlers Drittes Reich ging ebenso bewußt den Weg der Aufrüstung und der geplanten imperialistischen Expansion. Autobahnen, Erweiterung der Stahlkapazität, eigentliche Rüstungsproduktion, Ersatzproduktion — gleichzeitig mit der systematischen Einbeziehung umliegender Länder in das deutsche Plansystem durch Handelsverträge eines neuen Typs, die die ganze Wirtschaft dieser Länder lange vor der militärischen Besetzung in Abhängigkeit von der deutschen Außenhandelsplanung brachten . . . Hitlers Planung führte unvermeidlich zum Kriege und konnte nur mit den Mitteln einer totalitären Diktatur aufrechterhalten werden — aber auf dieser Linie funktionierte sie erwartungsgemäß. Roosevelts Planung führte zu erhöhtem Wohlstand und zur Wiederwahl des Präsidenten in freiem Wahlkampf und entgegen dem Druck der großen Mehrheit der kapitalistischen Presse — aber sie funktionierte nicht über einen bestimmten Punkt hinaus. Dieser Punkt läßt sich genau bestimmen: es gelang Roosevelt, die Produktion von der Kaufkraftseite her anzukurbeln, aber die privaten Investitionen erreichten in ihr nie den Umfang, den die Administration wünschte und erwartete. Die

Schlage mehr als verdoppelt — bis sie im letzten Rechnungsjahr vor Kriegsbeginn fast das Zehnfache des Ausgangsjahres 1933/34 erreichten. Es ist klar, daß eine solche sprunghafte Steigerung produktionsmäßig gesehen der Industriewirtschaft stärkste Antriebe geben mußte.“ Rolf Wagenführ: Die deutsche Industrie im Kriege 1939—1945, 2. Aufl., Berlin 1963, S. 16.

18 Paul Sering: Jenseits des Kapitalismus, Nürnberg 1948, S. 105 ff. Hervorhebungen von mir.

Arbeitslosigkeit wurde um Millionen verringert, aber die Vollbeschäftigung wurde nicht erreicht.

Der Grund dieser unterschiedlichen Entwicklung ist leicht einzusehen. *Hitlers Planung wurde von vornherein von den entscheidenden Gruppen des deutschen Großkapitals unterstützt*; sie mußten sich in Einzelfragen unterordnen, aber im ganzen brauchten sie nicht zur Mitarbeit gezwungen zu werden — der Plan war ihr eigener Plan. Roosevelts Planung, mit ihrer Betonung der Massenkauflkraft, ihrer Förderung der Gewerkschaften und damit der Erhöhung der Löhne auf Kosten der Profite, *stieß von Anfang an auf den Widerstand großer Teile des Kapitals.*“

*

Wir finden drei Motivationen von über „Verteidigungszwecke“ weit hinausreichenden Rüstungsausgaben im amerikanischen Kapitalismus der Nachkriegszeit am deutlichsten ausgeprägt: Rüstung zur Aufrechterhaltung oder Belebung der Konjunktur, zur Sicherung weltweiter kapitalistischer Machtpositionen und zur ökonomischen Bekämpfung des „kommunistischen“ Machtbereiches.

Es braucht nur an die Dullessche Devis des „roll back“, an die 150 amerikanischen Militärstützpunkte rund um den Ostblock, an Interventionen amerikanischer Streitkräfte vor Kuba, in der Straße von Formosa, in Vietnam, im Nahen Osten (Syrien) erinnert zu werden, um deutlich zu machen, daß es beim Aufbau dieser US-amerikanischen Rüstung um weit mehr ging als um die „Verteidigung der freien Welt“¹⁹! Im Zusammenhang unserer Überlegungen spielt die erste — am wenigsten offen ausgesprochene — Motivation die primäre Rolle: die Rüstung als Stütze der amerikanischen Konjunktur in einer ohnehin wenig wachsenden, mit vier bis sechs Millionen Arbeitslosen belasteten Volkswirtschaft. Für unsere Hauptfrage: kann der Kapitalismus abrüsten? bleibt nämlich diese Ursache überdimensionaler Rüstungen ein gefährlich negatives Moment selbst dann, wenn Rüstung als Mittel antikommunistischer oder auch — immer noch — imperialistischer Politik allmählich nutzlos erscheinen sollte. (Einiges deutet auf solche Tendenzen hin.) In der Tat bietet die nordamerikanische Gesellschaft heute *das Bild eines Sozialkörpers, der infolge der Rüstungssektoren unfähig erscheint, ernsthafte Entspannungs- oder gar Abrüstungspolitik zu betreiben*. Therapien sind ausgearbeitet. Es scheint aber, daß der Patient zur Zeit immer noch mehr fürchtet, durch sie kränker als zuvor zu werden, als daß er sich ermutigt fühlt, mit ihrer Hilfe zu neuer ziviler Aktivität befähigt zu werden.

Wie oben angeführt worden ist, konnte Roosevelt mit Hilfe seines New Deal die wirtschaftliche Depression und Massenarbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise nicht überwinden.

¹⁹ Siehe Das Argument, 8. Jhg. 1966, Nr. 36: „Die Amerikaner in Vietnam“ — Probleme der Entwicklungsländer (II).

Die Arbeitslosigkeit war durch die Politik des New Deal zwar von 25,2 v. H. der Arbeitskräfte (1933) auf 13,3 v. H. (1937) herabgedrückt worden, stieg aber 1938 bereits wieder auf 18,7 v. H.²⁰ In den Jahren 1933 bis 1939 waren die Rüstungsausgaben in den USA relativ außerordentlich gering. Kenneth Boulding²¹ kennzeichnet mit der folgenden Statistik die „positive“ Wirkung der maßlosen Aufrüstung seit dem 2. Weltkrieg auf die Beschäftigung:

Rüstungsausgaben und Arbeitslosigkeit in den USA

Jahr	Rüstungsausgaben in v. H. des Bruttosozialprodukts	Arbeitslosigkeit in v. H. des Arbeitskräftepotentials
1939	1,5	17,2
1944	45,5	1,2
1959	9,5	5,5

Wie die Relationen des Jahres 1959 zeigen (die heute noch gelten²²), hat die Arbeitslosigkeit gegenüber 1944 bereits wieder beträchtlich zugenommen. Nur durch die für die Nachkriegszeit außergewöhnlich starken Rüstungsausgaben 1953 konnte die Arbeitslosigkeit noch einmal merklich verringert werden.

Insgesamt ist jedenfalls festzuhalten, daß ohne Rüstungsausgaben vom fünf- bis zehnfachen Umfang derer der Vorkriegszeit in den USA der Nachkriegsjahre die Arbeitslosigkeit wohl kaum in den Grenzen von 4 bis 6 v. H. des Arbeitskräftepotentials hätte gehalten werden können. Dieser Zusammenhang von Rüstungswirtschaft und Konjunktur in dem größten kapitalistischen Land ist von C. Wright Mills²³ besonders eingehend zur Sprache gebracht worden. Er stellt zunächst fest: „Die Wirtschaftskonjunktur (nämlich: die Rüstungskonjunktur) im Zweiten Weltkrieg — und sie allein — hat die Vereinigten Staaten aus der Krise der dreißiger Jahre gerettet. Nach dem Kriege wurde eine Sturmflut zurückgedämmter Nachfrage entfesselt. Dazu kam die Produktion von Kriegsmaterial herkömmlicher und neuer Art.“

20 Nach Fritz Sternberg, a. a. O. (Anm. 2), S. 275.

21 Kenneth Boulding: Die wirtschaftliche Bedeutung der Rüstungskontrolle, in: Strategie der Abrüstung, 28 Problemanalysen (Herausgeber P. B. Brennan), Gütersloh 1962, S. 173 ff.

22 Arbeitslosigkeit (nach einem Schaubild der „Zeit“ vom 15. Mai 1964): 1961 6,5 v. H. Nach „Manpower Report of the President“, März 1963 bewegte sich der Prozentsatz aller Arbeitslosen 1958 bis 1963 zwar um 6 v. H., aber der der weißen Jugendlichen um 13, der der farbigen Jugendlichen um 24 v. H.

23 C. Wright Mills: Die Konsequenz, München 1959, S. 87. Originalübersetzung des amerikanischen Buchtitels: Die Ursachen des Dritten Weltkrieges. Inzwischen als Taschenbuch erschienen.

Die seit dem Koreakrieg einsetzende Verschärfung der ostwestlichen Spannungen führte zu einem sprunghaften Wiederanstiegen der Rüstungsausgaben und damit zu einer Verlängerung der Nachkriegskonjunktur. Gleichwohl begannen Mitte der fünfziger Jahre in den Vereinigten Staaten die Arbeitslosenzahlen wieder stark anzusteigen. Dadurch wurde eine immer weitere Steigerung der Rüstungsausgaben dringend nahegelegt — auch dann noch, als (spätestens seit der Zeit der Genfer Konferenz 1955) die Entspannungsmöglichkeiten zwischen den beiden großen Machtblöcken immer greifbarer wurden. Vermehrte Rüstungsindustrie als bequemer konjunkturpolitischer Ausweg für die kapitalistische „Machtelite“ ist also auch in den USA zu einem gefährlichen Hemmnis einer vernünftigen Friedenspolitik geworden. „Sowie die Russen eine verständliche Geste machen, fallen die Börsenkurse. Wenn man befürchtet, es könnte zu Verhandlungen kommen, ganz zu schweigen davon, daß ein Vertragsgebäude für die ganze Welt im Werden sei, spiegeln die Aktienkurse durch ihre Schwankungen die sogenannte ‚Friedenspanik‘ wider. Wenn die Arbeitslosigkeit zunimmt und die Forderung erhoben wird, es müsse etwas geschehen, entschuldigen sich die Regierungssprecher meistens damit, daß sie vor allem auf die gesteigerten und noch zu steigernden Ausgaben für Rüstungszwecke hinweisen. Als im Januar 1958 die Zahl der Erwerbslosen viereinhalb Millionen betrug, erklärte der Präsident, daß der Wert der Rüstungsaufträge von den 35,6 Milliarden Dollar im Jahre 1957 auf 47,2 Milliarden im Jahre 1958 steigen würde²⁴.“

Als Hauptmerkmal der amerikanischen Situation bleibt die Tatsache festzuhalten, daß die relativ krisenfreie Nachkriegsentwicklung im Kapitalismus der Vereinigten Staaten seit 1952 ohne die dauernde Stützung durch ein erhebliches deficit spending zugunsten eines Rüstungshaushalts von 40 bis 60 Milliarden Dollar (1950 bis 1966: 50 bis 70 Prozent des Etats) und einer Beschäftigung von zehn Prozent des gesamten Arbeitskräftepotentials für militärische Zwecke kaum denkbar erscheint.

Neuerdings wird von einer vierfachen Überlegenheit der USA der UdSSR gegenüber gesprochen. Die ganze Sinnlosigkeit dieses ausschließlich konjunkturpolitisch „sinnvollen“ Ausmaßes der Rüstung in den USA wird deutlich, wenn einerseits das absolute atomare Gleichgewicht des Schreckens konstatiert, andererseits aber zugleich triumphierend das nunmehr erreichte vielfache Übergewicht der USA verkündet wird²⁵. Wozu, wenn jenes absolute Gleichgewicht dadurch nicht verändert wird?

24 Mills a. a. O.

25 Kein Geringerer als McNamara verfällt solchen Widersprüchen; vgl. das Interview im „Spiegel“ 15/1965.

Besprechungen

I. Philosophie

Schüling, Hermann: Ursprünge der rationalen Naturbeherrschung. Nr. 3: Beihefte zur Philosophia Naturalis. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1963 (84 S., brosch., 8,50 DM).

Nicht sowohl Ursprünge und materielle Geschichte der Naturbeherrschung bilden den Gegenstand vorliegender Schrift, als vielmehr deren „reine Denkform“ (9). Verfasser legt sie auseinander in fünf grundlegende Momente: 1. Tendenz zur Dissoziation bzw. Unterscheidung (Idee der Freiheit); 2. Tendenz zur Bestimmung elementarer Äquivalente bzw. austauschbarer Bausteine des Verschiedenen (Idee der Gleichheit); 3. Tendenz zur gesetzmäßigen Beziehung der solcherart bestimmten Zergliederungsprodukte (Idee der Einheit); 4. die Tendenz, die Objektivität der Welt als Hindernis für ihre Beherrschung zu liquidieren und durch die „Vorstellung vom Gegebenen als von einem Chaos“ zu ersetzen, das alsdann beliebig formbar ist; 5. Tendenz zur „strengen Trennung von Subjekt und Objekt“, motiviert durch die Suche nach dem „Ding an sich“. — Das Resultat der streckenweise stichhaltigen Darstellungen ist denkbar dürftig: „Der rationale Begriff erwies sich gegenüber dem ursprünglichen rezeptiven Denken als bestimmendes Denken. Das Vermögen der Bestimmung erstand überall dort, wo Auffassen und Handeln aus der Zerstreung, aus der Hingabe an das Gesamtgemeinschafts- oder gattungseigener Werte auf spezielle, durch Anlagen, Fähigkeiten gestärkte, sachgerichtete Interessen sich sammelte“ (83). Diese Dürftigkeit erklärt sich daraus, daß der Autor sich seine Arbeit zu leicht machte. Nicht aus dem Himmel des reinen Denkens läßt sich die Naturbeherrschung deduzieren, was selber ein rationalistisches Verfahren ist, sondern aus der Geschichte des „Stoffwechsels der vergesellschafteten Menschen mit der Natur“ (Marx) wären die „reinen Denkformen“ aufzuklären gewesen. Mangels historisch-materialistischer Substanz bleibt dem Autor nur das idealtypische Verfahren, wobei er die Kriterien, statt sie der Sache zu entnehmen, nur von seinem eigenen Einfühlungsvermögen entlehnen kann. Zwecksetzung und Ökonomie der Naturbeherrschung kommen kaum in den Blick. Dadurch wiederholt sich, was Schüling richtig als Konsequenz in der Geistesgeschichte nachzeichnet: Vernunft und Bewußtsein werden zum „irrationalen Medium“ (vgl. 49). Ursprung der Industriegesellschaft wird so eine Art geometrischer Ordnungstrieb in der Natur des Menschen. Selbst im Geld erblickt

der Autor nur das mathematische Ideal der Recheneinheit. Der typologische Zugang treibt überall das Widersprüchliche einer Sache auseinander in den platten Gegensatz zweier Typen. Auf der einen Seite fällt „ursprüngliche Gemeinschaft“ und „rezeptives Denken“ heraus, die es so eindeutig ebensowenig je gegeben hat wie die reine Rationalität andererseits. Weil die Seite der Notwendigkeiten weggelassen ist, scheint die Naturbeherrschung — die im übrigen viel zu einseitig als willkürliche Herrschaft über die Dinge konzipiert wird; sie ist ebenso Antwort der Menschen auf die Naturherrschaft der Dinge, also Befreiung von den Naturzwängen — als Auswirkung eines gleichsam neurotischen Systemzwanges. Die darin aufscheinende destruktive Irrationalität der Ratio selbst ist historisches Ergebnis der „Dialektik der Aufklärung“ — die Untersuchungen Horkheimers und Adornos sind Schüling offenbar unbekannt — und hätte die Darstellung des Gegenstandes der vorliegenden Schrift bestimmen müssen. — An einer entscheidenden Stelle durchbricht Schüling die wertfreie Immanenz seiner Abhandlung: nämlich dort, wo die Rede auf den Sozialismus kommt. Richtig sieht Verfasser zwar, daß der Sozialismus der einzig legitime Erbe des rationalen Denkens ist. Im Namen eines organischen Ganzheitsdenkens, dem selbst der Liberalismus verdächtig ist, wird jetzt das „Konstruktive, Willkürliche und Gewaltsame der Rationalisierung“ (40) verurteilt. Dies zeige sich „z. B. darin, daß eine totale Angleichung der Eigentumsverhältnisse“ — Schüling unterschlägt: an Produktionsmitteln — „und Dingverfügungen, Verstaatlichung und Planung der Wirtschaft durch betriebsfremde Parteifunktionäre unproduktiver und selbst für den Arbeiter nachteiliger ist als die Wahrung der freien Initiative des Unternehmers in bestimmten Grenzen zusammen mit Mitbestimmungsrechten des Arbeitnehmers, die beschränkt sind auf den Betrieb, in dem er tätig ist“ (41). So endet das hochgestochene reine Denken, trotz vieler brauchbarer Ansätze, im ganz vordergründigen Ungefähr des Hörensagens. Wolfgang Fritz Haug (Berlin)

Barth, Hans: Wahrheit und Ideologie. 2. erweiterte Auflage, Eugen Rentsch Verlag, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1961 (328 S., Ln., 20,— DM).

Dieses Buch bedarf keiner Empfehlung mehr. Seit es 1945 zuerst erschien — die neue Auflage ist um die wichtige Abhandlung „Die Idee der Selbstentfremdung bei Rousseau“ erweitert — hat es sich als ein Werk erwiesen, dessen Lektüre unumgänglich wird, wenn man sich über die Geschichte des Ideologiebegriffs unterrichten will. — Im alltäglichen Sprachgebrauch hat das Wort ‚Ideologie‘ eine schillernde Bedeutung angenommen: sie reicht von der Verdächtigung jeglicher theoretischer Arbeit als interessengebunden über die Rede vom ‚Jenseits der Ideologien‘ zur Ideologie des nachideologischen Zeitalters, um zu schweigen von jenen parafaschistischen Vorstellungen, die dem ‚Westen‘ eine Ideologie verpassen wollen. Demgegenüber scheint eine Darstellung der Geschichte des Begriffs umso

sinnvoller zu sein, als Ideologie ja gerade das Verhältnis von Denken und gesellschaftlich-geschichtlicher Wirklichkeit meint.

Antoine Destutt de Tracy, von dessen „*Eléments d'Idéologie*“ (1801) sich der Begriff herleitet, konzipierte seine ‚science des idées‘ als philosophische Grundwissenschaft, die eine umfassende Reduktion des Denkens auf die Sinne in praktischer Absicht beinhaltet. Destutt de Tracys kritische Bedingungsanalyse knüpft an Locke und Condillac an, führt letztlich Bacons erkenntnispsychologische Lehre von den *Idola* zur Konsequenz in einer positivistisch-sensualistischen Theorie des nachrevolutionären Liberalismus. Es waren denn auch weniger die Weltfremdheit und die ‚finstere Metaphysik‘, die sich die Verfolgung durch Napoleon Bonaparte zuzogen, als vielmehr die reformerischen und pädagogischen Bemühungen der ‚*école des idéologues*‘. Es ist paradox und weist zugleich auf die vielfältigen Wandlungen hin, die der Ideologiebegriff erfahren hat, daß Bonaparte das Wort zuerst mit negativem Akzent versah und, unter dem Vorwand der Unangemessenheit von Denken und Gesellschaft, Denken selbst denunzierte, weil es praktisch wurde. Indem der bonapartistische Staat auf positiver Religion fundiert wurde, Chateaubriand und Bonald mit Napoleon Frieden schlossen und die Restauration in Europa Einzug hielt, konnte Marx an eine Tendenz anknüpfen, die schon vor Destutt de Tracy über Bacons erkenntnispsychologische Kritik hinausgegangen war: an Helvetius‘ und Holbachs sozialkritische Theorie vom Priestertrug. Als erster Schritt war wieder eine Kritik der Religion notwendig geworden. Rousseau lehrte, der Mensch sei von Natur aus gut, die Gesellschaft schlecht, Bonald setzte dem entgegen: „*Nous sommes mauvais par nature, bons par la société.*“ Erst Marx konnte diesen Gegensatz überwinden, weil er materialistisch die Begriffe Mensch, Gesellschaft und Natur als dialektische Momente einer Totalität faßt. Er geht über Psychologie, Religion und Ethik hinaus und entwickelt einen objektiven Ideologiebegriff. Für ihn ist Ideologie nicht mehr ein durch Vorurteile getrübbtes Denken, falsches Bewußtsein verdankt sich nicht subjektiver Willkür oder intellektuellem Unvermögen, sondern ist notwendig, Ausdruck und Rechtfertigung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse. Mit Lukács kann man von einer „doppelten dialektischen Bestimmung des ‚falschen Bewußtseins‘“ sprechen: es ist subjektiv, von der gesellschaftlichen Lage her verständlich, ‚richtiges‘ und gleichzeitig objektiv, das Wesen des gesellschaftlichen Prozesses verfehlend, ‚falsches‘; andererseits verfehlt es als subjektives seine eigenen Ziele und ist zugleich Vollstrecker objektiver Tendenzen.

Barth stellt die Geschichte des Ideologiebegriffs bis Marx, Schopenhauer und Nietzsche klar und übersichtlich dar. Seine Arbeit beruht auf umfassender Quellenkenntnis. Eine gediegene Sprache scheint der Darstellung zugute zu kommen. Allein, jene altliberale Art, die mit Begriffen wie Vertrauen, Bindung, sittliche Haltung und Ordnung umgeht, als lebte Wilhelm Tell mitten unter uns, und die die wahrlich merkwürdige Geschichte der Schweiz ins allgemeine

hypostasiert, zeigt an einigen zentralen Passagen über Marx deutlich die Grenzen ihres Verständnisses. Nach dem Verfasser verfällt Marx „wie Hegel der Hypostasierung realer Kräfte und Institutionen.“ (179) Diesen Vorwurf muß man wohl eher dem Verfasser machen, schreibt er doch: „Der Grundfehler liegt [. . .] darin, daß Marx mit der lebensnotwendigen Entäußerung des Menschen in der Arbeit und mit der ebenso notwendigen Teilung der Arbeit sogleich die gegen den Menschen sich richtende, feindliche soziale Macht entstehen läßt. Es erhalten daher der Staat und die hierarchische Ordnung in einer Gesellschaft [. . .] ein negatives Vorzeichen. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß sowohl die Selbstentfremdung als auch die Arbeitsteilung von den Menschen — mindestens partiell — bejaht werden“ (181). — Einer dritten Auflage sollte eine Bibliographie der Quellen, sowie ein Sach- und Personenregister zugefügt werden.

Hans-Peter Gente (Berlin)

Lenz, Georg (Hrsg.): Deutsches Staatsdenken im 18. Jahrhundert. Bd. 23: *Politica*, Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, hrsg. v. Wilh. Hennis u. Hans Maier. Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin (West) 1965 (434 S., Ln., 36,— DM).

Der markante Titel verhält sich merkwürdig zum Inhalt. Er verhüllt, was doch die Mehrzahl der zusammengestellten Texte offen verraten oder wenigstens verdruckst manifestieren, daß Denken und Staat im Zustand der Unfreiheit Gefesselte sind. Zumal ‚deutsch‘ ist für weite Strecken des zugrundegelegten Zeitraumes ein Wort für Misere. Bücherverbrennungen, vieljährige Haft für Politiker und Schriftsteller, die nie mit einem regulären Gericht konfrontiert worden sind, Ausweisungen, ökonomischer Ruin auch nur der zaghaftesten Freidenker, schufen Bedingungen, unter denen kaum frei gedacht, schon gar nicht aber unzensiert veröffentlicht werden konnte. Desto unbestrittener war der untergründige Einfluß vor allem englischer, niederländischer und französischer Autoren. Der Herausgeber des vorliegenden Auswahlbandes hat, vielleicht ohne es zu wissen, durch Auswahl und Kommentare das verheerende Übergewicht der Staatsmacht über die Vernunft der Untertanen einfach einmal mehr reproduziert. Nicht nur serviert er die Umwege und Zugeständnisse, mit denen die zu Wort kommenden Autoren sich notgedrungen vorsichtig gegen die Zensur absicherten, als deren unverstellte Meinung. Nicht nur übernimmt er also kritiklos die Tarnung, statt dem in ihr Verborgenen ans Licht zu verhelfen. Er perpetuiert auch viele Urteile der absolutistischen Staatsmacht über den Geist, indem er die ehemals unterdrückten Autoren in der Auswahl ein weiteres Mal nicht zu Wort kommen läßt. Unterschlagen werden etwa die wenigen erhaltenen Schriften der spinozistischen Linken vom Anfang des 18. Jahrhunderts. Unerwähnt bleibt Friedrich Wilhelm Stosch, an dessen Buch der Henker 1694 auf dem Berliner Schloßplatz das Autodafé vollzog. Vergessen bleibt Theodor

Ludwig Lau, der wegen seiner „Meditationen über Gott, Welt und Mensch“ 1717 aus Frankfurt am Main ausgewiesen wurde, welches behördliche Vorgehen Thomasius in einem juristischen Gutachten rechtfertigte. Gegen die harte Notwendigkeit des Staats setzt Lau die Utopie einer herrschaftslosen Natur (*sine rege, lege, grege*), „ohne einen Begriff von Sünde und Laster“. Neben Johann Georg Wächter, der 1704 die Ursprünge des Naturrechts „mathematisch“ zu demonstrieren versucht hat, unterschlägt der Herausgeber auch den witzigen Unruhestifter Matthias Knutzen, der unter dem Pseudonym „Hanns Friedrich von Vernunft“ und im Namen der Vernunft — „doch nicht eines, welcher vielleicht rasen kann, sondern vieler, mit dem Gewissen vereinigt“ — propagierte, Priester, Obrigkeiten, Richter solle man „aus der Welt jagen“, dafür solle man überall Schulen errichten und ihre Lehrer gut besolden, denn diese „machten durch ihre Zucht aus wilden Tieren Menschen“. Knutzen verwarf nicht nur die Bibel in ihrem Anspruch, göttliche Offenbarung zu sein, er entnahm ihr auch Kriterien der Sozialkritik. Es dürfe nämlich der Heiligen Schrift zufolge keine Herrscher geben, denn nach Gen. I, 26 heiße es nur, „herrschet über die Fische des Meeres“, nicht aber „herrschet über die Menschen“. Es sei aber dahin gekommen, „daß die gute redliche, aber arme Handwerksleute und Bauren aller Art der Obrigkeit, als den geldsüchtigen Felixbrüdern (Apostelgesch. 24; 36) ingleichen den Priestern ihren sauren Schweiß und Blut hingeben müssen“¹. Neben der radikalen Linken — auch die deutschen Jakobiner kommen im wesentlichen nicht zu Wort — unterschlägt der Herausgeber aber auch eine so gedämpft fortschrittliche Stimme wie die Lessings, der in den Gesprächen von „Ernst und Falk“ eine politische Ethik entwickelt, die dem Ideal der Gleichheit dienen und helfen soll, die „Trennung, welche Staat und Staaten unter den Menschen notwendig machen müssen, durch sich und in sich wieder zu vereinigen“².

In fünf Kapiteln (1. Der christliche Staat; 2. Der fürstliche Absolutismus; 3. Der aufgeklärte Absolutismus; 4. Staatsrecht und Naturrecht; 5. Anfänge des Liberalismus) umfaßt der Band in nicht immer klar erkennbarem Ordnungsprinzip Text von sehr unterschiedlichem Gewicht. Fast alle tragen sie den Stempel der Unfreiheit, nicht wenige scheinen ihn zu ihrer Handschrift gemacht zu haben. Insofern ist dieser Band unfreiwilligerweise dennoch aussagekräftig geworden: als Dokumentarband zur Vorgeschichte des Untertanengeistes, der zwei Jahrhunderte später immer noch die geforderte Staatsgesinnung ist.

Das dem Band angefügte Literaturverzeichnis ist lückenhaft. Es fehlt etwa der Verweis auf den von Maihofer herausgegebenen Band über „Naturrecht und Rechtspositivismus“ (1962). Es fehlt vor allem das großartige Buch von Bloch über „Naturrecht und menschliche Würde“ (1961).

Wolfgang Fritz Haug (Berlin)

1 Sämtliche Angaben und Zitate entnehme ich der Berliner Dissertation von Leo Bäck (1895).

2 G. E. Lessing, Ernst und Falk, 3. Gespräch.

Pawek, Karl: Das optische Zeitalter. Grundzüge einer Epoche. Walter-Verlag, Olten und Freiburg im Breisgau 1963 336 S., Papb., 9,80 DM).

Pawek glaubt, aus der überwältigenden Fülle optischer Eindrücke, die in unserer Zeit den Menschen bedrängen, auf das unterschwellige Entstehen einer neuen Epoche schließen zu müssen. Das „Zeitalter der Vernunft“ werde vom „optischen Zeitalter“ abgelöst. „Epoche“ definiert Verfasser ganz irrational: „Seit hundert Jahren blicken die Menschen voll Neid auf die Hochstile zurück. Sie beneiden die Zeiten, die aus der Epoche heraus einen Stil hatten, den sich niemand aussuchen konnte, zu dem man einfach genötigt wurde. Daß diese Nötigung nun schon so lange ausbleibt, erleben wir geradezu als eine Schande. (. . .) Es ist überhaupt ein merkwürdiges Gesetz des menschlichen Geistes, daß er für seine tiefgründigsten Akte eine Nötigung braucht.“ (301) Dieser Zwang geht, nach Pawek vom „Daseienden“ aus, wie es uns die Life-Photographie in einem nicht abreißen Strom von Eindrücken aufdrängt: „Die Wirkung des Life-Photos ist primär nicht eine ästhetische. Die Faszination geht bei ihm von der Besonderheit und der Eindringlichkeit des Gegenstandes aus. Am Life-Photo fesselt uns in erster Linie das Selbst des Gegenstandes, sein Ereignis, sein Phänomen, sein Dasein und nicht die Formalität des Bildes. Diese ist nur ein Mittel der Dokumentation, und sie wird uns bei der Aufdringlichkeit des Faktischen vorerst gar nicht bewußt. Was sich im Menschen beim Betrachten eines Photos heute vielmehr vordrängt, ist die neue Toleranz, die er dem Konkreten und dem Faktischen gegenüber ausübt, im Gegensatz zu seiner traditionellen intoleranten Begriffsbildung.“ (149/150) Solcherart gibt sich der Prototyp der neuen Epoche wollüstig-wehrlos den optischen Eindrücken wahllos hin, indem er entschlossen „der Schlachtbank der Begriffe“ (92) den Rücken kehrt, denn: „Er will an die blutige Wirklichkeit heran, an das ungeschminkte Ereignis;“ (152) zu dem ihm der Gesichtssinn verhilft; denn „Die Vernunft ist intolerant, das Auge ist tolerant. Die Vernunft entscheidet, was sein kann, das Auge aber sieht, was ist. Daher ist das Auge toleranter. Es läßt alles gelten, was es sieht.“ (231) Als Konsumenten sieht Pawek seine Neutoleranten um ein Kleines aggressiver: „Die Hüter der bisherigen geistigen Tradition wurden auf diese Weise überspielt. Und wer die neuen achtzig Prozent ansprechen wollte, tat gut daran, sich nicht der herkömmlichen Systembegriffe, der fachlichen Ausdrücke, der wissenschaftlichen Termini, der begrifflichen Distinktionen zu bedienen; die neuen Formen der Anschauung, die optischen Konfrontationen mit dem Konkreten waren da schon eher ein Mittel der Verständigung.“ (151/152) Neben der durchgängigen Vernunftfeindschaft zeichnet das Buch sich durch Universalität aus: in Religion, Wirtschaft, Naturwissenschaft und menschlicher Psyche entdeckt Pawek gleichermaßen die neue Epoche: „Tatsächlich wundert man sich heute oft darüber, daß man mit Menschen, (. . .), eine fast geschlossene geistige Gemeinsamkeit besitzt, (. . .), obwohl man sich vielleicht zum

erstenmal im Leben getroffen hat.“ (245) Für diese „Einheit im Geiste“ bezieht sich Pawek mehrmals auf „Pierre Teilhard de Chardin, der eine weitere Entwicklung des Menschen zu einem Ultramenschen annimmt, der Meinung ist, daß die Menschheit dann ihr Ende erreichen wird, wenn sie . . . ihre Glieder durch einen letzten, alle umfassenden Denkkakt zu einer gemeinsamen Idee . . . bekehrt haben wird“ (242).

Walter Krauss (Stuttgart)

Walser, Martin: Beschreibung einer Form. Versuch über Franz Kafka. Carl Hanser Verlag, München 1963 (156 S., Papp., 10,50 DM).

Interpretation der Dichtungen Kafkas von der Form, der Sprache, der Komposition her, nicht spekulieren über Gnade und Gericht, sondern „Türen und Fenster zählen und feststellen, welche Figuren Zylinder und welche Bärte tragen und warum Kafka so häufig ‚allerdings‘ gebraucht“, nicht das Werk Kafkas als Anlaß zu einem „kulturkritischen Ausflug“ mißbrauchen, sondern lediglich „den Bestand an Auffallendem, Wiederkehrendem, Typischem“ registrieren, — so umschreibt der Verfasser die Absicht seines „Versuchs“, für dessen Methode er sich auf Wilhelm Emrich beruft (129 f.). — Gegenstand der Untersuchung sind die Romane Kafkas: „Amerika“, „Prozeß“, „Schloß“. Sie sind alle, wie Walser in gewissenhafter Textanalyse herausarbeitet, von gleicher Struktur: Immer handelt es sich um zwei Ordnungen, die gegeneinanderstehen. Auf der einen Seite die K.s (womit die „Helden“ der drei Romane: Karl Roßmann, Josef K. und K. gemeint sind), auf der anderen Seite deren „Gegenwelt“, auch „organisierte Welt“ genannt. Die Tendenz der Gegenwelt geht dahin, die Ordnung der K.s aufzuheben. Daher sehen diese sich gezwungen, ihre Existenz fortwährend zu behaupten. In dem unendlichen Widerspruch von Aufhebung und Behauptung besteht nach Walser das eigentliche Geschehen der Romane Kafkas, das keine Entwicklung, keinen Fortschritt mehr zuläßt, sondern nur noch die „variierte Wiederholung eines Vorgangs“ (127). Um existieren zu können, müssen die K.s die Gegenordnung stören, an wirklichen Widerstand ist dagegen nicht zu denken, da die organisierte Welt vor jedem Angriff ins Unübersehbare ausweicht (Modus der „Entfernung“). Aber andererseits gelingt es der Gegenwelt auch nicht, die Welt der K.s aufzuheben: Beide Ordnungen sind aufeinander angewiesen, bedingen einander — und zwar aus keinem anderen Grunde, als weil die Werke Kafkas nun einmal auf diesen Widerstreit hin angelegt sind. Ein Ende ist nicht abzusehen. Die Frage ist jedoch, „wie lange es ein Mensch ertragen kann, seine Existenzbehauptung immerfort aufgehoben zu sehen“ (103). Von dieser Kafkaschen Weltordnung, die in ihren Formeln und Traditionen so fest gegründet scheint, die aber die merkwürdige Tendenz hat, die Existenz ihrer eigenen Mitglieder zu untergraben, kann nach Walser deshalb nichts Näheres ausgesagt

werden, weil die K.s und somit auch Kafka, der „den Gesichtspunkt der Perspektive seines Erzählens in den Helden legt“ (22), den wirklichen Zusammenhang nicht durchschauen. Die sichtbare Gegenständlichkeit der Kaffkaschen Welt ist reduziert. Sein „Sehen“ erzeugt keine Vorstellung, die dem gesehenen Gegenstand adäquat wäre. Je mangelhafter er sieht, um so mehr muß er deuten. So wird das Sehen zum bloß noch subjektiven Eindruck. Wörtlich: „. . . das direkte Sehen ist zu einem ‚modo obliquo‘, zu einem bedingten, nur noch dem Subjekt verpflichteten Sehen geworden“ (25). Das „Innere“ der Figuren bleibt ihm verschlossen, nur noch „Bewegung“, „Kontur“, „Fassade“ ist wahrzunehmen. Allein durch ihre Funktion, durch ihre Beziehung auf die K.s, sind die Personen charakterisiert. — Die „extensive Gesellschaft als bezeichnender und durch ihre Ordnung einordnender Rahmen (115) verschwindet damit aus dem Blickfeld. Durch „solipsistische Reduktion“ von der „vorhandenen Welt“ wird das Werk Kafkas „nahezu gegenstandslos“. Die Welt in Kafkas Romanen ist nicht die Repräsentation einer empirischen Totalität, sondern eine „geschaffene Welt“, sie hat es nur mit der Existenz des einzelnen Helden zu tun. Ich und Welt werden identisch: In der „reinen Geschaffenheit“ der Dichtung Kafkas erweitern sich die Grenzen des Ich zu den Grenzen der Welt (116). Sein „autonomes Formvermögen“ befähigt den Dichter jedoch, seiner individuellen Welt „von ihm unabhängiges, objektives Sein“ zu verleihen. Die gegenstandslose „intensive Totalität“, die dadurch entsteht, ist mit gleichem Recht episch zu nennen, wie die gegenständliche „extensive Totalität“ Homers. Entgegen der Ansicht von Georg Lukács, auf dessen „Theorie des Romans“ er sich bezieht, glaubt Walser sagen zu dürfen, daß auch eine Subjektivität, die — mit den Worten des frühen Lukács —: ‚weit abgetrennt von Leben und Empirie, in der reinen Höhe der Wesenhaftigkeit thront‘, daß auch das ‚abgetrennte Individuum‘ epische Dichtung vollbringen könne. Den Beweis dazu habe Kafka in seinen sogenannten Romanen erbracht (116). — Der Sinn eines solchermaßen von der Wirklichkeit abgelösten Geschehens besteht für den Leser gerade in seiner Sinnlosigkeit, bzw. der Sinn bleibt immanent, weist nicht über die geschaffene Welt hinaus. So sind z. B. die Behörden nur für die K.s geschaffen, ganz formal, als Gegenordnung. Man kann daher die Werke Kafkas nur verstehen, wenn man sie sich „sozusagen vom Leibe“ hält, wenn man „lediglich als Zuschauer das Spiel und Widerspiel der Parteien“ beobachtet. Und es ist sehr darauf zu achten, daß man sich nicht mit der einen Partei mehr einläßt als mit der anderen, „auch nicht mit den ‚Helden““ (130). — Die — angeblich von Kafka erst in seinen Werken geschaffene — Wirklichkeit wird von Walser mehrmals als „organisierte Welt“ bezeichnet. Dieser Begriff gehört zum Reservoir der konservativen „Kulturkritik“, wonach nicht der Widerspruch zwischen dem Fortschritt der Produktion in der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer anachronistischen und daher unvernünftigen und inhumanen Organisation zu bemängeln wäre, sondern Organisation, Technik, Industrie schlechthin, die die Existenz des Einzelnen heute

bedingen, und gleichzeitig „aufzuheben“ drohen. Da menschliche Existenz in alle Ewigkeit ohne Verwaltung, ohne Organisation nicht mehr zu denken ist, muß der Widerstreit der beiden „Ordnungen“ allerdings als unendlich und unaufhebbar erscheinen. Sollte es dagegen wahr sein, daß die Inhumanität der bürgerlichen Ordnung nur in der Unvernunft und dem Unrecht ihrer besonderen Organisation ihren Grund hat, so ist diese Besonderheit auch prinzipiell aufhebbar. Und der kritische Leser wird deshalb an den Dichtungen Kafkas gerade die exakt naturalistische Beobachtung der Symptome unserer Wirklichkeit zu schätzen wissen, freilich auch die von Walser zu überzeugend herausgearbeitete Unfähigkeit der „K.s“ und ihres Autors, durch die „Fassade“ zu den inneren Beweggründen vorzudringen, nicht übersehen. Er wird in den Helden der drei Romane u. a. auch den Intellektuellen gespiegelt sehen, der, um seine nonkonformistische Existenz zu „behaupten“, die bestehende Ordnung leider „stören“ muß, der auf wirklichen Widerstand allerdings längst verzichtet hat, da er weiß, daß alle seine Bestrebungen — sofern er nur das bürgerliche Gesetzbuch respektiert — ins Leere verlaufen, „weil der Gegner sich als Ziel entzieht“ (77). Es erscheint von daher durchaus als konsequent, auf „kulturkritische Ausflüge“ zu verzichten und das „Spiel der Ordnungen“ (94) lediglich noch zu „beobachten“. Wie scharfsinnig und erhellend eine solche „Beobachtung“ der Formen sein kann, wenn man nur den beiseite gelassenen undurchschauten Inhalt stillschweigend ergänzt, dafür ist Walsers präzise-nüchterner „Versuch über Kafka“ ein lesenswertes Exempel.

Friedrich Tomberg (Karlsruhe)

II. Soziologie

Klofáč, J. und V. Tlustý: Empirische Soziologie. Kurzer Abriss der modernen bürgerlichen empirischen Soziologie. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (Ost) 1964 (220 S., kart., 9,50 DM).

Mit Wirkung vom 1. Januar 1963 wurde die „Sektion Soziologie in der Vereinigung der philosophischen Institutionen der DDR“ in die Internationale Soziologengesellschaft aufgenommen. Im folgenden Jahr erschien die deutsche Übersetzung der 1959 in Prag verfaßten Auseinandersetzung mit der bürgerlichen empirischen Soziologie. Die deutsche Ausgabe wurde zum Teil umgearbeitet — Streichung des Teils über Techniken der empirischen Sozialforschung und Erweiterung im Kapitel der „Theoretischen Konzeptionen“.

Trotz des manchmal schwer erträglichen Jargons und trotz einer gewissen Stereotypisierung der Kritik ist das Buch empfehlenswert. Es bringt eine knappe, dennoch sehr informative und gut lesbare Darstellung des soziologischen Denkens der westlichen Welt und eignet sich durchaus als Handbuch für Studienanfänger. Nach einer

Auseinandersetzung mit der „spekulativen Soziologie“ gibt es in erschöpfendem Maße Auskunft über die meisten der heute üblichen „Bindestrichsoziologien“. Über: Bevölkerungstheorie, Sozialökologie und Gruppensoziologie. Über die „Theorien der ‚neuen Mittelklasse‘“, Soziologie der Familie und der Politik, über Kulturosoziologie und Sozialpsychologie, Meinungsforschung, Neopositivismus, Soziometrie, Mikrosoziologie und anderes mehr. Durchweg soll gezeigt werden, daß jede Soziologie, die nicht auf einer Analyse der Produktionsverhältnisse basiert, wissenschaftlich notwendig versagen und politisch zum Herrschaftsinstrument verkommen muß. Bestenfalls erkläre eine Theorie die Folgen der ökonomischen Beziehungen — wie z. B. die Ökologie „die räumliche Verteilung der Menschen, die in der Klassengesellschaft letztlich durch die Klassenteilung bestimmt ist, zur Ursache anderer Folgen“ (52). — Der deutschen Ausgabe des Buches wurde ein aus der DDR stammender, von Günther Bohring verfaßter Exkurs über „Die Situation der empirischen Soziologie in Westdeutschland“ angefügt. Der Autor begnügt sich mit bekannter austauschbarer Phraseologie. Theorien und Methoden, die er solcherart ablehnt, vorher darzustellen, sodaß auch dem Leser die angebliche Widersinnigkeit einigermaßen einleuchtet, macht ihm offenbar zuviel Mühe. Um Max Weber als „reaktionär“ abzuurteilen reicht z. B. folgender Satz: „Auch die umfangreichen Erhebungen, die der Verein (für Sozialpolitik) insbesondere unter Leitung von Max Weber vornehmen ließ, standen letztlich im Zeichen der Verteidigung der kapitalistischen Ordnung gegen das revolutionäre Gedankengut der marxistischen Arbeiterbewegung“ (197).

Frigga Haug (Berlin)

Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Die Zeit Bücher, Nannen Verlag, Hamburg 1965 (155 S., kart., 7,80 DM).

Dahrendorf hat dieses Buch in der Absicht geschrieben, „verbreitete Thesen (zur Bildungspolitik — der Verf.) auf ihre Folgerichtigkeit und ihre Haltbarkeit zu prüfen, Schlagworte in Argumente zu verwandeln oder als leere Vorurteile zu enthüllen, (und) auf diese Weise ein mögliches Programm von innerer Konsequenz und erhärtetem Sinn zu entwickeln“ (7). Keine leichte Aufgabe also für eine Schrift von 155 Seiten. Entsprechend dem Programm setzt sich Dahrendorf ausführlich mit den Argumenten für eine Schulreform auseinander und stellt ihnen seine eigene Begründung entgegen. Sodann zeigt er die Ursachen der bundesrepublikanischen Bildungsmisere auf und macht Vorschläge für eine Bildungsreform.

Den allgemeinen Vorschlägen Dahrendorfs kann man weitgehend zustimmen: eine umfassende Reform und Expansion des Bildungswesens ist dringend notwendig, und diese Reform muß das gesamte Bildungssystem gleichzeitig umfassen, Grundschule, Gymnasium, Berufsschule und Hochschule. Beängstigend ist allerdings die Radikalität Dahrendorfs, denn er hält nicht nur eine radikale Bildungs-

reform für notwendig, er fordert nicht nur „das Zerbrechen aller ungefragten Bindungen“ (24), sondern er will gleichzeitig den Schritt tun „in eine moderne Welt aufgeklärter Rationalität“ (24) und den „Modernitätsrückstand der deutschen Gesellschaft“ (76) beseitigen.

Warum sollen nun diese umfassenden, grundlegenden Reformen durchgeführt werden? Dahrendorf sieht die Notwendigkeit für eine Änderung nicht wie Edding, Picht u. a. in der „Entwicklung der Gesellschaft“ vor allem der wirtschaftlichen Entwicklung, er hält die Argumentation mit dem „wachsenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften“ oder an Lehrern (Picht) für ebenso schwach wie den internationalen Vergleich, denn beide unterschätzen „die Elastizität aller sozialen Phänomene“ (19), die überall überzeugende Bedarfs-Prognosen verbietet (20). „Die überzeugende Begründung einer aktiven Bildungspolitik kann . . . nur in Anknüpfung an den Gedanken eines Bürgerrechts auf Bildung erfolgen“ (22). Sie ist „weder mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten, noch mit Prestige-Konkurrenz zu begründen“, sondern „allein durch die Sorge um den Bestand der inneren Ordnung moderner Liberalität“ (151).

Die Argumentation mit Bürger- und Freiheitsrechten ist zwar sehr ehrenwert, es ist nur nicht ganz einsichtig, warum sie in einer Zeit, wo die Mächtigen im Staate alles versuchen, um durch Notstandsgesetze die Möglichkeit zur Beseitigung bestehender Grundrechte zu schaffen, so durchschlagend sein soll.

Dahrendorfs Abneigung gegen einen „Soziologismus“, d. h. gegen eine soziologische Argumentation läßt ihn auch die Ursachen unseres Bildungsrückstandes ausschließlich im Bewußtsein einiger Bevölkerungsschichten suchen; der „fortwirkende Traditionalismus der Unmündigkeit“ (65), die Distanz von den Bildungseinrichtungen und die „Feindschaft gegen Bildung und Schule“ (76) sind die Hauptursachen. Da niemand an dem mangelhaften Zustand unseres Bildungswesens interessiert sein kann und niemand eigentlich daran schuld ist, sind „die Ziele der Bildungspolitik . . . eindeutig“ (142).

Dahrendorfs Abstinenz von sozialwissenschaftlicher Analyse der Ursachen läßt Phänomene wie bestehende Bildungsprivilegien und ihre Verteidigung, oder mögliches gesellschaftliches Interesse an einem undemokratischen Bildungssystem außer Betracht. Die Ursachen reaktionärer Haltung reduzieren sich auf die Verbohrtheit von Philologen-Verbands-Funktionären.

Die Mittel, die zur Beseitigung des Bildungsnotstandes vorgeschlagen werden, entsprechen den von Dahrendorf konstatierten Ursachen: „Es ist zunächst völlig hinreichend bei den Eltern als einzelnen und als soziale Kategorie anzusetzen“ (81), um die revolutionäre Wandlung in Gang zu bringen. Dahrendorf sieht drei mögliche Ansätze: „Die Motivierung der Eltern, die Aktivierung der Verwaltungen und die Weckung von Initiativen der Bildungseinrichtungen selbst.“ (132) Entgegen seinen „revolutionären“ Zielvorstellungen will Dahrendorf am Bildungssystem selbst prinzipiell nichts ändern, er will „keine gewaltsamen Eingriffe“ (133). Maßnahmen wie das Hessische Hochschulgesetz hält er für verfehlt, „weil sie die Elasti-

zität der Objekte der Reform, der Hochschulen, und die Bereitschaft ihrer Träger, die Reformen zu befördern, unterschätzt habe“ (130).

Von Planung hält Dahrendorf nicht viel, denn ihr Versuch, „den Markt durch den Plan, also das Vertrauen auf die Ungewißheit durch den Anspruch auf Gewißheit zu ersetzen“ (142) führt in die „moderne Unfreiheit“ und eine „moderne freie Gesellschaft vertraut dem Markt, dem freien Spiel der Kräfte“ (142). Daß dieses Vertrauen in den Markt gerade die Ursache unserer Bildungsmisere ist, hat selbst ein so konservativer Bildungspolitiker wie MdB Martin (CDU) schon erkannt. Dahrendorfs Vorschläge sollen auch keineswegs ein „Plädoyer für soziale Gleichheit“ sein, denn sein Freiheitsbegriff verlangt „eine Gesellschaft, die der Ungleichheit weiten Raum gibt“ (26). Unerfindlich bleibt so im Grunde, warum Dahrendorf das neue Bürgerrecht auf Bildung einführen will, wenn er das gute alte bürgerliche Bürgerrecht auf Gleichheit negiert. Wie er in einer „Gesellschaft, die der Ungleichheit weiten Raum gibt“, eine „moderne Welt aufgeklärter Rationalität“ (24) erreichen will, bleibt ebenfalls das Geheimnis einer „modernen“ Soziologie.

Rolf Schmiederer (Marburg)

Weiler, Hans N. (Hrsg.): Erziehung und Politik in Nigeria. Education and Politics in Nigeria. Verlag Rombach, Freiburg im Breisgau 1964 (294 S., Ln., 36,— DM).

Der von H. Weiler in der Reihe Freiburger Studien zur Politik und Soziologie herausgegebene Sammelband stellt einen begrüßenswerten Versuch dar, das Problem der Erziehung in einem Entwicklungsland während und nach der Kolonialzeit von verschiedenen Seiten zu beleuchten. Es ist erfreulich, daß von deutscher Seite einmal die Initiative ergriffen wurde, Autoren anderer Länder zur Mitarbeit heranzuziehen und das zweisprachige Buch sowohl dem deutschen als auch dem englisch sprechenden Leserkreis zugänglich zu machen. Auch die Wahl Nigerias für eine solche Studie erweist sich als günstig, finden sich doch hier aufgrund der starken ethnischen Gliederung fast alle Stadien, die das moderne Erziehungswesen in Entwicklungsländern zu durchlaufen pflegt.

Das Buch enthält acht Beiträge, zwei von deutschen und sechs von englischen und amerikanischen Autoren, ergänzt durch statistisches Material und eine ausgewählte Bibliographie über Erziehung und Erziehungspolitik in Nigeria.

Phoebe und Simon Ottenbergs Artikel über „Erziehung und sozialer Wandel bei den Ibo Ostnigerias“ und Rachel Yelds Analyse der Probleme, die sich bei der „Frauen- und Mädchenerziehung im Kebbi-Emirat Nordnigeria“ stellen, zeichnen sich durch profunde Kenntnis der beiden Kulturen aus. Beide Autoren sind sich der grundlegenden neuen Funktion der Erziehung, die im Gegensatz zur traditionellen Form nicht erhalten, sondern auf neue soziale Bedingungen vorbereiten soll, wohl bewußt und versuchen, Vorschläge für eine Tradition

und Forderungen der Neuzeit verquickende Erziehungspolitik zu machen. Wie verschieden sich diese Probleme für die seit langem westlichen Einflüssen offenen Völker Südnigerias und die stark mohammedanisierten Hausa der Nordregion stellen, wird nicht nur aus den beiden genannten, sondern aus allen Beiträgen des Buches deutlich.

Diese Unterschiede wurden, wie H. Peets interessante und wohl-dokumentierte Analyse der „Rolle des Erziehungswesens in der englischen Kolonialpolitik in Nigeria“ zeigt, durch die englische Kolonialpolitik eher verschärft als vermindert. Wohlgemeinte Bestrebungen Lord Lugards u.a., die traditionelle Kultur zu erhalten, führten zu einer in vielem zwar fortschrittlichen, letztlich jedoch patriarchalistischen Erziehungspolitik, der der Vorwurf der Einsetzung der Erziehung als Instrument des Kolonialismus nicht erspart werden kann. Auch wenn A. Astrachan in seiner Besprechung in der offiziellen amerikanischen Zeitschrift „Africa Report“ (Febr. 1965) glaubt, Peets und Feuser vorwerfen zu können, daß sie die großen Verdienste Englands 1920 und 1930 übersehen, so ist doch jedem Leser der damaligen Schriften von Lugard über die englische Erziehungspolitik klar, daß recht handfeste Interessen der englischen Kolonialregierung, die schon damals von anderen Engländern kritisiert wurden, dahinterstanden.

Einen sehr guten Einblick in die Bedeutung, die der Erziehung in der modernen nigerianischen Politik beigemessen wird, liefern die Beiträge Feusers, Lewis' und O'Connells. Während Lewis einen allgemeinen Überblick über den derzeitigen Stand des gesamten Erziehungswesens in den drei Regionen und den auf der Grundlage des Ashby Reports in Aussicht genommenen Ausbau desselben gibt, konzentriert sich Feuser ausschließlich auf die Universitäten des Landes. Der Autor beschreibt die derzeit bestehenden Fakultäten, ihre Schwerpunktverteilungen und ihre Bemühungen, sich trotz der aus Autonomiebestrebungen der Regionen, Opportunismus und falsch gesetztem Prestige ergebenden Fehlplanungen zu Zentren unabhängiger Forschung zu entwickeln. Wie stark jedoch die politischen, z. T. tribalistischen Spannungen in die Universitäten hineinwirken, haben die Auseinandersetzungen an der Universität Lagos kürzlich erwiesen.

Father O'Connells Artikel über „Staat und Grundschulerziehung in Nigeria 1945—1960“ gibt einen guten Überblick über die Entwicklung in den einzelnen Regionen des Landes und zeigt schließlich die wirtschaftlichen und politischen Hintergründe auf, die zu dem überstürzten und deshalb nicht wenigen Rückschlägen ausgesetzten Grundschulausbau der Ost- und Westregion führten. Nicht die immer wieder geforderte Einbeziehung praktischer Fächer in den Lehrplan kann hier Abhilfe schaffen, sondern eine möglichst genaue Synchronisierung der Möglichkeiten des Arbeitsmarktes und der Ausbildungskapazität, worauf auch Post in seinem Artikel „Modernes Erziehungswesen und Politik in Nigeria“ hinweist. Smythes Beitrag über die Bildungsgrundlagen nigerianischer Poli-

tiker ist im Grunde nur eine etwas oberflächliche Zusammenfassung seines 1960 erschienenen Buches über die nigerianischen Eliten. Es ist bezeichnend, daß er von vornherein aus seiner Definition der politischen Elite Verwaltungsbeamte und Militärs ausschließt. Nicht nur die aktuellen Ereignisse in Nigeria, sondern auch theoretische Überlegungen wie die S. E. Finers über die politische Rolle des Militärs in Entwicklungsländern zeigen klar, wie einseitig eine solche Einengung des Begriffes ist.

Im ganzen ist das Ziel des Buches, die Beziehungen des Erziehungssystems zur politischen und wirtschaftlich-sozialen Struktur eines Entwicklungslandes unter verschiedenen Gesichtspunkten zu behandeln, erreicht worden. Leider stören Überschneidungen und Wiederholungen, sowie das Fehlen einer zusammenfassenden Analyse der etwas heterogenen Aspekte den Gesamteindruck. Das ist jedoch, worauf H. Weiler selbst hinweist, auf den plötzlichen Tod Prof. Bergsträbers, der diesen Band vorbereitet hatte, zurückzuführen.

Elisabeth Grohs (Leicester)

Neill, Alexander S.: *Erziehung in Summerhill*. Das revolutionäre Beispiel einer freien Schule. Szczesny Verlag, München 1965 (338 S., Ln., 22,50 DM).

„Erziehung in Summerhill“ ist ein Buch über ein Experiment, „die Schule kindergeeignet zu machen — nicht die Kinder schulegeeignet“. Neill berichtet über seine fast vierzigjährigen Erfahrungen in einem englischen Internat, das er 1921 gründete. Sein Grundsatz ist, Kinder in Freiheit aufwachsen zu lassen, eine Freiheit, die weder durch offene noch verkappte autoritative Maßnahmen Erwachsener beeinträchtigt wird und sich doch innerhalb selbstgewählter Spielregeln entfaltet.

Seine Schule besuchen Jungen und Mädchen zwischen fünf und sechzehn Jahren. Das übliche Schul- und Internatsreglement fehlt. Der Unterricht richtet sich nach dem Alter der Kinder, teilweise nach ihren besonderen Interessen, die Teilnahme ist freiwillig, Prüfungen im konventionellen Sinne gibt es nicht. Monatlanges, in einem Fall sogar jahrelanges Fernbleiben vom Unterricht gilt als Zeit der „Genesung“ von früheren Zwängen. Trotzdem wurde der zeitweilige Ausschluß vom Unterricht von den Kindern als zu harte Strafe verworfen. Die Regeln des Zusammenlebens werden von der Schulversammlung beschlossen, in der Lehrer und Schüler gleiches Stimmrecht haben — und die Lehrer wie der Leiter der Schule lassen es sich gefallen, überstimmt zu werden. Der Verzicht auf jede suggestive Beeinflussung zeigt sich auch darin, daß es in Summerhill weder Religionsunterricht noch eine sonstige ethische Unterweisung gibt; ebensowenig wird die Sexualität mit dem sonst üblichen Tabu umgeben, wenngleich die Verabsolutierung der Theorien Freuds an manchen Stellen etwas naiv wirkt.

Das Buch Neills ist weit mehr als ein Bericht über eine interessante Variante möglicher Internatserziehung. Mögen viele Züge

auch durch die besonderen Bedingungen einer kleinen Internatsschule und die Person ihres Leiters nicht übertragbar sein — und Neill will sich selbst nicht als Kündler einer alleingültigen Theorie verstanden wissen —, so werden doch Möglichkeiten einer freien Erziehung deutlich, die sich überall, in Familien und Schulen, realisieren lassen. Erich Fromm betont in seiner Einleitung, daß Neill einen Weg zeigt, nicht unverhüllte Machtausübung durch raffinierte Manipulation mit dem Anschein selbstgewählter Regeln zu ersetzen, sondern anstelle erzwungener Anpassung eigene Entscheidungen zu ermöglichen.

Neill glaubt daran, daß jedes Kind „gut“ ist und daß es die Schwierigkeiten der Eltern und seiner Umwelt sind, die es schwierig werden lassen. Sein Ziel ist, Kinder glücklich sein und mit Freude lernen zu lassen. Gegenseitige Anerkennung, Verzicht auf die vermeintlich geheiligte Autorität der Älteren, Eingehen auf die physischen und psychischen Fähigkeiten des Kindes, Geduld, ohne sich tyrannisieren zu lassen, dabei genaue Kenntnis dessen, was ein Kind an Verantwortung übernehmen kann, sind die wichtigsten Grundsätze seiner Erziehung. Neills Bericht ist ebenfalls geeignet, ein weitverbreitetes Vorurteil aufzulockern: daß Erziehung ohne Zwang zur Anarchie führe. Er zeigt vielmehr, daß diese durchaus mögliche Auswirkung eine psychisch oft sogar notwendige Reaktion ist, gewissermaßen das therapeutische Durchgangsstadium. Die Erfahrungen und Erfolge von Summerhill scheinen Neills Glauben zu bestätigen, daß Freiheit in der Erziehung möglich ist.

Helga Thomas (Berlin)

Granzow, Klaus: Tagebuch eines Hitlerjungen 1943 bis 1945. Carl Schünemann Verlag, Bremen 1965 (185 S., kart., 12,80 DM).

Dieses Tagebuch ist ein authentisches Dokument für die Betrachtung des Faschismus „von unten“ und für die Analyse dieser Perspektive. Der 16jährige Hitlerjunge ist Sohn eines evangelischen Großbauern aus Pommern, er besucht bis 1944 ein humanistisches Gymnasium und kommt dann über die Stationen H-J-Sommerlager mit paramilitärischer Ausbildung, Marinehelfer-Lehrgang, Offiziersvorbereitung für „Freiwillige“ und den Arbeitsdienst ‚automatisch‘ in den Krieg und in Gefangenschaft. — Das Tagebuch ist mit so vollständiger Offenheit geschrieben, daß seine Aussagen nicht nur für diesen sozialen Typ des Hitlerjungen Erklärungswert haben, sondern darüber hinaus von Bedeutung für eine ‚objektive‘ Faschismusanalyse sind: etwa für die Organisation des Reichsarbeitsdienstes, des Systems der vorzeitigen Schulentlassung mit der Verpflichtung, sich als ROB (Reserveoffiziersbewerber) zu melden, etc. Es wird z. B. „von unten“ beschrieben, wie schwer es war, sich der Verpflichtung zur SS zu entziehen, wenn man einmal im System der nationalsozialistischen Ausbildungsschulen ‚eingebaut‘ war: „Klaus Odefey und ich gehen dann sogleich nach draußen (= an die Front),

weil wir beide den Annahmeschein für das Heer als ROB's haben. Da dürfen sie uns nicht zur SS umschreiben. Die anderen aus unserer Stube haben noch bis morgen Zeit zum Überlegen. Dann werden sie wohl unterschreiben müssen" (32). D. h., daß der Autor allein auf Grund seiner Oberschulbildung (und dem damit verbundenen ROB-Schein) der Zwangsrekrutierung aus einem H-J-Sommerlager in die SS entging.

Das Tagebuch ist weiter ein Kompendium dafür, wie der NS-Kulturbetrieb von diesem Typ des gebildeten, evangelischen und familiär gebundenen Hitlerjungen aufgenommen wurde; der Autor notiert Schulaufsatz-Gliederungen, Lieder, Schlager, und setzt sich mit Filmen (z. B. „Ich klage an“), faschistischen und ‚Flüster‘-Witzen, mit dem 20. Juli und der Wunderwaffe auseinander. Er hat selbst schriftstellerische Ambitionen und versucht immer wieder, sich über den faschistischen Militär- und Kulturbetrieb lustig zu machen oder sie zu kritisieren. Das Maß, in dem ihm dies gelingt und die Mittel, die ihm dafür zur Verfügung stehen, zeigen zugleich die Grenzen auf, dieser Manipulation auf die Dauer zu widerstehen. Dabei hat dieser Junge, mit dem Faschismus aufgewachsen, noch die denkbar beste Basis für eine Reserve gegen den Faschismus erhalten: er ist gläubiger Protestant, in seiner Familie bekennt man sich noch zur Bekennenden Kirche, seine Beziehungen zur gesamten Familie sind befriedigend für ihn, seine Berufswünsche und Wunschträume liegen im ‚Geistigen‘, ohne daß er doch die inneren Werte gegen das ‚böse Außen‘ ausspielte; er ist auf keinen Fall ein autoritärer Charakter, vielmehr ein intelligenter und reflektierter, lieber Junge. Aber weil er zugleich unpolitisch ist und auch ein „rechter Junge“, will er „abwarten und Tee trinken“, freut er sich über einen „Bombenwitz“ und „Kugeln wie Haferflocken“, darf er „den alten Humor nicht verlieren“ und muß sich „ein deutscher Junge in einem anständigen Satz ausdrücken.“ Sein Sozialcharakter und seine individuellen Neigungen haben ihn davor bewahrt, ein Faschist zu werden. Er schreibt über seinen „schönsten Ferientag“: „Wenn ich groß bin, möchte ich über diesen Tag in Stolpmünde einmal eine Erzählung schreiben. Aber sie müßte im Frieden spielen . . . Was für ein herrlich buntes Bild gäbe es da zu beschreiben . . . ‚Ein Tag an der See‘ werde ich die Erzählung nennen, die Farben weiß und blau müssen immer wiederkehren und das letzte Wort soll lauten: „Glück“ (28). — Daß auch dieser Typ ‚im Faschismus aufging‘, wäre eine zu kurze Analyse. Aber er wäre doch, wenn der Krieg noch länger gedauert hätte, ein aufrechter Wehrmachtsoffizier geworden, wie Tausende andere seiner Schicht vor ihm. Reimut Reiche (Frankfurt/Main)

Mitscherlich, Alexander: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Edition Suhrkamp, Bd. 123, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1965 (161 S., kart., 3,— DM).

Mitscherlich, von Hause aus Psychoanalytiker, sieht sich genötigt, sein Unbehagen am Städtebau in Form eines Pamphlets gegen

„Hausbesitzer in Deutschland und anderswo“ zu äußern. Die Kritik Mitscherlichs richtet sich an erster Stelle gegen das Festhalten am Privateigentum von Grund und Boden, benennt also vor der Analyse der psychischen Folgen des mißlungenen Städtebaus dessen gesellschaftliche Ursache. Notwendige Begleiterscheinung des Privatbesitzes an städtischem Boden ist die Bodenspekulation, die, wie Jane Jacobs zeigte (vgl. die Besprechung in „Argument“ Nr. 28), zur zunehmenden Entmischung städtischer Funktionen führt. Mitscherlich sieht in dieser Entwicklung die Zerstörung der Stadt. Er fordert daher, wie übrigens auch viele Stadtplaner, daß der Boden wieder Gemeineigentum wird und an Hausbesitzer nur verpachtet wird. Erst dann können die Städte sinnvoll geplant werden. Den politischen Schutz des Privateigentums an Grund und Boden hält Mitscherlich für ein Stück neurotischer Realitätsbewältigung und Regression auf eine falsche Sicherheit (61). Die Sozialformen, die sich aus dieser Regressionshaltung ergeben, drücken dem Städtebau ihren Stempel auf. Die Städte werden „gestaltlos“ und „unwirtlich“. Dies bedingt nach Mitscherlich einen verhängnisvollen Kreislauf: Die Kinder, die in den neuen Städten aufwachsen, werden von ihrer Umgebung verformt. Die Städte, allzu einseitig nach dem spekulativen Motiv der maximalen Raum- und Mietausnutzung gebaut, sind bestenfalls für den Menschentyp des erwerbsfähigen Erwachsenen eingerichtet. „Die kindliche Eigenwelt als ein Bereich sozial Schwacher wird rücksichtslos manipuliert.“ (92) Gerade auch die viel zu engen und hellhörigen Wohnungen des sogenannten sozialen Wohnungsbaus schränken die Bewegungsfreiheit der Kinder stark ein und erhöhen die Reibungsfläche mit den Eltern auf ein ungebührliches Maß. Die Aggressionen der Kinder dürfen meistens nicht gegen die Eltern gerichtet werden, sondern müssen verdrängt werden. Den Kindern wird so der Weg zum Erwachsenwerden erschwert. Sie bleiben unter dem Zwang ihrer kindlich ambivalenten Gefühle stehen und tendieren zu „antisozialen Reaktionsweisen“ (74).

Mitscherlich versucht dann Ratschläge dafür zu geben, wie sich der Kreislauf der „antisozialen Reaktionsweisen“ unterbrechen ließe. Hier weichen seine Vorstellungen zunächst nicht wesentlich von den konventionellen Ansichten über modernen Städtebau ab; auch Mitscherlich hält die aufgelockerte und durchgrünte Stadt für einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der städtischen Verhältnisse. Für die Kinder soll es viel, viel „Auslauf“ geben; offenbar soll ihnen das helfen, die Aggressionen gegenüber den Eltern abzureagieren. Denn solange der Mensch Kind sei, brauche er „seinesgleichen“: „nämlich Tiere, überhaupt Elementares, Wasser, Dreck, Gebüsche, Spiel-Raum. Man kann ihn auch ohne das alles aufwachsen lassen, mit Teppichen, Stofftieren oder auf asphaltierten Straßen und Höfen. Er überlebt es — doch man soll sich dann nicht wundern, wenn er später soziale Grundeinstellungen nie mehr erlernt. Zum Beispiel Zugehörigkeitsgefühl zu einem Ort und Initiative.“ (24) Diese anthropologischen Bemerkungen sowie das etwas vorbehaltlose Lob für die einseitig organischen Städtebaurezepte von le Corbusier (vgl. die

Besprechungen in Argument Nr. 36, S. 76 ff) und Neutra passen nicht recht zu Mitscherlichs Vorstellungen der funktionierenden Demokratie, in der der „Prozeß der Bewußtseinsbildung“ und „stadtbürgerliches Lebensbewußtsein“ zusammengehen sollen. Gerade von der städtischen Umgebung hofft Mitscherlich, daß sie den Menschen eher zu Einsichten verhilft und daß dort anstelle von „gewalttätiger Rivalität“ die Formen „intellektueller Auseinandersetzung“ treten (57). Wenn es schon die miserablen Wohnungen sind, die das Zusammenleben von Eltern und Kindern stören, dann bilden Freiflächen und andere Kinderreservate keine Alternative zur falschen Erziehung zu Hause, weil das gelegentliche Austoben im Freien nicht die Differenzierung und Individualisierung im Charakter der Jugendlichen bewirkt, auf die Mitscherlich es ankommt. Zwar sind die Parks und Kinderspielplätze unerlässlich für körperliche Gesundheit der Kinder, jedoch leisten sie nicht die Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft, die allein durch die öffentlichen Bildungsinstitutionen erfolgt, wenn die Sozialisation der Kinder durch die Familie nur unzureichend bewältigt wird. Mitscherlichs erstes Buch war ein Aufruf, diese vermittelten Zusammenhänge überhaupt stärker ins Bewußtsein zu heben. Heide Berndt (Frankfurt)

III. Psychologie

Christoffel, Hans: Skizzen zur menschlichen Entwicklungspsychologie. Huber Verlag, Bern und Stuttgart, 2., neubearbeitete Aufl. (143 S., Ln., 18,— DM).

Es handelt sich um eine aus dem Nachlaß des Verfassers ergänzte Neuauflage einer Vorlesungsreihe, die 1945 zum ersten Mal erschien. Portmann hat den Band eingeleitet. Der Verfasser behandelt insbesondere die Kleinkindzeit und ihre Auswirkungen auf das spätere Leben vom Standpunkt der psychoanalytischen Entwicklungspsychologie. Zwei Merkmale zeichnen seine Darstellung aus: Er bezieht biologische, kinderärztliche und pädagogische Befunde mit ein, die die psychoanalytischen Ergebnisse teils ergänzen, teils verdeutlichen, und er erörtert sein Thema in engstem Anschluß an Beobachtungen. Das Buch gibt eine sehr verständliche Einführung in zentrale Probleme der Entwicklungspsychologie, geschrieben von einem Mann mit sicherem, unabhängiger Urteil.

Peter Fürstenau (Gießen)

Hochheimer, Wolfgang: Die Psychotherapie von C. G. Jung. Verlag Hans Huber, Bern und Stuttgart 1966 (87 S., kart., 9,80 DM).

Bei der Schrift von Hochheimer handelt es sich um die Buchausgabe eines Aufsatzes, der 1958 in der Zeitschrift „Psyche“ erschien und einen ausgezeichneten, aus freundlicher Distanz gewonnenen

Überblick über die Psychotherapie C. G. Jungs bietet. Wie Hochheimer im Vorwort schreibt, haben sich seine psychologisch-anthropologischen Interessen inzwischen manchem anderen Thema zugewandt. Wenn ich ihn richtig interpretiere, hat das bei ihm zu einer Abwendung von einigen Komponenten der Jung'schen Anthropologie geführt, denen er bei der Niederschrift der vorliegenden Arbeit mehr zustimmte als heute. Hochheimer vermerkt hierzu: „Aus der Vielfältigkeit menschlicher Natur und deren Progressivität in Verbindung mit persönlichem Lebenslauf leitet sich natürlicherweise die Berechtigung und Ermunterung ab, nicht in Identifikation stecken zu bleiben auch da, wo man sich zuhause fühlte und wo passager Teilidentifikationen nötig wurden, um Erfahrungen zu erweitern und Verständnis zu erreichen und zu vermitteln“ (7). Er fährt fort: „Die Jung'sche Lehre hat in einer eigenen, wenn schon nicht jedem liegenden Atmosphäre — wo gäbe es das überhaupt? — zu dem Ziele beigetragen, das ‚analytische Psychotherapeuten‘ verschiedener Schulherkunft noch immer vereint. In der Sprache Jungs heißt dieses gemeinsame Ziel: „Bewußtwerdung ist Kultur im weitesten Sinne und Selbsterkenntnis, daher Essenz und Herz dieses Vorganges“ (Jung-Jaffé, S. 327). Der Weg zu diesem Ziel wird durch ‚persönliche Gleichungen‘ mitbestimmt. Sollten wir sie einander vorwerfen?“

Mit Recht meint Hochheimer, man sollte die verschiedenen „Abfallbewegungen“ von Freud nicht nur gering achten. „Könnte man einem Außenseiter, der nach dem großartigen Motto des Paracelsus ‚alterius non sit, qui suus esse potest‘ die Emigration gewagt hat, nicht Glück für neue anthropologische Perspektiven wünschen, statt ihn zu verdammen? Weil uns Anthropologie innerlich so nahe geht, wehren wir fremde Positionen so leicht entwertend ab“ (10). Als heute noch attraktive Themen und Gesichtspunkte führt er beispielsweise an: „Rationale Haltung gegenüber dem Menschen zu wenig und nicht einzig angemessen — das Ganze der seelischen Wirklichkeit erfassen — Objektivität und Realität alles Psychischen — dem Gefühl Rechnung tragen — Einseitigkeiten und Dogmatismen überwinden — Psychologie, ein Grenzland von Erkennen und Erleben — neuartige Erfahrungspsychologie — Prozeßcharakter der unbewußten Seele — Selbständigkeit und schöpferische Phantasie des Unbewußten — kollektive Seelenverwandtschaft aller Menschen in Gegenwart und Vergangenheit — irrationale Faktoren in seelischen Wandlungsprozessen — Selbsterkenntnis und Individuation als Ziel von Psychotherapie — Abbau realitätsverfälschender Projektionen — Religiosität, eine echte Grundfunktion der menschlichen Seele — Geist, ein Prinzip eigener Art in Gegenpolung zur Triebnatur — libido mehr als bloß sexuelle Energie — Bewußtmachung des Schattens — Annahme des erkannten alter ego sowie respektierter archetypischer Kräfte und Produkte, ohne sich mit ihnen zu identifizieren oder ihnen zu verfallen“ (12). Ohne Zweifel bedürfen diese Themen gründlicher kritischer Erörterung.

Interessant sind Hochheimers Hinweise auf Jungs Absicht, „Tatsachenforschung“ zu treiben (16), auf seinen „Durst nach Empirie“

(85), „Tatsachenentdeckung geht ihm über alle Theorienbildung“ (16). Nun ist aber der Begriff „Tatsache“ in der Philosophie keineswegs eindeutig definiert. Hängt es damit zusammen, daß Jung ähnlich wie manche Positivisten „Mythen“ nicht nur als „Tatsachen“, als Forschungsobjekte, als Determinanten psychischer Prozesse ernst nimmt, sondern ihnen dann und wann auch verfällt?

Zum Konflikt zwischen Jung und Freud schreibt Hochheimer: „Was Jung dann endgültig von Freud trennte, war wohl in der Tat wesentlich das, was Jung bei Freud ‚Rationalismus‘ und ‚Dogmatismus‘ nannte. Wir können auch allgemeiner sagen, die verschiedene ‚Mentalität‘ habe trennend gewirkt, besonders hinsichtlich der Einstellung zum Gefühl und zu irrationalen Seiten und Zügen des Menschen. Wo Freud ‚der sogenannten Intuition wenig zutraut‘, ‚gute Gründe zum Mißtrauen hat‘ und vom Analytiker ‚Gefühlskälte‘ fordert, nimmt Jung stattdessen eine von Grund auf andere Haltung ein“ (29). In Hochheimers Darstellung treten die Unterschiede zwischen den Auffassungen Freuds und Jungs allerdings zurück. Jungs Aufforderung, der Therapeut solle mit dem Patienten phantasieren (zit. S. 35), kann, so vermute ich, von einem Psychoanalytiker ebenso akzeptiert werden wie seine Bemerkung über das Verstehen, das „bekanntlich ein sehr subjektiver Vorgang“ ist. „Er kann sehr einseitig sein, indem der Arzt versteht, der Patient aber nicht . . . Das Verständnis sollte daher vielmehr ein Einverständnis sein, ein Einverständnis, das die Frucht gemeinsamer Überlegung ist“ (zit. S. 55). Da Hochheimer sich im wesentlichen auf Jungs Psychotherapie konzentriert, bleiben die metapsychologischen, philosophischen Aspekte der Jungschen Lehre undiskutiert. Ich denke hier besonders an Jungs Lehre von den Archetypen, die mir arg biologistisch erscheint und, wie Jungs Wotanaufsatz (in: Aufsätze zur Zeitgeschichte, Zürich 1946) zeigt, nahezu rassistische Deutungen zuläßt. Aber Hochheimer wollte ja gerade das wiedergeben, „was von dem Lebenswerk Carl Gustav Jungs zu verstehen und weiterzugeben sei“ (5). Dazu gehören wohl auch seiner Auffassung nach diese kritisierten Seiten des Jungschen Werkes nicht.

Alles in allem ist Hochheimer eine hervorragende Einführung in die Jungsche Psychotherapie gelungen, von der auch jene großen Nutzen haben, die wie der Rezensent mehr zu Art und Verfahren der Freudschen Psychoanalyse neigen als zu dem Lösungsversuch C. G. Jungs.

Wilfried Gottschalch (Berlin)

Bychowski, Gustav: *Diktatoren*. Beiträge zu einer psychoanalytischen Persönlichkeits- und Geschichtsdeutung (Dictators and Disciples, from Caesar to Stalin). Mit einem Vorwort von Alexander Mitscherlich. Szczesny Verlag, München 1965 (285 S., Ln., 24,— DM).

Bychowski, vor dem Zweiten Weltkrieg Ordinarius für Psychiatrie in Warschau, heute Psychoanalytiker in New York, geht es in diesem Buch um die Erkenntnis der „Gesetzmäßigkeiten in Ursache,

Verlauf und schließlich Untergang der Diktatur“ (gesperret v. R. W.). Dabei bezieht er sich ausdrücklich auf Le Bon und Freud. Ein Drittel des Buches ist der Analyse des „Hitlerismus“ gewidmet. Außerdem werden die „Diktaturen“ unter Cäsar, Cromwell, Robespierre und Stalin untersucht.

Bychowskis vorwiegend psychoanalytisch-biographische Ausführungen stellen die verschiedenen Krankheitsgeschichten der Diktatoren dar. Vorgeschichte und Entstehung der „Diktaturen“, Wechselwirkung zwischen „Führer und Geführten“, Psychologie der Massenbasis werden nurmehr peripherisch behandelt. Sie kommen hauptsächlich aus der biographischen Perspektive in den Blick, d. h. durch ihre Verstrickung in die Psychopathologie des Diktators.

Durch diese Akzentuierung seiner Untersuchungen gelingt es dem Verfasser nicht, das in den behandelten „Diktaturen“ jeweils besondere Ineins ökonomisch-gesellschaftlicher Struktur und psychischer Malaise zu erfassen. So erscheint die Sowjetunion schließlich „als eine riesige Anhäufung all der Mißstände . . . , die nicht für die kapitalistische Gesellschaft, sondern auch für die Autokratie charakteristisch sind“ (252).

Zur „Verhütung der Sozialkrankheit, die man Diktatur nennt“, empfiehlt Bychowski gewaltlosere Erziehung, die Vermeidung von Krisen und die Befreiung der Menschheit aus materieller Not.

Reinhart Westphal (Berlin)

Bodamer, Joachim: Der Mann von heute. Seine Gestalt und Psychologie. Verlag Karl Alber, Freiburg und München, 5. Aufl. 1964 (182 S., kart., 15,80 DM).

Den in größerer Anzahl vorliegenden Arbeiten über die Frau und ihre Psyche will der Nervenarzt Joachim Bodamer endlich eine vergleichbare Studie über den Mann gegenüberstellen. — Der Mann von heute ist nach Bodamer vor allem charakterisiert durch sein „technisches Bewußtsein“. Es leitet sich her aus der Aufklärung und besteht in dem Versuch, „eine eigene, dem Mann allein gehorchende Welt zu schaffen, die nach rationalen Gesetzen funktioniert, die durchkonstruiert ist.“ (24) Das Verhalten des Mannes, das so primär sich richtet auf das Funktionieren seiner technisierten Welt, geht dabei einher mit einem ungeheuren Verlust an Selbstbewußtsein: Der Mann reflektiert sich nicht, „sondern ist selbst nur Reflex seiner Welt.“ (27) In seinem Selbstbild fehlen darum alle die Eigenschaften, die für Bodamer Männlichkeit ausmachen: Verantwortung, Strenge gegen sich selbst, Güte und Großmut gegen andere. Stattdessen tritt „ein kindischer, unverantwortlich spielerischer, tief unerntester Zug in der seelischen Physiognomie des modernen Mannes . . . hervor, der im schärfsten Gegensatz steht zu dem tödlichen Ernst der Lebensspannungen.“ (45) Der Nihilismus dieses „Massenmannes“ („der in der Straßenbahn seine Bildzeitung liest“ (49)) findet seine zeitgenössischen Götter im rastlosen Aktivismus, dem „pseudosakralen Charakter der modernen Arbeit“ (57), im Fortschritt, in der Sucht

nach Bewegung, in der Faszination durch schnelle Maschinen und das Machtgefühl, das ihre Beherrschung verleiht. — Das technische Bewußtsein bleibt nicht ohne Einfluß auf das private Leben des modernen Mannes. Die typische Form der Beziehung zwischen den Geschlechtern scheint die Liebe im Auto oder im Kino geworden zu sein. Das Sexualverhalten erscheint ‚enterotisiert‘, ‚reprimitiviert‘ (Schelsky), eine Folge der ständigen Überflutung mit sexuellen Reizen, denen die moderne Welt ausgesetzt ist. Liebeslyrik, die diesen Zustand der Sprachlosigkeit und „Gefühlsglätte“ zwischen Mann und Frau widerspiegeln soll, kann deshalb kaum mehr sein als artistische Spielerei oder wehmütiger Gesang der Trauer: „Mann und Frau ein trauriges Gesinde, dienend bei der eigenen Verloren- und Verlassenheit, wie ein kurzer Reim ineinander aufbrennend und dann verschlungen von der technischen Zeit, die über sie hinweggeht.“ (109) So hat der Mann von heute als „Mann ohne Eigenschaften“ seinen Gegenpol in der „Frau ohne Schatten“ (Kap. VI): Nausikaa und Penelope, die klassischen Urbilder der Frau sind mehr und mehr im Aussterben begriffen, während Kirke und Kalypso das aktuelle Erscheinungsbild beherrschen. — Versteht man das ‚technische Bewußtsein‘ als hervorgegangen aus einem „Aufstand gegen jede Art von gegebener Autorität, sei sie göttlicher, natürlicher oder kultureller Herkunft“ (133), so erklärt sich für Bodamer daraus der Autoritätsverlust, dem der Mann seinerseits in seiner Rolle als „Vater und Erzieher“ (Kap. VII) anheimgefallen ist. Nur noch von abstrakter Autorität bestimmt, versucht er in der Familie, „seinem personalen Herrschaftsbereich“, (135) entweder noch krampfhaft an der traditionellen patriarchalen Autorität festzuhalten oder sich in eine Scheinautorität zu flüchten, während die eigentliche Führung die Frau übernommen hat, wenn er nicht gar völlige Unsicherheit und Desinteresse an den Tag legt. — Selbst die Krankheiten des modernen Mannes sind nur Symptom eines technisch deformierten Bewußtseins: Der Herzinfarkt als „Managerkrankheit“ ist nur Ausdruck einer vorzeitigen Verhärtung, „Sklerotisierung“ des Herzens gegen ein „auf das Höhere hinzielendes und hinentworfenenes Leben“ (151), wie die Häufigkeit des Lungenkarzinoms als einem Produkt der männlichen Nikotinsucht nur Zeugnis gibt von dem Versuch des Mannes, in „Traumhaftem Selbstbetrug“ (155) der technischen Welt zu entfliehen, ohne dabei „sich selbst begegnen“ zu müssen. — Die Autoren des zeitgenössischen Romans scheinen Bodamer das Wesen des Mannes von heute am besten gefaßt zu haben. Max Frischs „Stiller“ wie Musils „Mann ohne Eigenschaften“, der Mann auf der Suche nach seiner Identität, der Typ des Spezialisten, beide scheinen Bodamer zu offenbaren, „daß das logische, rationale, quantitative Denken, das allein das technische Bewußtsein ausfüllt, zugleich eine aus der Leidenschaft herrührende Richtung hat, die nicht nur nach außen wirkt, sondern auch ihre Träger aus dem Gleichgewicht bringt“ (170 f.).

Bodamer selbst bleibt im Hinblick auf die „Zukunft des Mannes“ (Kap. X) nichts als mit Gehlen zur „Zivilisationsaskese“ aufzurufen.

(175) Seine Empfehlungen, der Mann möge sich auf seine wahren Eigenschaften zurückbesinnen und versuchen, „den Raum seines beruflichen Umkreises mit menschlicher Wärme zu erfüllen“ (177), sind nicht nur ohnmächtig und anachronistisch. Wie vielmehr Bodamers Phänomenologie des modernen Mannes das, was sie oft zutreffend beschreibt, nicht begreift, sondern umbiegt zu hilflosem Kulturpessimismus, so kulminiert all seine Kritik im Ruf nach einer „revolutionären Restauration“ (128). Manfred P. Buddeberg (Berlin)

Bovet, Theodor (Hrsg.): Probleme der Homophilie in medizinischer, theologischer und juristischer Sicht. Mit Beiträgen von G. Benedetti, E. Kähler, E. Kockel, H. van Oyen, G. Stratenwerth, O. v. Verschuer, V. Wenger, H. Witschi. Verlag Paul Haupt, Bern, und Katzmann-Verlag, Tübingen 1965 (155 S., Ln., 12,80 DM).

Der Begriff der „Homophilie“ soll nach dem Wunsch des Herausgebers den der Homosexualität, mit dem er sachlich durchaus identisch gemeint ist, ersetzen in der Absicht, „daß alle alten Vorurteile am Wort ‚homosexuell‘ haften blieben“ (8). Diese terminologische Akzentuierung vermag Ausmaß und Grenze der liberalen Duldsamkeit zu bezeichnen, die mehr oder weniger erfreulich aus den meisten Beiträgen des Bandes spricht. Die „sogenannte Sexualität“ (8), soweit sie sich nicht durch „Kindszeugung“ (60) ausweist bzw. nicht in die Form „dauernder personaler Gemeinschaft“ (passim) gebannt ist, gilt auch in den liberalen Aufsätzen nicht als duldenswert. Immerhin vertreten sie einhellig die Auffassung, die einfache Homosexualität unter Erwachsenen solle unbestraft bleiben. Diese Auffassung bestimmt das geltende Strafrecht der Schweiz, deren Bürger die Autoren mit einer Ausnahme sind. In der differenzierten Diskussion des Für und Wider sind die reaktionärsten Bezugspunkte deutsche Beiträge, — seien es die entsprechenden, aus der NS-Zeit stammenden Strafrechtsparagrafen, sei es die autoritäre Sexualfeindschaft, die Schelsky, mit dem Untergang des Abendlandes windend, in seiner „Soziologie der Sexualität“ vertritt. So wohlthuend dagegen die Beiträge dieses Bandes abstecken, so zeigen sie doch, wie aus der Verbindung von Liberalität mit sogenannter Kulturkritik mangels einer kritischen Theorie der Gesellschaft irrationalistische Ideologie hervorgeht. Bovets Schlußwort möge einen Eindruck von dieser Verbindung vermitteln: „Die verantwortlichen Homophilen so gut wie die verantwortlichen Heterophilen sollen Seite an Seite gegen die Entfremdung der Geschlechtlichkeit von ihrem ursprünglichen Auftrag, gegen die Trennung von ‚Sex‘ und Liebe kämpfen. Sie sollen eine gemeinsame Front gegen die Unzucht bilden, die außer, neben und innerhalb der Ehe sich immer wieder breit macht. Vor allem aber sollen sie gemeinsam die Heiligkeit verantwortlicher Liebe und Partnerschaft verkünden und in ihrem Leben bezeugen“ (153).

Wolfgang Fritz Haug (Berlin)

IV. Soziale Bewegung und Politik

Hennis, Wilhelm: *Politik und praktische Philosophie.* Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaft. *Politica*, Bd. 14. Luchterhand Verlag, Neuwied u. Berlin (West) 1963 131 S., Ln., 12,50 DM).

Seit ihrer Neugründung als akademische Disziplin im Nachkriegsdeutschland wird innerhalb der politischen Wissenschaft immer wieder von neuem über deren Gegenstand und Methode diskutiert. Immerhin hat sich eine (wenigstens vorläufige) Übereinstimmung in mindestens zwei wissenschaftstheoretischen Grundsätzen herausgebildet, an denen man sich in der Regel orientiert: Die politische Wissenschaft soll sich prinzipiell als Erfahrungswissenschaft im modernen Sinn verstehen; das besondere Kennzeichen ihres Gegenstandes ist daher in der Problematik von politischer „Macht“ und „Willensbildung“ zu suchen (Politik als Wissenschaft von Machterwerb und Machtzerfall). Aus der kaum übersehbaren Reihe der einschlägigen Publikationen ragt die Studie des Hamburger Ordinarius für Politik, W. Hennis, durch ihren nicht geringen Anspruch hervor: Sie soll nachweisen, daß jenes Selbstverständnis der Politologie als von Grund auf verfehlt anzusehen ist. Es führe geradenwegs zur „stofflichen Entleerung unserer Wissenschaft“ (85). Zwar hätten sich schon längst Widerstände gegen diese Entwicklung gebildet, aber mit Recht kann Hennis darauf verweisen, daß der reale Forschungsprozeß davon fast völlig unbeeinflusst bleibt. Ihrer potentiellen Theoriefeindschaft sowie ihrer Vorliebe für möglichst wertfreie empirische Analyse „nach Struktur und Funktion“ sei es zu danken, wenn politische Forschung weitgehend nur noch unkritische „Statistik von Machtlagen“ (16) hervorbringe. Komme es dennoch zur sog. „Wertung“, dann demonstriere deren streng durchgeführte Trennung von der Analyse nur um so deutlicher den „inneren Bruch einer so begriffenen Wissenschaft“ (75).

Hennis Gegenthese lautet: Der aristotelische Begriff der Politik gibt der politischen Wissenschaft allein einen vernünftigen Sinn. Politik ist hiernach eine Disziplin der praktischen Philosophie. Als Fortsetzung der Ethik besteht ihre wichtigste Aufgabe in der „normativen Bestimmung des politisch zu Fordernden und Aufgegebenen“ (19). Demgegenüber vertritt das moderne Wissenschaftsideal seit Bacon und Descartes vollkommen entgegengesetzte Intentionen: Eine kausalwissenschaftliche, am Vorbild der exakten Naturwissenschaften ausgerichtete Forschungsmethode hat notwendig die Ablösung des alten Praxis-Begriffs (= das rechte Handeln, die rechte Lebensführung) durch den neuen Begriff der Technik (= Praxis als Machen, Verfügen) zur Folge (47 ff.). Das neue Erkenntnisideal ist zweitens unvereinbar mit der finalen Orientierung der alten Politik, was sich schon im (neuen) Namen „Staat“ zeige, der auf den „Zustand“, nicht auf Ziel und Zweck (Telos) des Gemeinwesens verweise (65), deren wissenschaftliche Erörterung jedoch gerade im Fäl-

len von Werturteilen bestehe (56). Drittens wurde schließlich das topisch-dialektische Verfahren — vom Rechtsphilosophen Th. Viehweg „Prämissenkunde“ genannt — als die „für alle Disziplinen der praktischen Philosophie grundlegende Methode“ von seinem Widersacher: dem analytischen Verfahren des an „eindeutiger und zweifelsfreier Erkenntnis“ orientierten theoretischen Wissens so gründlich besiegt, daß es von allen Besonderheiten der klassischen Lehre von der Politik vielleicht am allermeisten in Vergessenheit geraten ist (89 ff.). — Der Aufstieg des neuzeitlichen Wissenschaftsbegriffs hat mithin den Lebensnerv der politischen Wissenschaft durchschnitten. Macchiavelli und Hobbes hatten eine Entwicklung eingeleitet, an deren Ende (um 1850) die Auflösung der alten Politik in die Spezialdisziplinen Nationalökonomie, öffentliches Recht und Soziologie stand; ein folgerichtiges Ende nach Hennis, da „Politik *more geometrico*“ (55) absurd und unmöglich ist. Wenn heute politische Wissenschaft eine Renaissance als akademische Disziplin erlebe, dann — so lautet der Schlußsatz der Hennis'schen These — müsse diese Renaissance erfolglos bleiben, solange sich „Politologie“ als „junges“ Spezialfach neben den anderen Sozialwissenschaften verstehe, d. h. solange sie glaube, mit den allgemein herrschenden Methoden des Positivismus einen „eigenen“ Spezialgegenstand bearbeiten zu müssen. Vielmehr komme es auf die „Wiedergewinnung ihres angemessenen Begriffs“ (96) an, auf ihre „Rekonstruktion“, wenn man ihrer theoretischen Grundlegung und empirischen Forschung die richtige Orientierung geben wolle.

Im Hauptteil des Buches stellt Hennis die drei Begriffe dar, die das Wesen der klassischen Lehre ausmachten: Praxis, Telos und Topik. Der Reiz seiner Untersuchung liegt in der jeweiligen Konfrontation mit der Herausbildung des gegenläufigen (und heute herrschenden) Wissenschaftsverständnisses. Diese Verschränkung von systematischer und wissenschaftsgeschichtlicher Darstellung anhand eines überaus reichhaltigen Materials (das bis hin zu den neuen Bibliotheksordnungen im 18. Jahrhundert reicht), ist Hennis glänzend gelungen. Das Verdienst seiner Studie besteht vor allem darin, einer theoretisch unsicheren Wissenschaft ihre Herkunft aus der Philosophie vor Augen geführt und damit zugleich die übliche politologische Denkweise besonders eindringlich problematisiert zu haben.

Ein noch größeres Gewicht könnte der Schrift zugebilligt werden, wenn sie auch die konkreten sozialgeschichtlichen Bedingungen des „wissenschaftsinternen Vorganges“ (59) einbezogen hätte. Schwerer wiegt der damit zusammenhängende andere Einwand, daß der Rekurs auf die Politik und Ethik des Aristoteles allzu rigoros mit der Negation der Moderne verknüpft wird. Habermas hat daran erinnert, daß die „Strenge der Theorie“ eine „unverlierbare Errungenschaft“ des modernen Denkens bleibt, auch wenn sie „nur um den Preis eines verlorenen Zugangs zur Praxis eingehandelt“ werden konnte; zudem wurde mit der Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft der enge Begriff der älteren Politik in den der Sozialphilosophie transformiert. Dieser zweifache Emanzipationsprozeß läßt

sich nicht rückgängig machen. Da der Verfasser diesen Zusammenhang ignoriert, könnten aus dem Ergebnis seiner Untersuchung Schlußfolgerungen gezogen werden, die seinem kritischen Ansatz ohne weiteres widersprechen. Nicht in der unvermittelten Restauration der klassischen Lehre, d. h. nicht in der Umkehrung des Verhältnisses von Theorie und Praxis, sondern in seiner Versöhnung scheint die Aufgabe einer politischen Wissenschaft zu bestehen, die sich selbst in eine umfassendere Theorie der Gesellschaft eingebettet sieht.

Peter Brokmeier (Berlin)

Kirchheimer, Otto: Politische Justiz. Verwendung juristischer Verfahrensmöglichkeiten zu politischen Zwecken. Luchterhand-Verlag, Neuwied u. Berlin (West) 1965 (687 S., Ln., 48,— DM).

Kirchheimer will keine Geschichte der politischen Justiz, noch eine erschöpfende Sammlung ihrer besonders erwähnenswerten Fälle und Episoden schreiben (12), sondern die konkrete Beschaffenheit und Zweckbedingtheit der politischen Justiz in bestimmten politischen und gesellschaftlichen Situationen, in denen an sie appelliert wird, beleuchten. Denn: „der Streit um die konkrete Fixierung von Gerechtigkeitskriterien verweist, wenn auch manchmal in indirekter und verwickelter Form . . . auf die selben Kategorien zurück, mit denen politische Kämpfe ausgetragen werden“ (15). Die historische Entwicklung der Strafjustiz selbst ist deshalb kurz gefaßt, was ausreicht, um die Tendenzen aufzuzeigen: gegenüber dem vorigen Jahrhundert hat etwa nach dem Ersten Weltkrieg eine lawinenartige Staatsschutzgesetzgebung eingesetzt, um regimefeindliche Bestrebungen auszuschalten; schon potentiell staatsfeindliches Verhalten wird unter Strafe gestellt. Beispielsweise erfolgte in den USA die Auflösung des Grundsatzes, daß nur eine offensichtliche und unmittelbare Gefahr einen strafrechtlichen Eingriff rechtfertigt. Zunächst war der Grundsatz auch in Fällen angeführt worden, wo der Tatbestand nicht gegeben war. Das bewirkte eine extensive Anwendung und seine Aushöhlung. Die leere Formel war leicht zu unterwandern. Im Fall Dennis (1950) sprach deshalb Appellationsrichter Learned Hand nur noch *expressis verbis* aus, was in Wirklichkeit schon eingetreten war: das Gesetz, wenn es die verfassungsmäßige Ordnung schützen solle, müsse auch solche Handlungen treffen, die zwar an sich (!) nicht unbedingt (!) strafbar seien, von denen aber anzunehmen sei (!), daß ihre entlegenen (!) Folgewirkungen eine Schädigung des Staates mit sich bringen würden (213). Die gequälte Formulierung dieser „Prophezeiung in der Form einer Rechtsentscheidung“ (Bundesrichter Jackson) spricht schon gegen sich selbst. — Kirchheimers Untersuchungen erfolgen rechtsvergleichend, wobei u. a. die USA, die Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik, die Sowjetunion, Italien, die Schweiz, Frankreich und die Südafrikanische Union berücksichtigt werden.

Unter Einbeziehung soziologischer und sozialpsychologischer Aspekte werden thematische Schwerpunkte gebildet, diese aber in

detaillierter Form und in differenzierender Betrachtungsweise. Da hinzukommt, daß der Verfasser theoretische und praktische Fragen behandelt, kann sein Werk als das bisher umfassendste über politische Justiz bezeichnet werden.

Der erste Hauptteil (Politische Justiz: Fälle, Gründe, Methode) klärt den politischen Hintergrund des jeweiligen Regimes auf und zeigt, daß ein Verfahren immer dann zum politischen Prozeß wird, wenn es zum Ziel hat, die jeweilige Machtkonstellation zu beeinflussen und damit einen unmittelbaren Faktor im Kampf um die politische Macht darstellt (85). — Politischer Prozeß kann zur Staatsaffaire werden, wenn wie im Prozeß gegen Ebert der Staatspräsident vor Gericht steht; zum politischen Prozeß wird auch der Kriminalprozeß und der Mordprozeß, wenn sein Ziel in der Machtverschiebung liegt. Politische Justiz kann dabei Teile der Bevölkerung ohne Auffallen politisch ausschalten: wenn z. B. die Gesetzgebung in der BRD dazu benutzt wird, „die blassen Spuren politischer Betätigung von Kommunisten ohne Aufregung, systematisch, mit geschäftsmäßiger Routine auszumerzen“ (79), dann ist politische Justiz, politische Strafverfolgung und evtl. Verurteilung zu einer Alltagserscheinung geworden. Hier wäre übrigens auch der Stachinsky-Prozeß — nicht nur der Vollständigkeit wegen — zu erwähnen gewesen, da er ein treffendes Beispiel für die Benutzung der Gerichtsbarkeit für die Angriffe auf den außenpolitischen Gegner, die Sowjetunion, darstellt.

Das Regime bedarf des Apparates, und das Maß seiner Abhängigkeit von den herrschenden Klassen kennzeichnet das Regime: zeitweise kann der Apparat seine Entscheidungsfreiheit behalten und zwar auch bei außergewöhnlichen Zuständen, wie es bei südafrikanischen Gerichten der Fall war. Mit diesem Thema setzt sich der Verfasser eingehend im zweiten Hauptteil (der Apparat der Justiz und der Angeklagte) auseinander; genannt seien auswahlweise seine Ausführungen zur Richterauslese, zur Frage „Staatsanwälte und ihre Vorgesetzten“, „Politische Polizei“ und „der Richter und das Rechtsbewußtsein der Gesellschaft“. Der Angeklagte, als Opfer des Regimes, kann seine schwache Stellung dann überwinden, wenn er seine Sache zur Angelegenheit der Öffentlichkeit macht und diese, was heute selten ist, von der Diskriminierung seiner Person überzeugen kann oder, wie beim Fehlschlag der Inszenierung eines Schauprozesses, das Regime bloßgestellt wird. Hier werden Kirchheimers Erörterungen von großer praktischer Bedeutung, weil sie für einige Fälle dem Angeklagten konkrete Möglichkeiten, seine Stellung zu bestimmen, eröffnen.

Innerhalb des Kapitels „Siegerprozesse gegen gestürzte Vorgänger“ kommt Kirchheimer in der Auseinandersetzung mit den Argumenten von Anklage und Verteidigung im Nürnberger Prozeß zu dem Schluß, dieser Prozeß stünde trotz aller Schwächen auf einer höheren Stufe als die bisherigen „Nachfolgeprozesse“, weil sie erste Ansätze einer überstaatlichen Kontrolle der Verbrechen gegen Menschentum und Menschenwürde darstellen. Das mag für die theore-

tische Konzeption eines „Weltrechts“ bedeutsam sein, praktisch — im Sinne einer Abschreckung — haben sie sich nicht ausgewirkt: Folterungen der französischen Armee in Algerien und US-Napalm-bomben auf Vietnam sind ein beredtes Zeugnis dafür, daß die „moralischen Sieger“ sich nicht selbst „läutern“ ließen.

Abschließend sucht Kirchheimer nach Möglichkeiten, politische Justiz und ihre fragwürdigen Konsequenzen abzuwandeln und zu korrigieren. Seine Bemerkungen über Asyl- und Gnadenrecht verdienen Zustimmung, wenn auch die jetzt herrschende Praxis (z. B. Fall Argoud), wie Kirchheimer selbst ausführt, kaum zu großen Hoffnungen berechtigt. — Auch für das vorliegende Werk gilt, was Kirchheimer schon in „Politik und Verfassung“ vorausschickt: die Vordringlichkeit der Kritik solle keineswegs die Konstanz der Zielvorstellung — Schaffung menschenwürdiger und sinnvoller gesellschaftlicher Zustände — überschatten, die wohl selbst unter der akademischen Form für den Leser deutlich hervortritt. „Akademische Form“ kann aber mit der Aufgabe der marxistischen Gesellschaftskritik durch Kirchheimer gleichgestellt werden: eine gesellschaftliche Theorie liegt der „politischen Justiz“ nicht zugrunde. Dies erklärt auch seine Angriffe auf die politische Justiz in sozialistischen Ländern, die er trotz Ablehnung des Begriffs „Freie Welt“ (82) in deren Sinn führt, anstatt mit einer Kritik von links dagegen anzugehen. In seiner Gesamtheit dürfte Kirchheimers politische Justiz jedoch das bedeutendste Werk auf diesem Gebiet sein.

Rudolf Kienast (München)

Freund, Michael: Deutschland unterm Hakenkreuz. Die Geschichte der Jahre 1933—45. C. Bertelsmann Verlag, Gütersloh 1965 (480 S., Hln., 24,— DM).

Dieses Buch, eine Zitat-Montage von Selbstzeugnissen des Faschismus und historischen Urteilen über den Nationalsozialismus, ist ein Kompendium aller ideologischen Komponenten, die sich in Totalitarismus-Theorien finden lassen. Was neben der Mixtur aus Spengler'scher Kulturmorphologie, preußisch-nationaler Geschichtsschreibung und Bruchstücken deutscher Klassik (Goethe) an historischer Information übrigbleibt, ist das mindeste, was man von einem Ordinarius für Wissenschaft und Geschichte der Politik noch erwarten darf. Daß das Buch überflüssig ist, erkennt der Autor selbst, wenn er seinen Versuch durch die an keiner Stelle des Buches durch Literaturhinweise dokumentierte Behauptung rechtfertigt, es sei ihm zu früh erschienen, die Geschichte des NS „ganz neu zu schreiben“ (7). Anscheinend waren es die Bedürfnisse des Verlages, von der allgemeinen Hausse an zeitgeschichtlichen Büchern zu profitieren, die den Anlaß zum Druck gaben. Interessant an diesem immerhin 480 Seiten starken Wälzer ist allein das Seitenverhältnis von Innenpolitik und Kriegsgeschichte des deutschen Faschismus: knapp ein Fünftel gilt

den Verhältnissen im Reich. Der Rest ist Kriegsgeschichte, so geschrieben, daß den Lesern der „Drang nach Osten“ und dessen Rationalisierung bestätigt und erleichtert wird. Da es Hitler war, der „die marxistische Bewegung und den slawischen Aufstand erlebt“ hat, „und wußte, daß Pest und Flamme sich nicht an die Verbots tafeln der herrschenden Gesellschaft halten würden“ (444), erhält der Faschismus seine stille Legitimation, wie er zugleich wegen der Mängel des Unternehmens und des Versagens vor der „Aufgabe“ im nachhinein als größtenwahnsinnig abgekanzelt werden kann. Die Aufgabe bleibt, zumal, wenn „dort drüben“ die „Welten emporstiegen“, die von „gleichem Geist“ wie der Faschismus sind. Für Freund „verliert sich die deutsche Geschichte“ während des Weltkrieges „zunehmend in das Sinnlose“ (446), zugleich aber hat „der Zweite Weltkrieg noch kein Ende gefunden“ (8). Offensichtlich erhält er seine „Sinnegebung“ erst in seiner rationellen Wiederholung, die nicht in den seit Alexander dem Großen traditionellen Fehler verfällt, in jenen „Ostraum“ zu marschieren, der „den Tod atmet“ (257). In Klartext übertragen soll das wohl heißen, den Marsch von vornherein auf das Gebiet innerhalb der deutschen Grenzen von 1937 zu beschränken.

Bernhard Blanke (Berlin)

Stringfellow, William: *Mein eigenes Volk ist mein Feind.* East Harlem — Erlebnis und Anklage. Kreuz-Verlag, Stuttgart und Berlin (West) 1965 (230 S., Ln., 12,80 DM).

Stringfellow, Jurist und theologisch gebildeter Laie, gibt Erfahrungen zu Buch aus siebenjähriger Arbeit als Rechtsanwalt in East Harlem, dem Negerghetto von New York. East Harlem steht für ähnliche Zustände in fast allen Großstädten des amerikanischen Nordens: „in der City herrschen Überfluß und Übertreibung, Luxus und Macht, in Harlem dagegen Unterdrückung und Bedrücktheit, Armut und Schmutz“ (31). Die Gesamtbevölkerung der USA müßte in den 5 Bezirken von New York zusammengepfertcht werden, um Harlems Bevölkerungsdichte zu erreichen. Stringfellow wohnte dort in einer normalen Mietskaserne, im Gestank von „verfaulenden Nahrungsmitteln, schweißgetränkten Matratzen, toten Ratten, Schmutz, Uringerruch und abgestandenen menschlichen Ausdünstungen“ (28), in einem 3 mal 4 Meter großen Raum, der vorher eine achtköpfige Familie beherbergt hatte. Begriffe wie Privateigentum und Privatsphäre werden unter solchen Umständen gegenstandslos. Trotz der katastrophalen baulichen und hygienischen Zustände in den Slums sind die Mieten ungeheuer hoch; dabei „leben von einem Einkommen durchschnittlich sechs bis acht oder mehr Menschen“ (49). Farbige sind „the last to be hired, the first to be fired“, „die Automation läßt noch größere Arbeitslosigkeit erwarten“ (48), insbesondere für die unqualifizierten schwarzen Arbeitskräfte. Bei völliger Überlastung der Schulen und unterm Zwang, den Lebensunterhalt zu beschaffen, bringen

es die meisten Neger nur zu mangelhafter Beherrschung von Sprache und Schrift (40 ff.); was sie wiederum keinen festen Arbeitsplatz finden läßt; was ihnen zudem die möglichen gesetzlichen Wege zur individuellen Besserung ihrer Lage (Wohlfahrt, Mieterschutz etc.) verbaut (50). Der Unkenntnis eigener Rechte, der bildungsmäßigen wie finanziellen Unmöglichkeit sie wahrzunehmen, entspricht die Korruptheit von Justiz, Polizei und Verwaltung. Auf dem Nährboden solch materiellen und intellektuellen Elends blühen Rauschgifthandel, Kriminalität und Bandenkriege. Stringfellow sieht als Aufgabe seines Buches, „die moralische Fragwürdigkeit aller Sozialpolitik und Gesetzgebung zu unterstreichen“, einer Politik, die oft groteske Formen annimmt, oft von Zynismus begleitet, allein der Beschwichtigung dient (30). Die Fragwürdigkeit von Sozialpolitik soll nicht erwiesen werden durch Analyse, die „den Zusammenhang zwischen Armut und Rassentrennung“ und „die Gründe für Armut und Rassenhaß“ in einer affluent society zum Gegenstand hätte; denn Stringfellow ist „gar nicht einmal sicher, ob man solche Fragen in dieser Welt überhaupt lösen kann“ (29). Dieser Zweifel an den menschlichen Kräften hat seinen Grund in einer Theologie, welche den Tod als Gegenmacht zu Gott aufrichtet. „Armut heißt, dem Tode in seinen unverhülltesten Formen ausgesetzt sein“ (34), und „der Rassismus ist eine Idee, ein Prinzip, ist eines der Werke in dieser Welt, in denen die Macht des Todes offenbar wird“ (226). Jene, die glauben, „die Menschen hätten diese Prinzipien und Mächte, einschließlich des Rassismus, in der Gewalt, huldigen einem seichten Humanismus“ (227). — Das Buch ist liturgiemäßig gestuft in: Einführung, Anerkennung, Teilnahme, Vorahnung, Epiphanie; Epiphanie und Versöhnung der Menschheit, Versöhnung der Rassen, werden zusammengedacht. Versöhnung, wie Stringfellow sie begreift, setzte voraus, daß ein jeder mit sich selbst ausgesöhnt wäre — die Freiheit erlangt hätte, aus der Liebe zu sich selbst die andren zu lieben. „An dieser Freiheit hängen die Liebe und der Friede unter allen Menschen, sie kann den Tod zum Heile aller Menschen erdulden“ (229). So beruhigt sich die Anklage, welche im Titel des Buches angekündigt wird und nicht über eine Aneinanderreihung von Fakten und Fällen hinausreicht, beim Erlebnis der „Frömmigkeit der Armut“ (63): „Die Nähe zum Tode läßt in den Armen eine umfassende und wunderbare Frömmigkeit reifen“. Stringfellow muß diesem Konzept gemäß die „echte Leidenschaft für soziale Besserung, ja Revolution“ (143) unter einer Gruppe von protestantischen Theologen in East Harlem verurteilen als falsche Anpassung an die Welt. Seine Kritik einer anderen Form kirchlicher Anpassung, nämlich der Onkel-Tom-Ideologie (22) vom demütigen Neger, vom Protestantismus bislang gepredigt, — diese Kritik trifft auch ihn selbst. — Man ist dankbar, daß Stringfellow sich „in keiner Form zum Sprecher für die Neger“ aufwerfen will — „sie vertreten ihre Sache mit bewunderungswürdiger Energie und einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt“ (29), was wir von Stringfellow nicht behaupten können.

Baldwin, James: *Hundert Jahre Freiheit ohne Gleichberechtigung* oder *The Fire Next Time*. rororo-aktuell 634, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1964 (123 S., br., 2,20 DM).

Der Titel der deutschen Ausgabe von Baldwins Schrift ist nicht zutreffend: er verspricht eine Historie der schwarzen Minorität seit ihrer formellen Freilassung aus der Sklaverei, 1863. Baldwins Thema aber ist die politisch-sozial-kulturelle Diskrimination der Neger heute, und das Problem der Gewalt als Aporie der Emanzipationsbewegung. Daß der gewaltlose Widerstand in blutigen Aufruhr umzuschlagen droht, ist der Inhalt seiner ‚Warnung an die Weißen‘. Daß die Bürgerrechtsgesetzgebung vom Juni 1964, erzwungen durch gewaltlosen Widerstand, noch keine Verbesserung bewerkstelligt hat, darauf deuten die gewalttätigen Aufstände in den Großstädten des Nordens — Erfüllung dessen, was Baldwin mit vorliegender Schrift prophezeit hatte. Daß „ohne radikale und weitreichende Änderungen in Amerikas politischer und sozialer Struktur eine wirkliche Änderung der Situation des Negers nicht möglich“ (99), andererseits die schwarze Minorität allein nicht imstande ist, sie herbeizuführen — das bezeichnet das Dilemma der Emanzipationsbewegung, die bei Gewaltlosigkeit nicht stehenbleiben, zur Gewalt nicht greifen kann. — Schwerpunkt in Baldwins Erörterung ist der umgekehrte Rassismus, mit dem die ‚Nation of Islam‘ (Black Muslims) auf diese Situation reagiert. Ihr Programm: totale Vernichtung der weißen Teufel, Aufrichtung der verlorenen Herrschaft der Schwarzen; Vorbedingung hierzu: Rückführung der Neger zum Islam, Gründung eines Negerstaates. — Diesem Programm „kann man nur begegnen, wenn man es erst einmal gelten läßt und dann fragt, warum es so sei“ (69); Baldwin fragt nach den Ursachen des Erfolgs der ‚Nation of Islam‘ als notwendiger Vorgabe seiner Kritik. „In einer Gesellschaft, die in ihrer Gesamtheit feindselig ist und ihrem Wesen nach dazu bestimmt zu sein scheint, dich zu Fall zu bringen, wird es unmöglich, zwischen wirklichem und eingebildetem Unrecht zu unterscheiden“, „jeder amerikanische Neger gerät deshalb in gefährliche Nähe der Paranoia“ (80). Die Verteufelung der Weißen insgesamt wird möglich dadurch, daß die miserable und recht aussichtslose Lage der Schwarzen ihnen undurchschaut gegenübertritt und nur in der unmittelbaren Diskrimination durch Weiße anschaulich wird. Baldwin demonstriert die Plausibilität, welche die gewalttätige Botschaft der Black Muslims für Neger hat: auf Grund täglicher Erfahrung. — Angemerkt seien hier Übereinstimmungen Baldwins mit Frantz Fanon, der ‚Von der Gewalt‘ im Dekolonisationsprozeß gehandelt hat. Der reale Antagonismus von colon und colonisé reproduziert sich im Bewußtsein als manichäische Trennung, ähnlich der von Schwarz und Weiß. Mechanismen zur Kanalisation des Gegendrucks gegen die Unterdrückung, welche Fanon für die colonisés analysiert hat, beschreibt auch Baldwin: „Wenn Harlem nicht so viele Kirchen und Kokser hätte, flösse Blut in den Straßen“ (90). So wie sich, wenn in den armen Ländern die colonisés den Kampf aufnehmen,

die Gewalt zuerst einmal auf die unmittelbare Beseitigung der colons richtet, so fordern die Black Muslims die Beseitigung der Weißen, deren Gesamtheit das Unterdrückungssystem veranschaulicht. Was Fanon aber zu befördern strebt: die revolutionäre Gewalt, muß Baldwin für die höchstentwickelte kapitalistische Nation und die in ihr gegebenen Kräfteverhältnisse als realitätsfremd kritisieren, bei aller Vorgabe der sozialpsychischen Motivation des Programms der ‚Nation of Islam‘ wie seiner Zugkraft. Realitätsfremdheit will besagen: es wird nicht zur Kenntnis genommen, daß die amerikanischen Neger, ihrer Geschichte nach, Amerikaner sind; daß sie nur ein Neuntel der Bevölkerung der USA ausmachen. Unter diesen realen Voraussetzungen kann ihre Emanzipation nicht erkämpft werden ohne Emanzipation der ‚Weißen‘: „Wir können nicht frei sein, ehe sie nicht frei sind“ (16). Das zu initiieren ist Aufgabe der unterdrückten schwarzen Minderheit, d. h. „daß wir mit Liebe unsere Brüder zwingen müssen, sich so zu sehen, wie sie sind, aufhören müssen, die Realität zu fliehen, und beginnen, sie zu ändern“ (16). Angesichts des drohenden Rückfalls in die offene Barbarei auch im eignen Lande appelliert Baldwin an „die Weißen und die Schwarzen, denen bewußt ist, worum es geht, den Alptraum der Rassenfrage zu beenden und den Lauf der Weltgeschichte zu ändern“ (122). — Daß der Weg aus dem Dilemma der Emanzipationsbewegung über ein Bündnis mit der organisierten Arbeiterschaft führen könnte, scheint illusorisch „in einem Land, in dem es keine Arbeiter gibt, sondern nur Ehekandidaten für die Tochter des Chefs“ (103). Die Verbindung der Negerbewegung mit den single purpose movements für Abrüstung und Frieden in der Folge des Vietnamkrieges weist auf die Notwendigkeit, ihre Aufgaben und Möglichkeiten in Bezug auf den internationalen Kontext zu diskutieren — was für Baldwin bei Abfassung der hier besprochenen Schrift noch nicht aktuell war.

Kajo Heymann (Berlin)

Henle, Hans: Mao, China und die Welt von heute.
Union Verlag, Stuttgart 1961 (370 S., Ln., 19,80 DM).

Das Scheitern der bürgerlich-demokratischen Erneuerungsversuche in China erklärt Henle aus der „rücksichtslosen Interessenpolitik der Kolonialstaaten“ (71), dem japanischen Expansionismus und dem Versäumnis der korrupten bürgerlichen Kräfte, „die dringend notwendigen Strukturreformen am sozialen Gefüge vorzunehmen“ (72). In dieser Lage sieht der Autor nur eine Alternative für China: das Chaos oder „eine Flucht nach vorn in radikale neue Experimente“ (71). Dem Marxismus bescheinigt Henle, ein Programm zur Lösung der Agrarfrage und der Emanzipation einer Intelligenz geboten zu haben. Daher stellt der Sieg Mao Tse-tungs ein „wahrhaftes Plebiszit“ dar (112).

Ausführlich behandelt Henle die Problematik des wirtschaftlichen Aufbaus eines Exkoloniallandes. Reformen sind unmöglich, vielmehr

ist zur Überwindung der sozioökonomischen Stagnation eine Transformation des gesamten Wirtschaftslebens nötig. Bedingung hierfür sind langfristige Investitionen, also Kapitalakkumulation. „Dieses Problem der beschleunigten und gesteigerten Kapitalakkumulation aus eigener Kraft ist das Schlüsselproblem aller unterentwickelten Gebiete“. (204) Also „mußte die Landwirtschaft für die Masse des Exportvolumens aufkommen, aus dessen Erlös die dringendsten Einfuhren zu bezahlen waren.“ (183) Bedingung war weiter eine möglichst rationelle Kollektivwirtschaft. „Die chinesischen Bauern haben dies auch begriffen, . . . daß ihre individuellen Anstrengungen zu keiner Besserung ihrer Lage führen konnten.“ (187) Henle vergleicht den Prozeß der Sozialisierung in China mit den Reformversuchen in Indien, wo es nicht gelungen ist, das Arbeitstempo so zu steigern, um den Überhang an unproduktiven Arbeitskräften zu beseitigen, der jene Mittel kostet, die zur Vergrößerung der industriellen Basis eingeplant sind.

Henle bestimmt die Funktionen der Kommune dadurch, daß ihre Autarkie die Gesamtwirtschaft entlastet und sie das wichtigste Verteidigungspotential enthält. „Die Antwort auf die atomare Bedrohung über Chinas Haupt von den amerikanischen Basen aus ist nach dem Konzept Pekings das Volk in Waffen“ (197). Den Effekt der im Westen belachten „Volkshochofenkampagne“ sieht Henle in den technischen Ausbildungsmöglichkeiten. — Da mit zunehmender Sozialisierung die Leistungskurve anstieg, und nicht, wie erwartet, stagnierte, kamen die chinesischen Kommunisten zu dem Schluß, man könne noch mehr forcieren. So entstand die Strategie der „Sprünge“.

Auf die Einwände westlicher Kritiker, Mao treibe sein Volk zur Sklavenarbeit an, antwortet Henle: „Die galoppierende Bevölkerungsentwicklung, die Massenarmut, die chronische Hungersnot, die endemische Unterbeschäftigung konnten nur mit den radikalsten Mitteln bekämpft werden. Und da die industrialisierte Welt mit Ausnahme der Sowjetunion lieber mit gekreuzten Armen dabeistand und abwarten wollte, bis die unbequemen Roten zusammen mit ihrem bedrohlich menschenreichen Volk in ihren Fehlschlägen erstickten, mußte China es aus eigener Kraft leisten“ (200). Dieses Beispiel eines „eigenen“ unabhängigen Aufbaus einer funktionierenden Wirtschaft, den der Autor als den „zweiten langen Marsch“ bezeichnet, kann als Modell für andere Länder dienen, deren Struktur und Geschichte China ähneln.

Eine Schwäche von Henles informativem Buch besteht darin, daß er den Kapitalisten empfiehlt, sich zu läutern. „Der Lohn wäre eine Kultursynthese, wie sie die Welt bisher nicht gesehen hat.“ (370) Dadurch aber wird Imperialismus auf die Dummheit seiner Repräsentanten reduziert.

Jörg Schlotterer (Berlin)

Domes, Jürgen: Politik und Herrschaft in Rotchina. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1965 (183 S., Papb., 10,80 DM).

Kux, Ernst und Joseph Kun: Die Satelliten Pekings. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1964 (283 S., Papb., 12,80 DM).

Domes versucht, den Mechanismus des chinesischen Herrschaftsapparates aufzuzeigen. Die Theorie wird dabei nicht behandelt. So bleibt der Mechanismus isoliert, ohne Korrelat zu seinen Zielsetzungen, Möglichkeiten und zur internationalen Politik. Die Probleme einer vom Imperialismus und von Feudalherrschaft sich emanzipierenden Nation werden nicht benannt. Vielmehr habe Mao den Sieg des Kommunismus nur den Japanern und seiner „attraktiven Propaganda“ zu verdanken. „Denn eine überzeugende Idee war nicht vorhanden.“ (15) Domes spricht von der Militarisierung des Volkes, deutet dies als Mobilisierung von Produktivkräften, Gleichschaltung, Kontrolle (die selben Funktionen haben für Domes auch die „Gedankenreformen“ in China) und als Gefahr nach außen, vor der selbst die ehemaligen Verbündeten Chinas nicht sicher seien. Die atomare Drohung der USA, die seit 1949 über China schwebt, erwähnt der Autor nicht.

In einer Schlußbemerkung sucht Domes nach politikwissenschaftlichen Kategorien einer Bewertung des chinesischen Kommunismus. Sich auf die sechs Kategorien Carl F. Friedrichs berufend, schlußfolgert Domes, daß es sich hier um ein totalitäres Regime handele, denn der Konsens mit der Bevölkerung, anfänglich unlegbar, sei von dem Regime verspielt worden. Das chinesische System stelle einen „Bruch“ mit der „Kontinuität“ der Geschichte Chinas dar. Aber die Geschichte werde dies wieder in die entsprechenden Dimensionen setzen. (Es liegt nahe, daß man dem Geschichtsablauf dann etwas nachhilft.)

Teile des Buches sind brauchbar, will man etwas über die personelle Zusammensetzung verschiedener Gremien in Partei- und Staatsapparat erfahren.

Das Äquivalent zu Domes ist das Nordvietnam-Buch von Kux. Schwergewicht eines Referates muß darauf liegen, was der Autor uns verschweigt: Über das französische Kolonialsystem erfahren wir nichts. Zwar wurde Haiphong als Vergeltung gegen kommunistische Aggression bombardiert; aber als einzige Hinterlassenschaft der Franzosen erscheint sonst nur das Straßen- und Eisenbahnnetz und etwas Industrie. Also treffe es auch gar nicht zu, daß die Kommunisten im Norden nach 1954 aus dem Nichts hätten anfangen müssen. Von einem Feudalsystem weiß Kux nichts zu berichten, vielmehr stellt er fest: „Ein eigentliches Feudaleigentum gab es in Vietnam im Unterschied zu China seit dessen Verwandlung in kommunalen Boden durch Kaiser Tu Duc im Jahre 1883 nicht mehr.“ (67) Über das Regime Diem erfährt man nichts, dafür aber wird das Märchen von den 900 000 Flüchtlingen, die nach 1954 als „Flüchtlinge vor kommunistischem Terror“ vom Norden nach dem Süden kamen, noch einmal erzählt. Über die Interventionen, die Verspre-

chungen Kardinal Spellmans und Papst Pius XII. in dieser Sache werden wir nicht informiert. Den Zeitraum 1956—1960 überspringt der Verfasser, also auch die Entstehungsgeschichte der FNL. Denn für Kux ist der Kommunismus im Süden aus China exportiert. Ihn abzuwehren sind die USA als „Schutzmacht“ aufgetreten. Eskalation dient „zur Abkürzung des Bürgerkrieges“ (177).

Auch Kux sucht Geschichte und Realität in Vietnam — soweit „kommunistisch“ bestimmt — auf einen Totalitarismusbegriff zu bringen. So sind „weltrevolutionäre Forderungen“ und „Großmachtstreben“ dasselbe. Die Herrscher Nordvietnams sind „Quislinge“ des chinesischen „Vasallenreiches“. Kommunistische Aufrufe zur „ununterbrochenen Revolution“ sind für Kux „Verherrlichung der Gewaltanwendung“ oder „revolutionäre Orgie“ (155).

Folgerichtig nennt Kux das Eindringen des Imperialismus in China harmlos eine „Anstrengung der Weltmächte zur Öffnung Chinas.“ (28) Auch scheint er zu bedauern, daß den Franzosen „allerdings eine konsequente, weitsichtige Kolonialpolitik fehlte“ (28).

Im zweiten Teil dieses Buches gibt Kun eine Darstellung des Konfliktes Moskau — Peking, und — innerhalb dieses Konfliktes — des Verhaltens der Nordkoreaner. Kun weiß — anders als Kux — rationale Gründe dafür anzuführen: die Politik der friedlichen Koexistenz, die von Peking und Nordkorea als Politik des status quo interpretiert wird. Kun trennt den Konflikt in zwei Phasen: eine ideologische, eine politische. „Der Streit griff von der Partei auf die Staatsebene über.“ (243) Kuns Darstellung macht plausibel, warum für Korea und — unausgesprochen — für Nationen ähnlicher Struktur die chinesische Theorie relevant ist. Kun weist auch hin auf den größeren Spielraum, den Peking — im Vergleich zu Moskau — befreundeten Staaten beläßt.

Diese Passagen enthalten kaum Entstellungen. Über den Koreakrieg aber schreibt Kun wie folgt: aus der permanenten Aggression des Nordens gegen die Regierung im Süden entstand der Koreakrieg. Auch bei Kun ist nichts über die amerikanische Politik zu diesem Zeitpunkt zu erfahren, in deren Strategie Nordkorea als „fehlendes Glied“ gegenüber China begriffen wurde.

Beide Bücher haben eines gemeinsam: Politik und Herrschaft im kommunistischen Bereich werden auf bloße Machtausübung reduziert. Kapitalistische Politik dagegen wird gemessen an ihrem eigenen Anspruch. Eine Wechselbeziehung zwischen kapitalistischer und kommunistischer Politik sehen die Autoren nicht. Revolutionen haben keine Gründe.

Jörg Schlotterer (Berlin)